

Deutschlands Friedensschlüsse seit 1555: Ihre Beweggründe und ihre geschichtliche Bedeutung

Professor Dr. Gustav Wolf

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung m. b. H, Leipzig © 1919.

Diese digitalisierte Version © 2014 by [The Scriptorium](#).

Druckversion 2015 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Scriptorium dankt Herrn G. S.
für seine großzügige [Spende dieses Buches](#) zwecks [Digitalisierung auf unserer Netzseite!](#)

Inhalt:

[Vorwort](#)

[Der Augsburger Religionsfriede](#)

[Die Übereinkünfte während des Dreißigjährigen Krieges](#)

[Der Westfälische Friede](#)

[Deutschland nach 1648](#)

[Die Frieden von Nimwegen und Rijswijk](#)

[Der spanische Erbfolgekrieg](#)

[Die pommerschen und polnischen Kriegsziele des Großen Kurfürsten](#)

[Der Nordische Krieg](#)

[Die österreichischen Friedensziele Friedrichs des Großen](#)

[Die polnischen Teilungen](#)

[Die Anfänge der französischen Revolutionskriege. Der Friede von Basel](#)

[Campo Formio und Lunéville. Der Reichsdeputationshauptschluß](#)

[Der Preßburger Friede \(1805\)](#)

[Der Zusammenbruch Preußens](#)

[Der Pariser Frieden - Der Wiener Kongreß - Die heilige Allianz](#)

[Die Friedensschlüsse von 1866](#)

[Der Frankfurter Friede](#)

[Friedensaussichten?](#)

Vorwort

Die erste Veranlassung zur vorliegenden Schrift haben die langjährigen Erörterungen über die deutschen Friedensziele gegeben. [*Scriptorium merkt an: bezieht sich auf den Ersten Weltkrieg!*] Hierbei fiel mir auf, wie wenig selbst Männer, die in Wort und Schrift sich auf die Vergangenheit beriefen und geschichtliche Beispiele für die Berechtigung ihres Standpunktes anführten, tatsächlich von diesen Dingen wußten. Zu ihrer Entschuldigung dient, daß unsere Handbücher meist nur die Bestimmungen der fertigen Verträge enthalten, nicht ihre Vorgeschichte, die Wünsche der Teilnehmer, den Unterschied des Gewollten und Erreichten. Um in die Beweggründe und Hemmungen bei den Friedensverhandlungen einzudringen, bedarf es zeitraubender Studien und deshalb ist die Kenntnis heute meist das Vorrecht einiger Spezialisten, welche noch dazu gewöhnlich nicht die gesamte neuere Geschichte, sondern nur begrenzte Abschnitte aus ihr beherrschen.

Zu einer Zeit, wo wir ganz besonders aus der Vergangenheit für unser praktisches politisches Wollen und Handeln lernen müssen, ist das gewiß ein beklagenswerter Zustand. Deshalb schien mir eine knappe Auswahl derjenigen Verträge und Vertragsbestimmungen unserer neueren Geschichte, welche nach irgendeiner Seite noch heute die besondere Teilnahme beanspruchen können, erwünscht zu sein. Denn ein dickes Buch, welches sämtliche deutsche Friedensschlüsse mit allen ihren Artikeln möglichst vollständig würdigt, hätte m. E. seinen Zweck, historische Tatsachenkenntnisse allgemeiner zu verbreiten, verfehlt. Bei dieser Auswahl und bei meiner ganzen Darlegung habe ich mich nicht von einem bestimmten politischen Parteistandpunkt leiten lassen. Allerdings habe ich geglaubt, **im letzten Abschnitte** aus der Gesamtdarstellung der deutschen Friedensschlüsse Folgerungen ziehen zu sollen, welche vielleicht für die jetzige und künftige deutsche Politik Bedeutung gewinnen können. Aber einmal weichen sie von den in fast allen Parteilagern derzeit üblichen Anschauungen ab; zweitens wollen sie nichts anderes sein als eine Zusammenfassung von geschichtlichen Erfahrungen, die sich in der Zukunft abermals bestätigen, indes auch durch neue Voraussetzungen berichtigt werden können. Übrigens hat dieser Schlußabschnitt auf meine Schilderung der deutschen Friedensschlüsse, insbesondere auf ihre Auswahl, keinen Einfluß ausgeübt. Vielmehr habe ich mich bemüht, tunlichst unbefangen den sachlichen Tatbestand herauszuarbeiten und vorzuführen. Deshalb konnte es sich für mich auch nicht darum handeln, aus der Reihe der neueren deutschen Friedensschlüsse einheitliche durchlaufende Beweggründe herauszuheben, wie das **W. Michael in seiner Schrift über Englands Friedensschlüsse** getan hat. Denn da wir angesichts der großen politischen Zersplitterung in der deutschen Geschichte eine viel stärkere Mannigfaltigkeit der Vertragschließenden, ihrer Absichten und ihrer Spielräume antreffen, hätte ein solches Bemühen meinem ganzen Buche ein gekünsteltes Gepräge verliehen.

Da ich ein tunlichst sachgemäßes Bild der verschiedenen Friedensschlüsse, der günstigen wie der ungünstigen, angestrebt und jeweils vor allem die Beweggründe des Siegers in den Vordergrund gestellt habe, ist mein Programm durch den militärischen Umschwung und Deutschlands Zusammenbruch auch in keiner Weise überholt worden. Vielmehr darf ich erwarten, daß gerade jetzt, wo die Friedensfrage unmittelbar brennend geworden ist, eine geschichtliche Betrachtung der früheren deutschen Friedensschlüsse ein höheres Interesse beanspruchen darf. Geht doch aus ihr u. a. hervor, daß bereits der Große Kurfürst aus wichtigen Gründen polnisches Gebiet forderte und daß dies dauernd ein Ziel der preußischen Politik geblieben ist.

Mai 1919.

Gustav Wolf.



Der Augsburger Religionsfriede

[*Scriptorium merkt an: 1555*]

Kaiser Karl V. war keine Kämpfernatur, persönlich lieber bereit, Schwierigkeiten und Gegensätze auszugleichen als kühn zu überwinden. Aber er lebte in der mittelalterlichen Auffassung, daß der Kaiser der weltliche Arm der Kirche sei und die abendländische Christenheit soweit beherrschen müsse, um sie mit starker Hand vor inneren und äußeren Gefahren schützen zu können. Gegen diese Ansicht erhob sich der politische Widerstand des emporstrebenden französischen Nationalstaates, der religiöse der deutschen Reformation. So war Karls dreißigjährige Regierung erfüllt von fast ununterbrochenen Kämpfen. Nachdem Karl fünfmal mit den Franzosen die Waffen gekreuzt hatte, verlor zuletzt das Deutsche Reich die lothringischen Bistümer Metz, Toul und Verdun. Zum förmlichen Abschlusse kamen diese Kriege nicht; sie hörten von selbst auf, als nach Karls Regierungsende das Deutsche Reich nicht mehr mit Spanien und den Niederlanden vereinigt blieb.

Dagegen mußte zwischen den deutschen Katholiken und Protestanten im Augsburger Religionsfrieden ein innerdeutscher Ausgleich gefunden werden. Die evangelischen Reichsfürsten verlangten einmal für sich die Duldung ihres Glaubensbekenntnisses ohne irgendwelche Vorbehalte und Fristbeschränkungen und außerdem für Kreise, die sich ihnen anschließen wollten, Recht und Mittel dazu. Der erste Anspruch war durch die vorangegangenen Kämpfe entschieden. Den Katholiken blieb nichts übrig, als den für absehbare Zeit festen Tatbestand anzuerkennen. Schwierigkeiten verursachte jedoch die zweite Forderung. Wer eine evangelische Landeskirche gründete, brauchte das bisher katholische Kirchengut. Dessen alte Zwecke waren aber vielfach nicht hinfällig geworden, zumal wenn es Eigentümern außerhalb des zu reformierenden Landes gehörte. Oft genug besaßen geistliche Stifter ihre wichtigsten Einnahmequellen in weltlichen Nachbarstaaten und wären durch eine beliebige Beschlagnahme ruiniert gewesen. Fast noch gefährlicher war für die Katholiken, wenn ein geistlicher Fürst übertrat und die bischöflichen Aufgaben in den katholisch bleibenden Gebieten seines Sprengels nicht mehr erfüllen konnte. Dann schwankte die katholische Kirchenverfassung der gesamten Diözese auch außerhalb des weltlichen Herrschaftsbereichs der Bischöfe.

Die Bedingungen für einen Ausgleich solcher Interessengegensätze hätten sich eigentlich nach den Ortsbedürfnissen richten müssen und verboten eine feste Schablone. Aber die Protestanten wollten gerade ihre Ansprüche durch ein unanfechtbares allgemeines Reichsgesetz sichern und das schloß den naturgemäßen, nächstliegenden Weg aus. Die Beteiligten standen nun vor der doppelten Aufgabe, an den abweichenden Bedürfnissen den Religionsfrieden nicht scheitern zu lassen und sich doch möglichst für die Zukunft den Spielraum freien Handelns zu wahren. Hierdurch wurde der Religionsfriede lückenhaft und zweideutig. Wo eine Streitfrage nicht zur Entscheidung drängte, blieb sie unerledigt; z. B. bestimmte man nicht, ob neben dem Religionsfrieden Ortsstatuten und Sonderverträge in Kraft blieben. Kam man um Meinungsverschiedenheiten nicht herum, so wählte man dehnbare Ausdrücke, welche sich je nachdem im evangelischen oder katholischen Sinne benutzen ließen. Da beide Teile überdies ihre Zugeständnisse gegeneinander abwogen, widersprach auch oft ein Artikel scheinbar oder wirklich dem anderen.

Man hätte denken sollen, daß der Augsburger Religionsfriede bald neue Kämpfe in Deutschland hervorgerufen hätte. Tatsächlich sind jedoch wenige Abschnitte unserer Geschichte so friedlich verlaufen wie die Jahre 1555–1618. Zwar fielen in diese Zeit wiederholte Türkenangriffe, eine blutige Auseinandersetzung zwischen den beiden wettinischen Linien, vor allem der Kölnische Krieg, der über das konfessionelle Schicksal des Niederrheins entschied und außer mächtigen Reichsständen den Generalstatthalter der Niederlande auf den Plan rief. Doch kam es niemals zu einer allgemeindeutschen Verwicklung. Die katholischen und evangelischen Reichsstände, welche den Augsburger Religionsfrieden durchgesetzt hatten, wollten die Früchte eines sorgenlosen Daseins genießen, widmeten sich einer guten einheimischen Verwaltung, die ihren Besitz und

Einkommen mehrte, kümmerten sich um kleine nachbarliche Streitigkeiten, gingen aber allen großen Fragen, die sie nicht übersahen, gern aus dem Wege. Da diese ruhebedürftigen Kreise die Macht hatten, ließen sie große blutige Ereignisse nicht aufkommen. Frankreich aber war in diesen Jahrzehnten durch die Hugenottenkriege heimgesucht und konnte keine weiteren Ausdehnungspläne schmieden; es begnügte sich mit reichsdeutscher diplomatischer und militärischer Hilfe.



Die Übereinkünfte während des Dreißigjährigen Krieges

[Scriptorium merkt an: 1618–1648]

Beim Dreißigjährigen Krieg denkt jeder zunächst an die lange Dauer. Aber sie ist in der deutschen Geschichte nichts Ungewöhnliches. Unter Karl V. ist ebenfalls 30, unter Ludwig XIV. gar 40 Jahre lang gekämpft worden; die drei schlesischen Kriege und die Waffengänge der napoleonischen Zeit umspannen einen dreiundzwanzigjährigen, also nicht viel kürzeren Zeitraum. Nur lagen in allen diesen Fällen zwischen den verschiedenen Feldzügen Friedenspausen und brachten der Mit- und Nachwelt den zusammenhängenden Charakter der ganzen Ereignisse nicht genug zum Bewußtsein. Im Dreißigjährigen Kriege war es umgekehrt. Es mangelte nicht an Zwischenfrieden, welche vielen deutschen Gegenden längere oder kürzere Ruhe bescherten. Aber weil sie sich niemals allgemein im Reiche durchsetzten, wurden sie nicht so tief empfunden wie die Frieden, welche die einzelnen Waffengänge Karls V., Ludwigs XIV., Napoleons abschlossen.

Tatsächlich stehen jedoch am Ende der einzelnen Abschnitte des Dreißigjährigen Krieges besondere rechtliche Vereinbarungen. Die verschiedenen Kriegsperioden sind durch den Wechsel der Teilnehmer und Kriegsabsichten eher noch farbenreicher als die aufeinander folgenden Feldzüge Friedrichs des Großen oder Bonapartes.

Die erste Kriegszeit sah am Ende der einzelnen Akte immer entschiedene Sieger. In der Unterwerfung und Gegenreformation Böhmens, in der Vertreibung des pfälzischen Kurfürsten und seiner Freunde aus ihren Stammländern, im Restitutionsedikt, welches die strittigen Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens im katholischen Sinne auslegte und den sofortigen Vollzug eines katholischen Rechtsanspruchs vorbehaltlich der nachträglichen Prüfung evangelischer Einwände anordnete, äußerte sich die Macht des Gewinners. Vielfach einigte er sich gar nicht mit seinen Gegnern, sondern befahl einseitig, hörte höchstens noch Dritte, welche seine Ansicht billigten und ihm stärkeres Ansehen verliehen. So hielt Kaiser Ferdinand II. Versammlungen mit einer zuverlässigen katholischen Mehrheit ab, in welchen außerdem von den Protestanten die verständigungslustigen, den eigenen stürmischen Glaubensfreunden abgeneigten Elemente allein oder vorwiegend vertreten waren.

Da die Besiegten die härtesten Bedingungen hinnehmen mußten, wäre ein Dauerfriede verbürgt gewesen, wenn die Erfolge und Ansprüche des Kaisers und der deutschen Katholiken nicht immer mehr auch Kreise aufgerüttelt hätten, die von Haus aus mit den kämpfenden Protestanten keine Gemeinschaft hatten. So erwachsen aus den Unterwerfungsfrieden und Machtgeboten keine Rachekriege, aber neue politische und militärische Verwicklungen; der Kampf verbreitete sich in Deutschland immer weiter. Jetzt konnten die Sieger nicht mehr in der bisherigen, vollkommenen Weise ihre Wünsche verwirklichen. Wallenstein und Tilly nötigten im Lübecker Frieden (1629) den Dänenkönig zwar, als Beschützer der norddeutschen Protestanten abzudanken; aber seine Herrschaft in Schleswig-Holstein, geschweige denn auf den Inseln, blieb unanfechtbar.

War hier wenigstens noch ein entschiedener Sieger vorhanden, so hörte in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges auch das auf. Die Erfolge schwankten; keine Seite wurde vernichtend geschlagen und widerstandsunfähig. Dadurch wurden die Friedensverhandlungen langwieriger,

sprunghafter und verwickelter. Der Prager Friede (1635) wurde schon nach Gustav Adolfs Tode eingeleitet, der Westfälische 7 Jahre vorbereitet. Wer gerade vom Kriegsglück begünstigt war, schraubte seine Ansprüche herauf; der augenblicklich Benachteiligte war nicht genug getroffen, um nicht von der Zeit eine Besserung der Bedingungen zu erwarten. Namentlich waren aber immer nur einzelne Teilnehmer der kriegführenden Parteien mürbe; sie verbürgten noch keine allgemeine Ruhe in Deutschland.

Das zeigte sich im Prager Frieden (1635). Der Kaiser schloß ihn mit dem mächtigsten jener Fürsten, welche bloß noch gezwungen den schwedischen Fahnen folgten und sich nach der alten ausschlaggebenden Rolle in friedlichen Reichstagsverhandlungen zurücksehnten. Infolgedessen setzte er verschiedene, dem Kurfürsten von Sachsen gleichgültige Lieblingswünsche durch: den Ausschluß der Reformierten vom Rechte freier Religionsübung, die gesicherte katholische Zukunft der habsburgischen Erbstaaten, die fortdauernde Ächtung des Pfälzers und seiner Gesinnungsgenossen. Auch das Restitutionsedikt fiel zwar; aber den Katholiken blieben immer noch wertvolle Vorteile. Was 1627 katholisches Kirchengut war, sollte den damaligen Herren gesichert oder wieder eingeräumt werden. Was zu dieser Zeit protestantisch gewesen, wurde den Evangelischen zunächst nur auf 40 Jahre gelassen; was dann geschehen werde, blieb ebenso unentschieden wie die umstrittene Frage der reichsrechtlichen Befugnisse, die den evangelischen Inhabern geistlicher Stifter zustanden. Alle diese Gewinne erkaufte Kaiser Ferdinand II. vom Kurfürsten durch territoriale Zugeständnisse.

Der Prager Friede war als Grundlage eines allgemeinen gedacht. Außer den geächteten, ihrer Länder beraubten Fürsten sollten sich möglichst viele Reichsstände anschließen und mit vereinten Kräften die Schweden und deren Anhänger gütlich oder gewaltsam niederbeugen. Dabei kam es zunächst auf den agitatorischen Erfolg, später auf das militärische Können der friedensbedürftigen Vermittler an. In Süddeutschland war nach der Schlacht bei Nördlingen (1634) das kaiserliche Ansehen so gestiegen, daß dort die evangelischen Fürsten sich gewinnen ließen. Aber in den mittel- und norddeutschen Gebieten, auf die es hauptsächlich ankam, häuften sich die Schwierigkeiten. Schließlich fielen sogar Stände ab, welche den Prager Frieden schon angenommen hatten.

Die Urheber des Prager Friedens hatten die Schweden nicht durch Land, sondern höchstens durch Geld entschädigen wollen. Der Plan war nicht aussichtslos gewesen. Denn im schwedischen Heere fochten meist Deutsche, die sich keineswegs willig jedem Befehle von Stockholm unterwarfen. Überdies sah der Prager Friede eine einzige reichsdeutsche, vom Kaiser abhängige, von den Fürsten durch Geldbeiträge aufrechterhaltene Kriegsmacht vor. Sie hätte, wenn sie die Schweden niedergerungen, zum politischen Zusammenhalt Deutschlands wesentlich beigetragen. So war der Versuch gescheitert, die deutsche Zukunft auf eine nationale Grundlage zu stellen.



Der Westfälische Friede

[Scriptorium merkt an: 1648]

Die Westfälischen Friedensverhandlungen, bei denen die fremden Mächte über die wichtigsten innerdeutschen Fragen verhandelten, bedeuteten nach dem Aufschwung, den die kaiserliche Politik 1635 in Prag genommen, einen Tiefstand nationaler Entwicklung. Doch mangelte es selbst damals nicht an vaterländisch-deutschen Gesichtspunkten. Der französische Unterhändler schrieb an Kardinal Mazarin: "Wir müssen daran festhalten, daß die Neigung der deutschen Fürsten stark abweicht von den italienischen. Letztere wünschen und billigen aus guter Einsicht und Beratung alles, was ihre Selbständigkeit fördern hilft, und begrüßen es darum, wenn Frankreich einige feste Plätze in Italien behält und ihnen im Notfall schützend die Hand reichen kann. Die Deutschen werden von Vaterlandsliebe viel inniger durchdrungen. Daß Fremdlinge das Reich zerstückeln, ist

ihnen ein unerträglicher Gedanke. Getreu einer des Klimas würdigen Politik wollen sie eher den Körper erhalten, von dem sie nur Glieder sind, als seine Zerteilung befördern, aus der jeder Einzelne den größten Vorteil ziehen könnte." Und als die Franzosen drohten, wegen Breisachs den Krieg ein Jahrhundert fortzusetzen, antwortete der kaiserliche Gesandte Trauttmansdorff: "Nun gut, so werden wir uns unserer Haut wehren."

Freilich drangen solche nationale Empfindungen nur selten durch. Das Ruhebedürfnis war für solchen Widerstand gegen französische und schwedische Begehrlichkeiten zu groß. Hatten doch während des ganzen Dreißigjährigen Krieges die Friedensbemühungen bloß kurze Zeit aufgehört! Nach dem Wunsche seiner ersten Urheber wäre er sofort nach dem böhmischen Aufstande beendet worden. Aber der Kaiser und Maximilian von Bayern hätten das Kriegsvolk bezahlen und ihre Unkosten decken müssen; als gute Haushalter hatten sie das dem unterlegenen Feinde aufgebürdet und lieber den Krieg verlängert. Doch zu grell war den meisten evangelischen wie katholischen Fürsten der Gegensatz zwischen der langen, wenn auch ereignisarmen Friedenszeit und den schweren, wechselreichen Kampfesjahren entgegengetreten. Sie hatten meist durch ungestörte Entwicklung ihrer Heimat mehr zu gewinnen als durch Schlachtenglück. Darum wollten sie Schluß machen und möglichst lange neuen blutigen Auseinandersetzungen vorbeugen.

Der konfessionelle Zwiespalt, welcher ursprünglich den Hauptkriegsgrund gebildet hatte, war stark zurückgetreten. Wollten die Deutschen einmal ehrlich und allseitig den Frieden, so begegneten selbst die umstrittensten Fragen keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten. Kaiser Ferdinand III., seit 1637 der Nachfolger seines gleichnamigen Vaters, war nicht wie dieser von religiösen Fanatikern abhängig, hielt nur an der Gegenreformation in den habsburgischen Erbstaaten fest und war sonstigen evangelischen Wünschen nicht unzugänglich. Auch im übrigen war schließlich die Verständigung leichter als beim Augsburger Religionsfrieden. Damals hatten Katholiken und Evangelische ihren Herrschaftsbereich noch nicht abgegrenzt gehabt und deshalb jene sich vor weiteren Einbußen schützen, diese alle Hindernisse ihrer schrankenlosen Ausbreitung wegräumen wollen. Jetzt war allmählich ein Gleichgewicht der ringenden Parteien entstanden und eine große Verschiebung vom freien Spiele der Kräfte nicht mehr zu erwarten. Beide Teile konnten den Tatbestand hinnehmen und sich auf dieser Grundlage vertragen. Schon in Prag hatte man sich geeinigt, daß Kirchengüter, die zu einem bestimmten Zeitpunkt evangelisch oder katholisch gewesen waren, dies künftig bleiben sollten. Dieser Grundsatz wurde in den westfälischen Verhandlungen wiederholt; nur fiel der Vorbehalt hinweg, daß nach 40 Jahren neue Bestimmungen kommen sollten, die jetzigen evangelischen Inhaber ehemals katholischer Stifter also bloß einstweilen geduldet wurden. War man darüber einig, daß gewisse Stifte evangelisch blieben, die jetzt noch katholischen dagegen nicht säkularisiert werden sollten, so durften die Katholiken leichter den evangelischen Stiftsinhabern das hartnäckig verweigerte Stimmrecht auf den Reichstagen gewähren; sie behaupteten trotzdem eine große Mehrheit im Fürstenrate. Die Gleichberechtigung der Reformierten mit den Lutheranern war ebenfalls durch die geschichtliche Entwicklung besiegelt. Auch die Frage, welche Stände von der Reichsacht begnadigt werden sollten, war lösbar, nachdem die Deutschen wirklich und allseitig den Frieden wollten. Vertrauen und Einvernehmen erforderten, daß die aus Land und Eigentum vertriebenen Fürsten heimkehrten und nicht mehr Umsturzpläne schmiedeten.

Größere Schwierigkeiten wurden durch die territorialen und finanziellen Interessengegensätze hervorgerufen. Der Entschluß, die Geächteten zu begnadigen, verzögerte sich wesentlich durch das umkämpfte Schicksal des Kurfürsten von der Pfalz. Der Münchner Maximilian hatte mit dem gewonnenen pfälzischen Kurhut einen alten Wunsch der bayrischen Wittelsbacher erfüllt und mit der Oberpfalz seine Kostenrechnung aus dem böhmischen Kriege beglichen. Es bedurfte vieler Erörterungen, bis ein Mittelweg gefunden war: der Pfälzer erhielt eine neue Kur und den rheinischen Teil der väterlichen Erbschaft; die alte Kur und die Oberpfalz blieben bayrisch.

Ähnliche Meinungsverschiedenheiten prägten den Verhandlungen mit Frankreich und Schweden ihren Stempel auf. Richelieu hatte den Kampf mit den Habsburgern begonnen, um deren Übergewicht in Süddeutschland zu brechen. Noch immer galten die Gegenden des Oberrheins und Untermain für den ältesten deutsch-nationalen Kulturboden. Obgleich die Habsburger längst ihre österreichische Hausmacht begründet hatten, waren sie auf den Ausbau ihrer oberrheinischen Stellung bedacht gewesen. Sie besaßen auf beiden Rheinufern ansehnliche Gebiete und noch mehr Rechte, durch welche benachbarte Herren und Städte ihre Vasallen oder wenigstens von ihnen abhängig waren. Keine andere Landesobrigkeit jener Gegend erreichte die habsburgische Macht.

Deshalb wollte Mazarin möglichst viele dieser habsburgischen Besitzungen und Rechtstitel am Oberrheine erwerben und verlangte zeitweilig außer der Landgrafschaft Ober- und der Landvogtei Unterelsaß auch den Breisgau mit Freiburg und Breisach sowie die Ortenau. Damit hätte er die Habsburger jeder belangreichen Macht in Südwestdeutschland beraubt und sie wesentlich auf die österreichischen Erbstaaten zurückgeworfen; das Band zwischen dem habsburgischen Kaisertum und dem Deutschen Reiche wäre gelockert worden. Soweit war jedoch die Lage noch nicht reif. Der Wiener Hof verteidigte nachdrücklich seine oberrheinischen Überlieferungen, wollte anfangs nur seine geringfügigen unterelsässischen Rechtstitel opfern und gab erst allmählich die ausgedehnteren oberelsässischen Besitzungen, zuletzt auch den rechtsrheinischen Brückenkopf Breisach auf.

Die Franzosen hatten mit dem Kaiser persönlich, nicht mit dem Deutschen Reiche Krieg geführt. Aber auch sonst hätten sie keine nichtösterreichischen Gebiete und Befugnisse beansprucht. Mazarin erstrebte noch keine geschlossene französische Herrschaft über das ganze linke Rheinufer, sondern nur den tatsächlich maßgebenden Einfluß in jenen Gegenden; hierzu genügten die habsburgischen Gebiete und Privilegien. Indes die kaiserlichen Politiker glaubten billiger wegzukommen, wenn sie andere elsässische Reichsstände zu Opfern heranzogen, und benutzten die Unklarheiten, welche mit dem allmählich entstandenen, schwankenden Gewohnheitsrecht verbunden waren und durch die allgemeine, besonders unter den Franzosen herrschende Unkenntnis der Sachlage vergrößert wurden. Trauttmannsdorff verleitete die Franzosen, die Bedeutung der habsburgischen Zugeständnisse zu überschätzen und nährte die irrigen Vorstellungen durch zweideutige Ausdrücke, welche später den Franzosen zu Ansprüchen außerhalb des Habsburgischen Gebietes gedient haben. Zunächst säten sie damit Mißtrauen. Als die Stadt Straßburg einen Fehler aufdeckte, glaubten die Franzosen, daß sie von den Österreichern vorgeschickt war, um Mazarins Gesandten nachgiebiger zu stimmen. Umgekehrt führte Trauttmannsdorff das Vorgehen auf partikularistischen Eigennutz und den Wunsch zurück, statt auch entgegenzukommen, die Franzosen durch Halsstarrigkeit zu höheren Ansprüchen an die Habsburger zu verlocken. Angesichts des allgemeinen Ruhebedürfnisses führten diese Auseinandersetzungen zuletzt nur zu neuen Vorbehalten und Unklarheiten. Der Wert der getroffenen Bestimmungen hing schließlich davon ab, ob die Franzosen sich mit Mazarins Standpunkt dauernd begnügen oder auf ihn neue Forderungen begründen würden.

Ebenso langwierig waren die Verhandlungen über die schwedische "Satisfaktion". Gustav Adolf hatte über die Ostsee herrschen wollen, der Reichskanzler Oxenstjerna später auch an der Nordsee Stützpunkte gesucht. Wie gegen die französischen Ansprüche am Oberrhein war Deutschland gegen das schwedische Verlangen machtlos, nachdem der Prager Versuch, die Schweden höchstens mit Geld zu entschädigen, gescheitert war. Aber dasselbe Pommern, welches die Schweden verlangten, gehörte nach dem Aussterben der einheimischen Herzöge erbrechtlich dem Kurfürsten von Brandenburg, und letzterer brauchte die Odermündung und einen besseren Zugang zum Herzogtum Preußen. Zwischen beiden Anwärtern entstand ein langes Feilschen; schließlich waren die Schweden stärker. Die Hohenzollern konnten noch froh sein, wenigstens Hinterpommern und einen Ersatz für die schwedische Hälfte zu erhalten. Dem großen Kurfürsten ging der Verzicht auf die Odermündungen und die ersehnte brandenburgische Ostseemacht zu Herzen. Gerade durch den Verzicht wuchsen aber die Hohenzollern unbewußt in ihren künftigen deutschen Beruf hinein. Denn

damit Brandenburg für Schwedisch-Pommern nicht etwa in Schlesien entschädigt wurde, bewilligten ihm die kaiserlichen Politiker die mitteldeutschen Stifter Halberstadt, Minden und die Anwartschaft auf Magdeburg.

Obwohl die französischen und schwedischen Erwerbungen Reichsgebiet blieben, wurde durch solche Vorbehalte die Herstellung eines französischen Einfallstors nach Süddeutschland und die schwedische Fremdherrschaft über die Oder- und Wesermündungen bloß notdürftig verschleiert. Außerdem fanden partikularistische Sonderbestrebungen ehrgeiziger Reichsfürsten stärkeren Rückhalt. Ihre größere Selbständigkeit gewann erst dadurch vollen praktischen Wert.

Denn die reichsrechtlichen Bestimmungen, durch welche der Westfälische Friede das deutsche Volk zersplittern half, bestätigten vielfach nur alte Gewohnheiten. Von ihrer neuen Befugnis, sich untereinander oder mit dem Auslande zu verbünden, hatten die Landesherren längst Gebrauch gemacht. Ebenso hatten die drei Reichstagskurien schon früher nicht widerspruchslos geduldet, daß eine von den beiden anderen überstimmt wurde. Noch weniger hatten sich die evangelischen Reichsstände beliebigen Mehrheitsbeschlüssen gefügt. Endlich hatten seit mehr als hundert Jahren Sonderberatungen katholischer und evangelischer Reichsstände stattgefunden.

Erst durch die damaligen politischen Voraussetzungen wurden die ganzen Vorschriften wichtig. Wenn jetzt Franzosen und Schweden jederzeit im Reiche Bundesgenossen finden und Deutschlands einmütige Verteidigung hindern konnten, war das eine bewußte Reaktion gegen den Versuch des Prager Friedens, die Glieder des Reichs zur festeren Kette zu schließen. Auch die Protestanten standen unter dem bewußten Eindrucke, daß sie sich während der letzten Jahrzehnte in bedeutsamen Lebensfragen verhängnisvollen Mehrheitsbeschlüssen knirschend gebeugt hatten und das nicht mehr tun wollten. Da war es nicht einerlei, ob Reichsfürsten, die ungestörter ihre Sonderbedürfnisse zu erfüllen strebten, auf gewohnheitsmäßig geübte, teilweise umstrittene Freiheiten angewiesen waren oder feierliche, schriftliche Zugeständnisse besaßen. Überdies ließ sich ein selbst alter und allgemein eingebürgerter Gebrauch leichter beseitigen wie ein international anerkanntes und zugesichertes Recht. Dazu bemächtigte sich die Wissenschaft bald der Friedensbestimmungen und prägte durch Universitätsunterricht, Lehrbücher und Einzeluntersuchungen den Fürsten und Behörden den Sinn ihrer Befugnisse ein.



Deutschland nach 1648

Das allgemeine Friedensbedürfnis war während des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland fortdauernd gewachsen. Sogar die Franzosen redeten von der Notwendigkeit, ein bleibendes Friedenswerk zu errichten, um guten Eindruck zu machen. Zu diesem Ruhebedürfnis trat die große Erschöpfung nahezu im ganzen Reiche.

Die Opfer des damaligen Krieges lassen sich schwer **mit den heutigen** vergleichen. Die Söldnerheere besaßen oft kaum die Stärke von zwei bis drei unserer Divisionen und verbrauchten nur einen geringen Teil der nationalen Wehrkraft. Auch wurde keine Gegend ununterbrochen heimgesucht; viele Länder waren sogar länger oder kürzer neutral. Dafür waren im 17. Jahrhundert andere Erscheinungen empfindlicher. Der Dreißigjährige Krieg spielte sich fast ausschließlich auf deutschem Boden ab. Während heute nur bestimmte Gegenden, vor allem die des Stellungskampfes, das volle Unglück nachhaltig tragen, wurden damals auch bei flüchtigen Durchzügen Städte und Dörfer härter getroffen. Selbst befreundetes, geschweige denn feindliches Land diente einer raubgierigen Soldateska. Um Menschen und Boden kümmerte sie sich wenig und verwahrloste Arbeits- und Geldkräfte, auch wo das der Krieg nicht geboten hätte. Die jetzigen sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen fehlten. Für Kranke und Verwundete, für die

Zivilbevölkerung der betroffenen, selbst der vom Feinde besetzten Gebiete, gegen ansteckende Krankheiten wird heute umfassend gesorgt. Eine strenge bürgerliche oder militärische Verwaltung regelt das Wirtschaftsleben und hält die Ordnung aufrecht. Auch wenn im 17. Jahrhundert die Erkenntnis vorhanden war, gebrach es an den Mitteln und Wegen. Ferner waren damals die Menschen viel mehr als heute an amtliche Bevormundung gewöhnt und vermißten es, daß in der deutschen Kleinstaaterei jener Tage durch den Krieg so vielfach das ganze Behördenwesen unterbrochen oder gar vernichtet war; hierdurch stockte das gesamte, vom Beamtenstaat damals weit mehr gegängelte Wirtschaftsleben.

So tiefe Unterschiede erschweren einen Vergleich zwischen dem 17. und 20. Jahrhundert. Auch lassen sich infolge der starken örtlichen Verschiedenheiten einzelne Beispiele nicht verallgemeinern. Immerhin deuten zuverlässige Nachrichten auf Kriegsschäden, welche die heutigen Verluste weit übersteigen. Augsburg sank in den ersten 14 Kriegsjahren von 80 000 auf 16 000 Einwohner, Böhmen in 19 Jahren von 3 000 000 auf 800 000. Kursachsen hatte in den zwei Jahren 1631 und 1632 eine Million Todesfälle. In der badischen Markgrafschaft Hochberg ergab 1653 eine amtliche Erhebung eine Volksabnahme um $\frac{3}{4}$ des ursprünglichen Bestandes; 3500 Joch Reben und mehr als 10 000 Äcker waren mit Gestrüpp bewachsen, Straßen und Brücken fehlten. Selbst 1683 gab es dort erst $\frac{8}{13}$ so viel Haushaltungen und $\frac{2}{3}$ so viel Vieh als vor 70 Jahren. Viel mehr als heute war die eingesessene Bevölkerung, besonders des platten Landes, auf Nimmerwiedersehen geflüchtet und im Elend verkommen. Während heute auch verlassene Äcker möglichst zweckmäßig bewirtschaftet werden, waren sie damals fast durchweg unbestellt geblieben. Sie ließen sich nach Kriegsende nicht gleich wieder instandsetzen und fanden trotz des gesunkenen Bodenwertes keine Käufer.

Da hätte man denken sollen, daß Deutschland auf Jahrzehnte hinaus durch seelische wie durch wirtschaftliche Gründe erzwingenermaßen hätte Frieden behalten müssen, daß es zu jeder neuen Kraftanstrengung ohnmächtig und jedem noch so drückenden fremden Willen unterworfen gewesen wäre. Aber die Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege mit ihrer einzigartigen Erschöpfung des deutschen Volkes enthält für das heutige deutsche Geschlecht eine wichtige Lehre. Noch so zwingend erscheinende Notwendigkeiten werden von Zeitgenossen zwar tief empfunden, doch in ihrer Dauerwirkung überschätzt. Sind Interessengegensätze stark genug, um den Beteiligten als Lebensfragen zu gelten, und glaubt alsdann eine Seite sich mit Gewalt verschaffen zu können, was sie gütlich nicht erreicht, so hindert keine noch so heiße Friedenssehnsucht und keine noch so schmerzliche Kriegserinnerung den neuen blutigen Kampf.

Nun bildeten nach 1648 verschiedene ungelöste Fragen sofort einen Zankapfel. Vieles war nur in großen Zügen geregelt, zahlreiche Ergänzungs- und Übergangsbestimmungen wurden nachträglich gebraucht und waren nicht so selbstverständlich, um nicht Unklarheiten, Meinungsverschiedenheiten, jahrelangen mündlichen und schriftlichen Zank, bittere Unzufriedenheiten zu erlauben. Vor allem gab es drei lästige Erbschaften. Die jedem anderen Beruf entwöhnten Soldaten, die oft genug nicht einmal ihren schuldigen Lohn empfangen hatten, gingen nicht gutwillig auseinander, sondern setzten auf eigene Faust ihre Gewalttätigkeiten zum Schrecken der wehrlosen Bevölkerung fort. Die westfälischen Friedensunterhändler hatten sich mit der Demobilisierung, dem "Kontement der Soldateska" viel, aber erfolglos beschäftigt. Es fehlten die finanziellen Mittel, um das Kriegsvolk abzudanken und aufzulösen. Auch besaßen die meisten Landesherren keine Schutzwehr, welche die überflüssigen Truppen auseinanderjagte oder wenigstens von ihrer Heimat fernhielt.

Zweitens entsprachen viele Westfälische Friedensbedingungen nicht dem Tatbestand, sondern waren nur beim guten Willen der verschiedenartig interessierten Beteiligten ausführbar. So war die Teilung Pommerns zwischen Schweden und Brandenburg wohl auf dem Papier verfügt, aber noch nicht vollzogen. Ebenso hatte man mechanisch bestimmt, daß diejenige Religionspartei, welche am

1. Januar 1624 ein Stift besessen, es behalten oder wieder bekommen sollte. Dieser Normaltermin wirkte indes ganz ungleichmäßig und konnte in einzelnen Fällen unbillig hart sein.

Drittens hatte sich der Friede nicht abschließen lassen, ohne daß viele Wünsche unberücksichtigt geblieben waren. Doch die unterlegenen Fürsten mochten nicht für immer auf ihre Ansprüche verzichten. Erst recht protestierten Staaten, die in Münster und Osnabrück nicht vertreten gewesen, dort aber in ihren Rechten gekränkt worden waren, gegen den ganzen Frieden.

So erlebte das Deutsche Reich nach 1648 noch keineswegs eine allgemeine Beruhigung, sondern einen jahrelangen Übergangszustand. Wiederholt und verschiedentlich loderte nochmals die Kriegsflamme empor. Die ordnungsbedürftigen Stände griffen zur Selbsthilfe oder vereinbarten einen gemeinsamen Schutz gegen raubartige Ein- und Überfälle. Allein die Mitglieder solcher Landfriedensvereine waren sich über Leistungen und Ansprüche oft nicht einig, verfolgten auch häufig unter dem Deckmantel bedrohter Allgemeininteressen eigennützige Zwecke, so daß mancher derartige Bund die Teilnehmer nicht zusammen, sondern auseinander brachte.



Die Frieden von Nimwegen und Rijswijk

[Scriptorium merkt an: 1678 bzw. 1697]

Wenn schon im Innern die Deutschen den mühsam errungenen Westfälischen Frieden trotz aller schmerzlichen Kriegserfahrungen und Einbußen nicht um jeden Preis retten wollten, fehlten erst recht die internationalen Voraussetzungen zu seiner Sicherung. Zwar Mazarin suchte noch Frankreichs Vorteile nur friedlich auszubauen, nicht kriegerisch zu nützen. Nach dem Tode Kaiser Ferdinands III. arbeitete er ohne eigene französische Ansprüche bloß der Neuwahl eines Habsburgers entgegen. Auch trat Frankreich dem rheinischen Landfriedensbunde bei, ohne einen Vorzug in Geld- und Truppenleistungen zu beanspruchen; freilich hätten im Ernstfall kaum diese Vereinbarungen, sondern die Gesamtmacht der einzelnen Bundesgenossen den Ausschlag gegeben und Mazarin hatte die Liga zum Werkzeuge seiner deutschen Politik gemacht.

Indes hatte der Westfälische Friede nicht gleichzeitig die französisch-spanischen Gegensätze geschlichtet. Die Kämpfe dauerten an der Reichsgrenze fort und die Deutschen konnten leicht wieder hineingezogen werden. Der Pyrenäische Friede (1660), welcher endlich auch diesen Krieg abschloß, dauerte nur 8 Jahre. Erbansprüche seiner Gemahlin, einer spanischen Prinzessin, lieferten Ludwig XIV. den Vorwand zum Einbruch in die belgischen Niederlande. Noch einmal verzog sich für Deutschland die Gefahr. Durch England, Holland und Schweden gezwungen, entsagte Ludwig XIV. dem größten Teile seiner belgischen Hoffnungen und behielt nur einige flandrische Grenzplätze, von denen sich künftig der Krieg leichter in das feindliche Gebiet tragen ließ. Der König sah jedoch diesen ganzen Frieden (1669) als erzwungen an und wünschte sich an seinen Haupturhebern, den holländischen Ratsherren, zu rächen. Um letztere zu treffen, mußte er durch Reichsgebiet, nämlich das Bistum Lüttich und verschiedene Staaten am Mittel- und Niederrhein. Nach damaliger Gewohnheit begnügten sich seine Truppen nicht mit Durchzügen, sondern verwüsteten das Land, besonders den Kurstaat Trier.

In Deutschland erwachte ein Entrüstungssturm und äußerte sich in Flugschriften. Leopold I. hätte sein Ansehen als Reichsoberhaupt eingebüßt, wenn er dem französischen Treiben teilnahmslos zugeschaut hätte. So begann wieder der Krieg in den rheinischen Ländern.

Schon vorher hatten die Franzosen die Unklarheiten des Westfälischen Friedens zu neuen Ansprüchen benutzt, welche ihnen niemand ernstlich hatte streitig machen können. Nachdem durch die Wahl des jungen Leopold alle Hoffnungen, auf gesetzlichem Wege den Habsburgern die

Kaiserkrone zu entreißen, auf Jahrzehnte hinaus vereitelt worden waren, schien es nötig, das Gegengewicht gegen Österreich am Oberrhein noch zu verstärken. Hierzu diente eine bessere Verbindung zwischen den beiden großen Gewinnen der letzten hundert Jahre, den lothringischen Bistümern und den elsässischen Besitztiteln. Dabei halfen teils unvermeidliche Zugeständnisse des von Spanien preisgegebenen Herzog von Lothringen, teils der Westfälische Friede, welcher der französischen Krone die Vasallen der Stifter Metz, Toul und Verdun geopfert hatte und bei der Unbestimmtheit dieses Rechtsverhältnisses sich dehnen ließ.

Die französischen Erweiterungspläne gewannen durch das Übergreifen des Krieges auf das Reich (1674) sofort aktuelle Tragweite. Während Frankreichs Gegner bloß den alten Zustand verteidigten, strebte der König nach neuem Machterwerb. Südwestlich grenzte an den Elsaß die mit Spanien nur noch lose zusammenhängende Freigrafschaft. Das rechtsrheinische Ausfallstor Breisach wurde durch Freiburg in Schach gehalten. In Belgien hatten die Franzosen letztes Mal ihre Absichten bei weitem nicht verwirklicht. Erst wenn sie in allen diesen Gebieten durchschlagende Erfolge erzielten, schlugen sie endgültig die habsburgischen Nebenbuhler nieder. Sogar die deutsche Kaiserkrone winkte Ludwig XIV.

So hochfliegende Pläne ließen sich höchstens schrittweise ausführen. Immerhin schnitt der König beim Nimwegener Frieden (1678) besser ab, wie die drohende feindliche Koalition längere Zeit hatte erwarten lassen. Seine Gegner besaßen abweichende Interessen, waren teilweise von vornherein kriegsunlustig gewesen und es erst recht im Laufe der Kämpfe geworden. Auch hatte Ludwig XIV. die Holländer aus Rachegefühl bekriegt, brauchte von ihnen jedoch unmittelbar nichts. Daher kostete ein französisch-holländischer Sonderfriede geringe Mühe. Nachdem die Holländer ausgeschaltet, wurde der Friede für Spanien schon etwas teurer; sie mußten die Freigrafschaft und eine wesentliche Verbesserung der belgisch-französischen Grenze bewilligen. Nunmehr waren die Deutschen zu härteren Bedingungen gezwungen. Mit Freiburg und Kehl gewann Frankreich den Zugang zu den beiden wichtigsten Tälern des südlichen Schwarzwaldes und war auch auf dem rechten Rheinufer nur noch schwer zu erschüttern. Denn am geschleiften Brückenkopf Philippsburg, welcher während des Krieges in badische Hände gefallen war und jetzt an Speier kam, verloren die Franzosen nicht viel; sie hatten Hoffnung, ihn im nächsten Kriege leicht wieder zu nehmen. Dem Herzog von Lothringen verlangten sie Nancy, Longwy und eine breite Heerstraße für künftige Truppendurchzüge ab. Darauf verzichtete er lieber vorläufig überhaupt auf das ganze Land. Zuletzt fesselte der König den Kurfürsten von Brandenburg noch durch einen Bündnis- und Subsidienvvertrag und hinderte ihn so, abermals die kaiserliche Sache im Westen zu verteidigen.

Die meisten dieser Friedensschlüsse zeigten nicht nur die französische Überlegenheit, sondern lieferten auch Stützpunkte weiteren ehrgeizigen Vorwärtstrebens. Ludwig XIV. brauchte den nächsten Krieg nicht abzuwarten. Bereits während der letzten Kämpfe hatte er erfolgreich seine elsässischen Landvogteirechte benutzt und die zehn zur Landvogtei gehörigen Städte unterworfen. Jetzt schenkte ihm der Nimwegener Friede zwar keine neuen Rechtsvorteile im Elsaß; aber Ludwig gewann durch die ganze politische und militärische Lage Kraft genug, um nicht mehr durch die Fußangeln verworrener Rechtsverhältnisse zu straucheln. Statt sich einem unparteiischen Gerichtsverfahren von unabhängigen Staaten oder Behörden mit zweifelhaftem Ausgange zu unterwerfen, ließ er eigene Tribunale nach persönlicher Willkür entscheiden und die Urteile durch seine Leute vollstrecken. So brachte er die für den nächsten Krieg so wichtigen Vogesenpässe und den Elsaß ganz in seine Gewalt. Zuletzt nahm er mitten im Frieden noch Straßburg.

Diese "Reunionen" und Straßburg betrachtete der König als Ergänzungen des Nimwegener Friedens. Aber er wollte sich doch nicht bloß auf die bedenklichen Rechtstitel stützen, zumal sich das deutsche Nationalgefühl aufbäumte. Er bot dem Wiener Hofe gegen die reichsrechtliche Bestätigung seiner friedlich gewonnenen Beute die Rückgabe Freiburgs an. Obgleich Leopold I.

damit gegen Hingabe fremden Gutes österreichische Privatvorteile erreicht hätte, ging er darauf nicht ein. Zwar waren ihm augenblicklich durch den Türkenkrieg die Hände gebunden; indes bewog ihn diese Zwangslage nur zur befristeten zwanzigjährigen Anerkennung der französischen Errungenschaften.

Bei diesem Handel hatte sich offenbart, daß im Grunde weder Deutschland noch Frankreich aufs neue kämpfen wollte. Jenes war zu gespalten und zu wenig national gesinnt, letzteres zu erschöpft. Doch, wie häufig in der Geschichte, erzwang die Unfertigkeit und Halbheit der politischen Verhältnisse den Wiederausbruch der Feindseligkeiten. Alles, was die Franzosen in und seit dem Westfälischen Frieden errungen, blieb hinter dem östlichen Gebietszuwachs der Habsburgischen Erbstaaten weit zurück. Anfangs suchte Ludwig XIV. noch auf friedlichem Wege einen Ausgleich. Als das pfälzische Kurhaus ausstarb, verlangte er eine günstigere nordelsässische Grenze, vor allem den pfälzischen Anteil an der Grafschaft Sponheim, das Amt Germersheim, die Fürstentümer Lautern und Simmern. Doch die großen österreichischen Erfolge gegen die Türken drängten alle französischen Kriegsbedenken zurück. Wie leicht konnte der siegreiche Kaiser, aller orientalischen Sorgen ledig, mit seiner gesamten Macht sich gegen den Westen wenden, die Reunionen und Straßburg verlangen und Frankreichs ganze Vormachtsstellung im Abendlande untergraben! Wenn die Franzosen jetzt ins Reich einfielen und die Deutschen ihre Kräfte zersplittern mußten, erholten die Osmanen sich vielleicht wieder und beschäftigten dauernd einen Teil des österreichischen und deutschen Heeres. Außerdem gewann Ludwig XIV. durch einen glücklichen Anschlag vielleicht einige deutsche Bundesgenossen zurück.

1688 rechnete er mit keinem langen Kriege, sondern glaubte, nachdem er selbst in den letzten Jahren unaufhörlich gerüstet hatte, mit den unvorbereiteten, auch im Osten noch stark gefesselten Deutschen rasch fertig zu werden. Aber der Krieg dauerte gegen Ludwigs Wunsch und Erwartung 9 Jahre und bildete den Wendepunkt seines Glücks. In England wurden die franzosenfreundlichen Stuarts durch Ludwigs zähesten diplomatischen Gegner, den holländischen Generalstatthalter Wilhelm von Oranien, vertrieben. Dieser verfolgte als Erster das britische Ziel, die jeweils mächtigste europäische Festlandsmacht zu bekämpfen und das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen europäischen Nationen zu erhalten. Holland riß er auf die gleiche Bahn. Auch in Deutschland war das Gemeingefühl, der Widerstandsgeist und das Vertrauen auf das eigene militärische Können gewachsen.

Da sich Ludwig für einen raschen Überfall, aber nicht für ein jahrelanges Ringen vorgesehen hatte, erkannte er bald trotz wertvoller Waffenerfolge die Unmöglichkeit, seine zahlreichen Gegner niederzuwerfen. Bereits 1693 ließ er in Stockholm wissen, es käme ihm mehr auf einen gerechten und billigen Frieden als auf Eroberungen an. Er wollte Philippsburg, welches seine Truppen wieder eingenommen hatten, und Freiburg herausgeben, die rechtsrheinischen Befestigungen von Fortlouis schleifen, wenn ihm nur Straßburg und die Reunionen blieben. Der König wurde freilich ganz offen verdächtigt, ähnlich wie vor 14 Jahren durch solche Anerbieten den feindlichen Ring sprengen und nach geschickten Sonderfriedensverhandlungen zum Herrscher Europas aufsteigen zu wollen. Indes wie sehr er wirklich den Frieden ersehnte, bewies das krampfhaft Bemühen der französischen Agenten und die Bereitwilligkeit zu großen Opfern. Um Straßburg und das im Kriege eroberte Luxemburg zu behaupten, bot Ludwig XIV. die Rückgabe von Ypern, Dinant, ja sogar des im Westfälischen Frieden so hartnäckig festgehaltenen Breisach an. Zunächst alles umsonst! Die Feinde wollten nicht einmal verhandeln, wenn nicht vorher die gesamten Rechts- und Besitzverhältnisse des Westfälischen und Nimwegener Friedens wiederhergestellt, also Lothringen seinem angestammten Fürstenhause zurückgegeben, Straßburg, Luxemburg, alle Reunionen in den Niederlanden, im Elsaß und den angrenzenden Gegenden wieder ausgeliefert worden wären.

Die französischen Mittel waren erschöpft, das Land mit Steuern überlastet. Karl II. von Spanien, den Ludwig XIV. zu beerben wünschte, war krank. Starb er während des Krieges, so hätten die

Feinde, welche den Franzosen nicht einmal die Errungenschaften der letzten anderthalb Jahrzehnte gönnten, ihre spanischen Ansprüche gewiß nicht erfüllt. Dem Versailler Hof eilte es demnach mit dem Frieden. Zum Glück fand er auch diesmal die Gegner uneinig. Wilhelm von Oranien und Holland hatten an Lothringen und am Elsaß geringeres Interesse wie an den Niederlanden, und vor allem daran, daß Wilhelm endlich als englischer König von Frankreich anerkannt und dadurch gegen die Umtriebe der Stuarts besser geschützt wurde. Beim Kaiser Leopold brachen schließlich Familienrücksichten und, genährt von den Wiener Jesuiten, religiöse Beweggründe durch. Straßburg und die reuinierten Bezirke wären ans Reich zurückgefallen, nicht wie Breisach und Freiburg an ihn unmittelbar. Außerdem wäre in Straßburg mit den alten Freiheiten der Protestantismus wieder aufgelebt. Vergeblich mahnte eine kurbrandenburgische Denkschrift, daß Vorderösterreich besser durch Straßburg als durch Freiburg und Breisach geschützt werde. Umsonst nannte der Markgraf von Baden Straßburg "die Zitadelle von ganz Deutschland". Wohl hätten zeitweilig die Deutschen Straßburg und noch mehr bekommen können. Indes, nachdem sie sich die Aussichten durch überspannte Forderungen verscherzt hatten, sahen sie sich im entscheidenden Augenblicke durch die habsburgische Interessenpolitik verraten.

Man hat wegen dieser überraschenden Vorteile Ludwigs XIV. den Frieden von Rijswijk (1697) "Reiß weg" getauft, wie vorher den von 1678 "Nimm weg". Aber die Enttäuschungen der Deutschen dürfen nicht vergessen lassen, daß der König die 1678–88 eingestrichenen Gewinne nur unter schweren, früher für unannehmbar gehaltenen Zugeständnissen und auch das nicht vollständig aufrechterhalten hatte. So wichtig Straßburg als Festung, so schmerzlich der nationale Verlust war, Frankreich hatte das rechte Rheinufer fast aufgegeben. Von den pfälzischen Plänen, welche die äußerliche Kriegsursache gebildet, hatte es nichts erreicht, weder Philippsburg noch Landau behauptet. Die elsässischen Reunionen waren anerkannt worden, indes nicht die belgischen und auch nicht einige andere deutsche, z. B. Nassau-Saarbrücken. Mit Recht hat deshalb Erdmannsdörffer gesagt: "Die Heere des Königs kehrten zum ersten Male aus einem Kriege heim, ohne die Schlüssel erobertester Festungen mitzubringen." Im ganzen hatte weder die französische noch die feindliche Seite entscheidend gesiegt.

Vor allem aber barg der Rijswijker Friede ganz gegen Ludwigs Wunsch einen neuen Krieg im Schoße. Die mitwirkenden Diplomaten hatten nichts über die spanische Erbschaft ausgemacht, welche bald zu erwarten war. Das Schweigen besagte, daß sich die Beteiligten nach dem Tode König Karls II. von Spanien alle Ansprüche wahrten und nötigenfalls abermals die Waffen ergreifen würden. So folgte auf ein neunjähriges blutiges Ringen eine kaum halb so lange Ruhepause, welche zudem für Deutschland noch durch heftige Türkenkämpfe unterbrochen wurde.



Der spanische Erbfolgekrieg

[Scriptorium merkt an: 1701 - 1714]

Ogleich Spanien von seiner Höhe im 16. Jahrhundert längst heruntergestiegen war, verfügte es beim Aussterben seines habsburgischen Herrschergeschlechts noch immer über eine ansehnliche Macht. Ihm gehörte Neapel, Mailand, Sizilien, Belgien, ein reicher Kolonialbesitz im Osten und in Amerika. Im Interesse des eigenen Volkes lag, daß es sich in dieser Stellung behauptete und mit allen Nebenländern vereinigt blieb. Mit kluger Voraussicht hatte schon Karl V. vor anderthalb Jahrhunderten die Niederlande und Oberitalien vom deutschen Reiche losgelöst und nicht dem neuen Kaiser, sondern seinem Sohn, König Philipp von Spanien, hinterlassen. Denn ohne die niederländischen Geldmittel hätte dieser nicht die bewährten spanischen Truppen unterhalten und der mächtigste Fürst des Abendlandes bleiben können. Seitdem waren freilich die nördlichen Niederlande und die großen weltpolitischen Ziele Karls V. und Philipps II. verloren gegangen. Aber gerade wegen zunehmender Schwäche bedurfte Spanien der Hilfsquellen aus seinen Nebenländern,

um nicht zu einem Staate untergeordneten Ranges herabzusinken.

Mit den einheimischen spanischen Bedürfnissen kreuzten sich jedoch die Wünsche der europäischen Großmächte. Ludwig XIV. und Kaiser Leopold waren die nächsten Anwärter. Beide beehrten zwar nichts für sich und ihre unmittelbaren Thronerben, sondern Ludwig schob seinen nachgeborenen Enkel Philipp, Leopold seinen zweiten Sohn Karl vor. Aber auch im 16. Jahrhundert waren die österreichischen und spanischen Staaten der Habsburger lange Zeit getrennt verwaltet worden und doch ihr kirchliches wie politisches Übergewicht stark gewesen. Erst recht bedrohlich schien die Gefahr, daß der Versailler Hof, welcher schon jetzt die Selbständigkeit des Abendlandes unsicher machte, noch den Haupteinfluß in Spanien und allen seinen zugehörigen Gebieten erlangte.

Leopold und Ludwig hatten früh erkannt, daß sie entweder sich vertragen oder kämpfen mußten. Ihr Kräfteunterschied war nicht groß genug, um das Ringen zum leichten Spiel, den Ausgang halbwegs gewiß zu machen. Außerdem hatte der schließliche Sieger die Eifersucht der Neutralen, besonders Hollands und Englands, zu erwarten. Diese riskierten alle Kolonial- und Handelserfolge des letzten Jahrhunderts, wenn der ganze spanische Besitz unter das gemeinsame Zepter eines Habsburgers oder Bourbonen kam.

Deshalb hatten der Kaiser wie Ludwig XIV. immer wieder daran gedacht, nach Karls II. Tode die spanischen Gebiete zu teilen, so oft sie einen gewaltigen Krieg zu vermeiden und sich zu vertragen wünschten. Seit 1664 war darüber viel verhandelt worden. Aber es waren stets drei Schwierigkeiten begegnet. Einmal wollte niemand endgültig und ehrlich verzichten, sondern jeder kam auf seine Gesamtansprüche zurück, sobald er mit einer ihm günstigen europäischen Lage rechnete. Zweitens widerstrebte die Stimmung des Erblassers und Landes allen Teilungsplänen so entschieden, daß sie nicht übersehen werden konnte. Wenn also die Anwärter König Karls Zustimmung haben wollten, konnten sie diese nur für einen Gesamtanspruch, nicht für einzelne Erbteile gewinnen. Drittens war eine Teilung leichter grundsätzlich beabsichtigt als wirklich ausgeführt. Die Nebenbuhler wie die Draußenstehenden hegten da verschiedenartige Bedürfnisse.

Ludwig XIV. hatte es hauptsächlich auf die spanischen Niederlande abgesehen. Sie besaßen zu Frankreich alte kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen und hätten seine Stellung am Kanal, an der westlichen Nordsee und gegen den Niederrhein hin befestigt. Holland wäre jedem französischen Angriff offen gelegen und zu keiner selbständigen Politik mehr fähig gewesen; denn es hatte gegen Süden keine strategische Grenze. Dazu kam der noch immer beträchtliche Reichtum Flanderns und Brabants. Die Geldnot, welche den Franzosen wiederholt ihre Waffen aus der Hand genommen hatte, wäre gemildert, Ludwigs Ehrgeiz neu angestachelt worden. Neben Belgien war aus der spanischen Erbschaft für die Franzosen Oberitalien besonders wichtig. Sie hätten den südlichen Fuß der Alpen gewonnen. Von zwei Seiten konnten sie dann die Habsburger leicht angreifen. Galten doch Süddeutschland und Oberitalien längst als Gebiete, in denen Habsburger und Bourbonen wetteiferten!

Aber gerade diese begehrtesten Stücke aus der spanischen Beute wurden den Franzosen am heftigsten umstritten. Schon während des niederländischen Aufstandes hatte die englische Königin Elisabeth den Holländern gegen die spanische Krone geholfen. Ihre Staatsmänner hatten erkannt, daß die flandrische Küste nicht im ruhigen Besitze der größten abendländischen Militärmacht bleiben durfte. Noch weniger als mit dem entfernten Spanien konnten sie eine Vereinigung Belgiens mit dem unmittelbar angrenzenden Frankreich zugeben, zumal seit dem 16. Jahrhundert die britische Seemacht und deren Handelsinteressen viel gewaltiger und empfindlicher geworden waren. Ebenso war für Holland die Vereitelung der französischen Gelüste auf Belgien eine Lebensfrage. Kaiser Leopold verlangte für sich die Lombardei nicht so entschieden wie König Ludwig. Aber wenn er sie allenfalls einem neutralen Mitbewerber überlassen hätte, niemals hätte er

sie gutwillig in französischen Händen geduldet. Lieber noch gab er die Pyrenäenhalbinsel und die spanischen Kolonien preis.

Wären diese Hindernisse nicht unüberwindlich gewesen, der Wunsch, sich zu verständigen, war nach dem Rijswijker Frieden allseitig vorhanden. England und Holland sehnten sich nach ruhiger Entwicklung; Frankreich war hart mitgenommen, Ludwig XIV. näherte sich dem Greisenalter; der Kaiser, an sich kein tatkräftiger Mann, hatte jahrelang im Osten und Westen kämpfen müssen. Wie gern sich namentlich die französische Krone verglichen hätte, bewies ihr Teilungsvertrag mit den Seemächten vom März 1700. Nach ihm hätte sie sich mit Neapel, Sizilien, Sardinien und dem endgültigen Besitze Lothringens, also den für sie verhältnismäßig gleichgültigsten Stücken, begnügt, den Habsburgern Spanien, Belgien und die Kolonien überlassen, nur um dem blutigen Zusammenstoß auszuweichen. Die Lombardei sollte an den seines Landes beraubten Herzog von Lothringen fallen.

Aber auch diesmal wurde der heißeste Friedenswunsch durch die Gewalt der Tatsachen erstickt. Der Kaiser hätte durch den Vertrag Italien verloren. Von den ihm zugestandenen Ländern aus wäre niemals ein kräftiger Angriff gegen Frankreich möglich gewesen. Vor allem aber verkündigte Karl II. von Spanien, sobald er das Abkommen erfuhr, sofort in feierlichster Form, daß er den Enkel Ludwigs XIV. zum Gesamterben bestimmt habe. Die französische Krone hätte also entweder den Vertrag mit den Seemächten erfüllen oder das Erbrecht ihres Enkels mit dem Schwerte verteidigen müssen. Dabei hatte sie im zweiten Falle nicht einmal schlechte Aussichten. Die österreichischen Finanzen waren trostlos, die dortige Bevölkerung gründlich kriegsüberdrüssig, die polnischen, schwedischen und ungarischen Verhältnisse aufs äußerste zugespitzt und zur Vorsicht mahnend. Auch ein weniger ehrgeiziger Fürst als Ludwig XIV. hätte sich unter solchen Umständen schwer entschlossen, einen guten Rechtstitel aufzugeben und seine Schwäche einzugestehen.

Ungern überzeugten sich seine Gegner, daß ihr ganzes wirtschaftliches und politisches Dasein gefährdet und der Krieg unvermeidlich war. Leopold I. wie Wilhelm von Oranien hatten Widerstände im eigenen Lager zu überwinden. Schließlich steckte der Vertrag vom 7. September 1701 ihre Kriegsziele ab. Die Seemächte England und Holland verlangten die Handelsfreiheit im Mittelmeer und mit beiden Indien, der Kaiser die wenigstens teilweise Erfüllung seiner Ansprüche; Holland wollte außerdem die "Barriere" schützen, welche bisher die spanischen Niederlande zwischen Frankreich und Holland gebildet hatten. Belgien, Mailand, Neapel, Sizilien und die spanischen Inseln im Mittelmeer fielen an den Kaiser. Die Seemächte behielten sich "zum Besten von Schiffahrt und Handel ihrer Untertanen die Gebiete und Städte beider Indien" vor, "welche sie erobern würden". Frankreich und Spanien sollten niemals vereinigt werden. Zwischen den Zeilen war zu lesen, daß die Verbündeten in Spanien Ludwigs Enkel stillschweigend dulden würden.

Leopold hatte weit mehr gefordert, sich aber schließlich begnügt, weil die ihm fest zugesagten Gebiete Mindestziele sein sollten.

England und Holland hätten auch jetzt noch den Krieg gern vermieden. Ihre maßgebenden Staatsmänner überwand den einheimischen Widerstand nur, wenn sie bis zur äußersten Grenze ihrer Friedensbereitschaft gingen. Aber mochten sie Ludwig XIV. auch eine längere Überlegungsfrist geben, an den Bedingungen selbst konnten sie nicht viel ändern.

Nach Kriegsausbruch brauchten sich die Verbündeten nicht mehr auf so bescheidene Ansprüche zu beschränken. Bei ihren großen Erfolgen hielten sie für nötig, daß ihr Gegner überall zurückgedrängt wurde. Nachdem Erzherzog Karl mit holländischer und englischer Hilfe in Spanien gelandet, kämpfte Ludwig XIV. nicht mehr um die dortige Erbschaft, sondern um die Unversehrtheit seines eigenen Staatsgebietes. Der Gedanke an die Rückgabe aller französischen Eroberungen seit dem Westfälischen Frieden, besonders Straßburgs und des Elsasses, wurde laut. 1705 verlangte der

Wiener Hof sogar die lothringischen Stifter Metz, Toul und Verdun sowie die Freigrafschaft zurück. Ganz so weit gingen die Verbündeten nicht; aber auch sie forderten Straßburg, alle durch die Reunionen gewonnenen französischen Bezirke und Rechte, das im Kriege von den Franzosen wiedereroberte Breisach mit allen Festungswerken und Kriegsmaterialien, die Beschränkung der elsässischen Landvogteirechte auf ihr ursprüngliches Maß und selbstverständlich den unbedingten Verzicht auf alle spanischen Erbstücke.

Ludwig XIV. war 1709 so mürbe, um die meisten Wünsche zu erfüllen. Wenn damals Friede geschlossen worden wäre, hätte seine Regierung ohne jeden französischen Gebietszuwachs geendigt; das Deutsche Reich wäre im Westen durch die tiefe Erschöpfung der Franzosen wesentlich besser als beim Westfälischen Frieden dagestanden. Allein Mißtrauen und Siegesgewißheit verleiteten die Verbündeten, den Bogen zu überspannen. Während der Bourbonne Philipp aus Spanien vertrieben und Erzherzog Karl nach Madrid geführt wurde, erholte sich vielleicht inzwischen das französische Heer wieder. Da schien es vorsichtiger, die sofortige Herausgabe Straßburgs und der belgischen Festungen als Bürgschaft andauernder Friedensbereitschaft zu verlangen und Philipps Vertreibung aus Spanien durch französische Waffen besorgen zu lassen. Die erste Forderung hätte Frankreich wehrlos gemacht, aber nicht einmal das Kriegsende gewährleistet; die zweite verletzte das Ehr- und Familiengefühl des Königs. Dieser wagte lieber das Letzte.

Zwei unerwartete Glücksfälle kamen ihm zu Hilfe. Plötzlich starb Leopolds ältester Sohn Josef und als letzter Habsburger blieb nur noch der Erbanwärter auf die spanische Krone, der neue Kaiser Karl VI., übrig. Er hätte die Universalmonarchie Karls V. wiederhergestellt, den deutschen, italienischen, belgischen, spanischen und kolonialen Hausbesitz vereinigt. Die Seemächte hätten also durch die Friedensbedingungen von 1709 gerade das bewirkt, was sie durch den Krieg hatten vereiteln wollen. Eine bourbonische Sekundogenitur in Madrid war ihnen, zumal nach den großen französischen Kräfteverlusten, immer noch das geringere Übel. Ferner vollzog sich in England ein großer Umschwung und stürzte diejenige Partei, welche an der Kriegsverlängerung geschäftliches Interesse besaß. Zugleich brach auch in Holland die Friedenssehnsucht durch.

Die Seemächte kamen jetzt ohne Rücksicht auf den Kaiser den französischen Wünschen entgegen. Philipps Herrschaft über Spanien und beide Indien nahmen sie grundsätzlich an und verhandelten nur noch über die Sicherheiten für dauernde Trennung der spanischen und französischen Krone. Heftig wurde auf dem Utrechter Kongreß (1712) die bayrische Frage umstritten. Der dortige Kurfürst Max Emanuel war während des Kriegs Bundesgenosse Ludwigs XIV. gewesen, hatte wechselvolle Schicksale erlebt und war zwischen stolzen Hoffnungen und düsteren Zukunftsaussichten hin- und hergeschleudert worden. Da er weniger partikularistische als dynastische Interessen besaß, war es ihm nicht um das Wohl seines Stammlandes, sondern um eine vornehme und gute Ausstattung seines Hauses, möglichst um eine Königskrone zu tun. Andererseits war in Wien die alte Abneigung gegen einen starken bayrischen Nachbarstaat wieder erwacht. Wenn er nicht ganz österreichisch werden konnte, ließ er sich vielleicht zerstückeln und teilweise erwerben. Max Emanuel wäre dafür beim Gewinn Belgiens und Siziliens zu haben gewesen. Aber Holland wollte den Bundesgenossen Ludwigs nicht in seiner Nähe. Belgien fiel an Karl VI., freilich mit dem lästigen Barrierevertrag, durch welchen Holland das Recht erhielt, bei einem Kriege mit Frankreich verschiedene belgische Festungen zu besetzen und Belgien nicht zum strategischen Aufmarschgebiet gegen die eigene Heimat werden zu lassen. England verlangte Sizilien für seinen Schützling, den Herzog von Savoyen. In Mailand, Neapel und Sardinien zog Karl VI. als Herr ein. Die deutsche Frage kümmerte die Seemächte nicht mehr, seit sie ihre Interessen erfüllt sahen und keine Kampfgenossen mehr brauchten. Im Gegenteil erleichterten sie den Abschluß des Utrechter Friedens (1713), wenn sie Ludwig XIV. alle in Rijswijk errungenen Vorteile, namentlich Straßburg, ließen.

Kaiser und Reich fühlten sich verraten und versuchten den Krieg allein fortzusetzen. Doch außer den Seemächten versagten auch die norddeutschen Staaten, voran Hannover und Preußen. Die Frieden von Rastatt und Baden, zu denen sich 1714 erst Karl VI. und dann das Reich bequeme, verschlechterten deshalb eher noch die deutsche Lage. Die Franzosen hatten inzwischen Landau und Freiburg erobert. Der Kaiser, welchen vor allem seine Familienbedürfnisse kümmerten, stellte seine italienischen Ansprüche an die Spitze. In Deutschland durfte nur Freiburg nicht französisch bleiben. Landau, das den Habsburgern nicht gehört hatte, gab er preis.

So hatte der spanische Erbfolgekrieg äußerlich für Deutschland ohne große Ergebnisse geendigt. Aber er war trotzdem nicht umsonst geführt worden. Die französische Krone war zwar besser weggekommen, als sie selbst es noch wenige Jahre zuvor erwartet hatte. Doch ihre Eroberungskraft war gebrochen. Auch stammte vom spanischen Erbfolgekriege die völlige Zerrüttung der französischen Finanzen, welche der Revolution den Weg ebnete. Für Deutschland bedeutete daher trotz der elsässischen Enttäuschung der Rastatter und Badener Friede eine fühlbare Erleichterung.



Die pommerschen und polnischen Kriegsziele des Großen Kurfürsten

Noch kürzer als im Südwesten des Reichs sicherte der Westfälische Friede im Norden und Osten die Ruhe Deutschlands. Schweden hätte die Oder- und Wesermündung nur dann unangefochten behauptet, wenn es jederzeit eine starke Landmacht einsetzen konnte und wenn im deutschen Hinterlande keine Staaten emporkamen, welche sich den künstlich gesperrten Zugang zum Meere erkämpften. Nun grenzte an Schwedisch-Pommern das wesentlich vergrößerte und vorwärtsstrebende Brandenburg. Außerdem war die schwedische Ostseeherrschaft durch Pommerns Gewinn erst halb hergestellt und wurde bereits im jetzigen Umfange auch durch Polen, Dänemark und Holland angefochten. Um sein Werk zu vollenden, mußte Schweden abermals angreifen. Schon 7 Jahre nach dem Westfälischen Frieden begannen in Livland aufs neue die Feindseligkeiten. Schwedische Regimenter zogen durch Pommern an die polnische Grenze. Ohne Kriegserklärung besetzten sie einen großen Teil des Herzogtums Preußen bis an die Tore Königsbergs.

Der Große Kurfürst stand vor einer schwierigen Wahl. Polen wie Schweden waren seine Nebenbuhler und er durfte keinen von beiden siegen lassen, ohne selbst einen Vorteil als Gegengewicht davonzutragen. Eine Parteinahme war jedoch ebenso unvermeidlich wie gefährlich. Verständigte er sich mit Polen und unterlag, so verlor er seine ostpreußischen Häfen. Andererseits war er Polens Vasall; er hätte schon durch die Neutralität seine Lehnspflichten verletzt und das Herzogtum Preußen verwirkt. Auch gehörte die pommersche Frage zu den vielen 1648 nicht erledigten. Weder stand die Grenze zwischen Vor- und Hinterpommern fest noch war der Brandenburg zugefallene Teil von den Schweden geräumt. Die Nachverhandlungen verursachten große Ärgernisse und brauchten viel Zeit.

Drei Dinge gaben für den Kurfürsten den Ausschlag. Er kannte Polens schlimme Verfassung und Widerstandsunfähigkeit. Zweitens getraute er sich mit dem jungen unerprobten brandenburgischen Heere noch nicht gegen die bewährte schwedische Landmacht zu kämpfen. Drittens winkten ihm bei einer polnischen Niederlage große Erfolge. Die polnischen Belehungsansprüche, Jahrgelder, Bestechungen kosteten dem Kurfürsten viel, ohne ihm irgendwelchen Gewinn einzutragen, und entsprangen überlebten politischen Verhältnissen. Auch hinderte ihn die Lehnspflicht, "wie ein rechter Regent nach Belieben das Regiment zu führen". Zerfiel gar das polnische Reich, so durfte Brandenburg auf wertvolle Beute hoffen. Insgeheim ließ der Kurfürst die Möglichkeiten neuer Gebietserwerbungen untersuchen. In seinem Auftrag beschäftigte sich ein Major mit den Flußübergängen und Festungswerken von Posen. Diese Gegenden schienen zur besseren Verbindung Hinterpommerns mit dem Herzogtum Preußen geeignet. Auch schob sich Ermeland

unnatürlich zwischen den östlichen und westlichen Teil des Herzogtums hinein und ließ für deren Zusammenhang nur eine schmale Brücke übrig. Endlich litt das Herzogtum an einer schlechten Ostgrenze.

So neigte der Kurfürst zum Bunde mit Schweden und forderte als Preis: die volle Souveränität Preußens und aller Gebiete, die er erobern würde, Ermeland mit Braunsberg, Litauen und "das Stück, welches sich von Krossen bis an Warschau und wieder bis an Neidenburg oder Ortelsburg erstreckt, damit wir eine lineam communicationis zwischen unseren märkischen und preußischen Ländern haben können", namentlich zuverlässige Weichselübergänge. Nach dem Marienburger Bündnis vom 15. Juni 1656 sollte denn auch der größte Teil der Woiwodschaften Posen und Kalisch, die Woiwodschaften Lenczyca und Sieradz nebst dem anliegenden Gebiete Wielun brandenburgisch, die heutige Provinz Westpreußen und das nördliche Posen schwedisch werden. Von Driesen in der Neumark zog die geplante schwedisch-brandenburgische Grenze fast gerade nach Osten.

Das Bündnis war der Vorbote der künftigen polnischen Teilungen. Bereits der Große Kurfürst und seine Räte waren also davon überzeugt, daß der Erwerb polnischen Gebietes, und zwar weit über die Grenzen von 1815 hinaus, ein wichtiges Lebensbedürfnis des brandenburgisch-preußischen Staates sei. Freilich hätten die Hohenzollern diese Befriedigung sehr teuer erkaufte. Sie waren seit dem Dreißigjährigen Kriege die natürlichen Nebenbuhler der Schweden und hätten diesen die wirtschaftlich wertvollsten und gerade die deutschen Bezirke zugeschanzt. Zur schwedischen Odermündung wäre ein schwedisches Weichseldelta gekommen, Hinterpommern auf zwei Seiten von Schweden eingeschlossen gewesen.

Doch noch war Polen nicht so zerrüttet, um sich derart verstümmeln zu lassen, und Karl X. von Schweden besaß viele mächtige Feinde, welche ihm keinen Aufschwung gönnten. Der Kurfürst sah sich veranlaßt, mit Polen sich zu vertragen und Schwedens Feind zu werden. Schließlich brachte der Friede von Oliva (1660) als einziges Kriegsergebnis die volle Souveränität Preußens ohne jeden Gebietszuwachs. Außerdem hatten seine Soldaten sich überraschend gut geschlagen und das brandenburgische Ansehen gehoben.

Der Siegespreis entsprach also weder den brandenburgischen Erwartungen noch den Anstrengungen. Dieselbe schmerzliche Erfahrung erlebte der Kurfürst beim Frieden von St. Germain en Laye (1679). Damals hatte er den Schweden ganz Pommern, besonders Anklam, Demmin, Stettin, Stralsund, Greifswald und gemeinsam mit den Dänen auch die Insel Rügen, abgenommen. Durch Hollands Beispiel angeregt, wollte er seinen Lieblingwunsch verwirklichen, ähnlich wie Schweden im letzten halben Jahrhundert aus seinen deutschen Besitzungen die Kraft zur Begründung einer starken Ostseemacht schöpfen. Wie wenig national er dachte, bewies sein nach dem Frieden mit Frankreich abgeschlossenes Bündnis. Hierdurch hoffte er Versailles von Stockholm zu trennen und der französischen Krone im Kampfe gegen die Habsburger einen Ersatz für die bisherige französisch-schwedische Allianz zu bieten. Enge Bündnisse mit verschiedenen norddeutschen Fürsten, welche ebenfalls unter dem schwedischen Drucke seit 1648 litten, sollten Brandenburgs Stellung noch weiter stärken. Gestützt auf solche Rückhalte versprach sich der Kurfürst baldige neue und glücklichere Feindseligkeiten gegen die Schweden und deren endgültige Vertreibung aus ganz Pommern.

Später hat sich das Scheitern solcher Zukunftspläne für Brandenburg-Preußen wie für Deutschland als Segen erwiesen. Der Kurfürst hätte seine Seemachtsstellung mit der Preisgabe wichtiger deutscher Bedürfnisse bezahlt, wäre bald mit niederländischen und englischen Interessen zusammengestoßen und dabei vielleicht gar einem ungleichen Kampfe ausgesetzt gewesen. Statt eines langsamen organischen Wachstums hätte der brandenburgisch-preußische Staat eine kurze Treibhausblüte erlebt. Wegen der Mißerfolge des Großen Kurfürsten faßte er zunächst in

Deutschland selbst festere Wurzeln und gewann die Odermündungen erst, als seine deutsche Zukunft schon festgelegt war.



Der Nordische Krieg

[Scriptorium merkt an: 1700 - 1721]

Der Friede von St. Germain en Laye gehörte zu den Verträgen, welche als traurige Durchgangsstation galten, jedoch unerwartete Dauer gewannen. Der Große Kurfürst starb, ehe er sich aufs neue mit den Schweden messen konnte. Sein Sohn verfolgte bestimmte politische Ziele nicht so stetig. An Plänen fehlte es nicht; aber die brandenburgisch-preußische Politik wurde unsicher, sprunghaft und machte allenthalben einen unzuverlässigen Eindruck. Im spanischen Erbfolgekriege leistete der erste Preußenkönig dem Kaiserhofs Hilfe ohne entsprechende Gewinne und besaß für den Nordischen Krieg nicht mehr genug Mittel zum tatkräftigen Eingreifen.

Der Nordische Krieg stellte Preußen ähnliche Aufgaben wie vor 50 Jahren der Angriff Karls X. Wiederum galt es, zwischen Polen und Schweden zu wählen, entweder den Polen die nötigen Verbindungsstücke zwischen Preußen und Brandenburg-Pommern oder den Schweden ihren pommerschen Anteil zu entreißen. Polens Ohnmacht hatte sich vergrößert; die Aussicht auf fremde Hilfe war geringer als vor dem Frieden von Oliva. Andererseits bedeutete das erstarkte Rußland für Karl XII. eine weit ernstere Gegnerschaft, als sie einst Karl X. Gustav vorgefunden hatte. Den begehrliehen Blicken des Berliner Hofes entgingen die Schwächen beider Parteien nicht. Aber er wußte nie genau, was er wollte, und konnte sich in seiner eigenen Ohnmacht zu keiner Tat aufraffen. Senkte sich die Wage zu Ungunsten der Schweden, dann drängten sich die Wünsche nach den Odermündungen hervor. Glaubte der König die Polen im Nachteil, so wurde erörtert, wie die Kluft zwischen Brandenburg-Pommern und Preußen ausgefüllt werden sollte. Am offensten redete die eigenhändige Denkschrift, welche Friedrich I. 1709 dem sächsisch-polnischen Grafen Flemming auf der Durchreise übergeben ließ. Damals war August der Starke seit Jahren aus Polen vertrieben und strebte, einen Teil dieses Landes erblich für sein Haus wieder zu gewinnen. In dieser Lage hätte ihm der König von Preußen "Polen, was um Warschau liegt" und Litauen gern verschafft, wenn er selbst Westpreußen, Ermeland und Kurland bekommen hätte.

Erst nach dem Ende des spanischen Erbfolgekriegs und nach dem Tode Friedrichs I. gewannen die preußischen Eroberungsziele greifbarere Gestalt. Inzwischen hatten sich die Verhältnisse so geklärt, daß die Wahl, ob Polen oder Schweden der Bundesgenosse sein sollte, nicht mehr zweifelhaft war. Friedrich Wilhelm I. von Preußen glaubte sogar, ohne jeden Waffengang den Wunsch seines Großvaters erfüllen zu können. Während Karl XII. noch in der Türkei weilte, verständigte sich Friedrich Wilhelm mit dem schwedischen Thronerben, daß beide gemeinsam Wismar und Vorpommern besetzten. So friedlich vollzog sich die Tat allerdings nicht. Immerhin war Karl XII. nach seiner Rückkehr zu keinem erfolgreichen Widerstande mehr fähig. Doch die Eifersucht des Kaisers, Englands, Frankreichs und Hannovers hinderte den Berliner Hof am vollen Gelingen seines Vorhabens. Er mußte Stettin und Vorpommern bis zur Peene nebst den Inseln Usedom und Wollin den Schweden teuer abkaufen, auf Stralsund und Rügen aber verzichten. Als im Frieden von Nystad (1721) Zar Peter unerwarteterweise ganz Livland beanspruchte, suchte der preußische Gesandte noch einmal auch den Rest Vorpommerns einzuheimsen. Aber trotz der Vorteile, welche er hierbei Rußland versprach, blieb es beim schüchternen Anlauf.

Immerhin hatte Preußen das Wichtigste von Vorpommern gewonnen. Freilich bildeten Stralsund und Rügen für Schweden noch günstige Angriffsstellungen und zwangen den Berliner Hof zu unwirtschaftlichen Verteidigungsmaßregeln, hinderten ihn, in einem Angriffskriege gegen dritte Mächte seine ganze Kraft zu entfalten. Doch abgesehen von diesen strategischen Gründen war die

im Westfälischen Frieden geschaffene unhaltbare Lage beseitigt, der brandenburgisch-pommersche Oderhandel nicht mehr durch den schwedischen Besitz des Stettiner Hafens gelähmt. Mit der neuen Grenze konnten sich beide Teile abfinden.



Die österreichischen Friedensziele Friedrichs des Großen

[*Scriptorium merkt an: 1756 - 1763*]

Vielfach hat man die heutige Lage Deutschlands im Weltkriege mit der Friedrichs des Großen im **Siebenjährigen** verglichen. Auch der König widerstand einer gewaltigen Übermacht, kämpfte gegen den größten Teil Europas fast ohne Bundesgenossen, auf seine eigene Kraft angewiesen. So lange unser Volk auf den Sieg **im jetzigen Weltkampfe** hoffte und hiernach seine Friedensziele erörterte, galt denen, welche Bescheidenheit empfahlen, der Hubertusburger Friede als Muster eines Vertrages ohne gewaltsamen Gebietserwerb und Kostenersatz. Wir mischen uns nicht in den jetzt gegenstandslosen Streit. Aber wenn sich die Anhänger eines Verzichtfriedens auf Friedrichs Beispiel im Jahre 1763 beriefen und wenn die Vertreter des Machtfriedensgedankens als Grund von Friedrichs Nachgiebigkeit die Bedürfnislosigkeit des damaligen preußischen Staates anführten, so irrten beide. Denn es kommt bei solchen Fragen nicht darauf an, was im Frieden erreicht, sondern was angestrebt und warum es angestrebt worden ist. Nun deckten sich aber 1763 die wahren Beweggründe des Königs nicht mit den endgültigen Ergebnissen.

Allerdings hat Friedrich der Große selbst zu solchen Irrtümern beigetragen. Kurz vor dem Hubertusburger Frieden verglich er in einem Briefe an d'Argenson seinen Regierungsanfang mit dem Tummeln eines ungezügelten Füllens auf der Weide und fügte hinzu: "Jetzt bin ich träge geworden wie Nestor, aber auch grau, von Gram zermürbt, müde und schwach, mit einem Worte, reif, um den Hunden vorgeworfen zu werden." Im Schlußworte der *histoire de mon temps* betrauerte der König das Glück, welches oft der Jugend lächelt und dem Alter entschlüpft. Indessen weder war er 1740 der unvorsichtige Draufgänger noch später der tatenscheue, genügsame Greis.

Über die Rechtsgründe Friedrichs des Großen zum Kampfe um Schlesien ist viel gestritten und geschrieben worden. Man darf die ganze Frage nicht übertreiben. Wie immer ist zwischen tieferen Kriegsursachen und dem unmittelbaren Kriegsanzuße zu unterscheiden. Wer nur letzteren sieht, urteilt leicht falsch über Schuld und Unschuld am Kriege. Der Urheber ist meist nicht für den Krieg als solchen, sondern für den Ausbruch zur bestimmten Zeit und zu bestimmten Bedingungen verantwortlich. Davon hängt vielfach Verlauf und Ergebnis eines Krieges, auch unsere Meinung von den staatsmännischen Fähigkeiten des Kriegsurhebers ab. Weil man indes nicht weiß, unter welchen Voraussetzungen sonst doch gekämpft worden wäre, kann man ihm nicht ohne weiteres die Kriegssopfer als Schuld aufbinden.

Der Krieg zwischen Österreich und Preußen war längst unvermeidlich, das Bedürfnis nach gewaltsamer Ausdehnung des preußischen Staates längst ein dringendes. Seit dem Dreißigjährigen Kriege herrschten die Hohenzollern am Rheine, in Mitteldeutschland und in Preußen. Ihre Gebiete waren durch fremdes Land getrennt, dessen Fürsten zu ihnen teilweise recht gespannt standen. Wohl war eine solche Zerrissenheit des fürstlichen Familieneigentums in Deutschland nicht selten und dauerte vielfach Jahrhunderte. Die Habsburger vereinigten 500 Jahre Österreich und die angrenzenden Länder mit dem Breisgau, die älteren Wittelsbacher wiederholt und lange Kur- und Oberpfalz, die Zähringer die halbe Grafschaft Sponheim und luxemburgische Bezirke mit den badischen Stammgebieten. Aber in allen diesen Fällen hatte sich nie der Wunsch geregt, aus den getrennten Bezirken einen einheitlichen Staat mit geschlossener Wirtschaft zu machen. Die vom Grundstock räumlich abgesonderten Besitzungen waren selbständige Nutzungsstücke des Herrscherhauses, versorgten zeitweilig Nebenlinien, erheischten nicht den Gewinn des

Zwischenlandes. Anders in Brandenburg-Preußen! Der Große Kurfürst mußte für seine Seemachtspläne alle Staatsteile fest zusammenfassen, alle Kräfte aufs schärfste anspannen. Auch wenn er diese außenpolitischen Absichten auf seine Nachfolger nicht vererbte, bauten letztere innerpolitisch einen einheitlicheren, auch die entlegenen Provinzen umspannenden Staat weiter aus. Dieser erstreckte sich in geringer Breite über 400 Meilen lang fast von der russischen Grenze bis nahe zur Maas und war schlecht zu verteidigen. Von der Notwendigkeit seiner Erweiterung war seit dem Dreißigjährigen Kriege im Grunde seines Herzens jeder Hohenzoller überzeugt gewesen.

Hierdurch geriet Preußen aber in Gegensatz zu Österreich. Seit den Tagen Friedrich Barbarossas und Heinrichs des Löwen beruhte die Kaisergewalt darauf, daß nicht ein einzelner Reichsfürst ihr über den Kopf wuchs und selbständige Interessen verfolgte. Auch wenn er wie Ottokar von Böhmen fern vom deutschen Kulturmittelpunkt einen großen geschlossenen Staat schuf, war ihm ein kräftiges Reichsoberhaupt immer mit den Waffen oder diplomatisch entgegentreten. Dieses Bedürfnis bestand schon im Mittelalter und wuchs, je lockerer der Reichsverband wurde, je mehr der Kaiser sich statt auf das Reichsrecht auf die Macht stützte. Am wenigsten konnte der Wiener Hof nach dem Westfälischen Frieden einen großen einheitlichen, immer unabhängiger werdenden Staat mitten in Deutschland dulden. Kaiser Karls VI. Mißgunst wurde selbst vom reichstreuen König Friedrich Wilhelm I. als unleidlich empfunden.

Also nicht die bloße Tatsache, daß Friedrich der Große in Schlesien einfiel, war das Entscheidende, sondern der Umstand, daß der unvermeidliche Zusammenprall in dem für Österreich ungünstigsten Augenblicke und an der für Preußen vorteilhaftesten Stelle erfolgte. Hätte der König seine ursprüngliche Absicht ausgeführt und wäre nicht in Schlesien, sondern am Rheine vorgegangen, so hätte er die französischen Interessen verletzt. So aber wich er dieser Gefahr aus. Nach Friedrichs eigenem Geständnis befriedigte der neue Plan "alle Gesichtspunkte; er war ein Mittel, Ansehen zu gewinnen, die Macht des Staates zu heben, auf anständige Weise den bergischen Erbstreit zu begleichen."

Von der Gültigkeit seiner Rechtsansprüche auf die schlesischen Fürstentümer Brieg, Wohlau, Liegnitz, Troppau und Jägerndorf war Friedrich persönlich überzeugt. Aber er besaß staatsmännischen und soldatischen Scharfblick genug, um einzusehen, daß er unmöglich bloß diese zersplitterten Bezirke und gerade sie erwerben konnte. Andererseits darf man nicht glauben, Friedrich hätte gleich anfangs ganz Schlesien erobern und sich dann dauernd damit begnügen wollen. Vielmehr hat er militärisch wie politisch fortwährend seine Erfahrungen bereichert und hiernach seine Ansichten gewandelt.

Im Vertrag von Kleinschnellendorf (9. Oktober 1741) verschaffte er sich ganz Niederschlesien westlich der Oder bis zur Glatzer Neiße und auf der östlichen Stromseite bis zu den Grenzen des Herzogtums Oppeln, mithin vor allem Breslau, Schweidnitz, Brieg und Neiße. Strategische Gründe hatten den Ausschlag gegeben. Der wirtschaftliche und politische Mittelpunkt Niederschlesiens, Breslau, mußte durch eine starke Festungslinie sowohl oderaufwärts als auch nach dem Gebirge zu gedeckt werden. Dagegen hatte wenige Monate zuvor ein unerwarteter österreichischer Vorstoß über den Jablunkapaß gegen Neiße den König davor gewarnt, die Grenze zu weit nach Süden vorzuschieben.

Das Abkommen wurde nur wenige Wochen gehalten. Später sah Friedrich ein, daß seine dortigen Ansprüche unzureichend gewesen waren. Österreich mußte so geschwächt werden, um die preußischen Eroberungen nicht mehr zurücknehmen zu können. Friedrich wollte sich den lästigen Nachbar vom Halse schaffen und die natürliche Angriffsstellung gegen Schlesien, d. h. die angrenzenden böhmischen und mährischen Bezirke, seinem Freunde, dem Kurfürsten von Sachsen, zuwenden. Hierzu hätte Maria Theresia vollständig unterliegen und bedingungslos kapitulieren müssen. Doch unterschätzte Friedrich die Hindernisse eines kühnen Vorwärtsstürmens und

außerdem erwies sich der kursächsische Bundesgenosse als unzuverlässig. Immerhin beharrte der König auch beim Verständigungsfrieden von Breslau (1742) auf einer Abrundung Niederschlesiens. Gewann er die ins Böhmerland als Eckpfeiler vorspringende Grafschaft Glatz, so erschwerte er ein Vorgehen, wie es die Österreicher im vorigen Jahre gegen Neiße erfolgreich gewagt hatten. Aber trotzdem hätten sich die Österreicher, sei es von Böhmen und Mähren, sei es von Oberschlesien her, versammeln und verproviantieren und den König zur kampflosen Preisgabe eines großen Stückes Niederschlesien zwingen können. Erst im Besitze der Kreise Königgrätz und Pardubitz vermochte Friedrich den Aufmarsch jenseits des Gebirges jederzeit zu stören und bedrohte den nach Schlesien vordringenden Feind im Rücken. Eine andere Sicherung bestand im Erwerb Oberschlesiens. Die lange Grenze hätte zwar Friedrichs jüngsten Kriegserfahrungen widersprochen. Da aber von Oberschlesien eine Straße nach Südböhmen, die andere nach Mähren führte, wäre der König leicht der feindlichen Bedrohung durch rechtzeitigen eigenen Angriff zuvorgekommen und hätte die österreichische Verbindung mit Wien gefährdet.

Dem König wäre Pardubitz und Königgrätz lieber gewesen als Oberschlesien. Doch Maria Theresia hätte ihre fruchtbarsten Gegenden verloren und dem Feinde einen für den ganzen österreichischen Staat verhängnisvollen Vorposten eingeräumt. Eher opferte sie Oberschlesien. Erreichte somit Friedrich seinen Willen im Breslauer Frieden nicht, so hat sich doch gerade Oberschlesien später als großer Gewinn erwiesen. Ob die künstliche Vorwerksstellung in Böhmen haltbar gewesen wäre, darf man bezweifeln. Indessen wären, da im Zweiten und Dritten Schlesischen Kriege Friedrich sich nur eben behauptete, ohne den Breslauer Frieden gerade jene Gebiete, welche Deutschland vor der slawischen Überflutung schützten und durch ihre Bodenschätze später zu den wertvollsten ostelbischen Besitzungen Preußens gehörten, dauernd österreichisch geblieben. Damals ahnte Friedrich solche Werte noch nicht. Bitter empfand er, daß ohne Pardubitz und Königgrätz Glatz in der Flanke bedroht blieb und daß ihm Troppau und Jägerndorf, von welchen seine schlesischen Ansprüche mit ausgegangen waren, entschlüpft war.

Zum Zweiten Schlesischen Kriege bestimmten den König sowohl ein vielleicht übertriebenes Mißtrauen gegen Maria Theresia als auch das Bedürfnis, sich vor einer neuen österreichischen Gefahr besser zu schützen. Wenn er sich in einem Vertrag mit Frankreich Eroberungen ausbedang, gleichzeitig jedoch Österreichs Erniedrigung wichtiger nannte wie selbst den Besitz von ganz Böhmen, so war beides aufrichtig gemeint und miteinander vereinbar. Auch das *exposé des motifs*, welches jeden preußischen Hintergedanken leugnete, widerlegt neue Eroberungsabsichten nicht; denn schon mancher Sieger hat einen Krieg, den er zu reinen Verteidigungszwecken begann, mit einem Macht- und Gebietszuwachs abgeschlossen. Jedenfalls brauchen wir am Ernste eines preußisch-bayrischen Abkommens nicht zu zweifeln. Hiernach sollte Preußen den Rest Oberschlesiens, den ganzen Bezirk Königgrätz, Kolin und Umgebung, die Stadt Pardubitz und die rechtselbischen Teile der Bezirke Bunzlau und Leitmeritz, Bayern das gesamte übrige Böhmen erhalten.

Der Feldzug von 1744 verlief für Friedrich so unglücklich, daß derselbe seitdem niemals wieder auf seine böhmischen Hoffnungen zurückkam. Damals gewann er die Überzeugung, Böhmen sei leicht zu erobern, aber schwer zu behaupten. Im folgenden Jahre glich er zwar die furchtbare Niederlage wieder aus. Aber nur mühsam bewog er Maria Theresia, ihm im Dresdner Frieden (1745) wenigstens den Besitzstand des Breslauer zu verbürgen. So brachte ihm der Zweite Schlesische Krieg außer einer Geldentschädigung von Sachsen nur politisches und militärisches Ansehen. Trotz solcher Enttäuschungen atmete Friedrich erleichtert auf, entschlossen, jeden neuen Kampf tunlichst lange zu vermeiden. Auch als er 1756 in Kursachsen einfiel, wollte er bloß den noch nicht kampfbereiten Feinden zuvorkommen und durch kurzes, rasches Zufahren den Brand im ersten Aufglimmen ersticken.

Aber darin lag noch keineswegs der unbedingte Verzicht auf jeden neuen Gebietszuwachs nach

einem widerwillig begonnenen, jedoch siegreich beendigten Kriege. Schon die Landkarte zeigt, wie ungenügend damals die preußischen Grenzen waren. Friedrich hatte den Staat um ein Drittel vergrößert, indes Maria Theresias Rachedurst und den Neid seiner Nachbarn erregt. Seiner größeren Macht standen höhere Gefahren gegenüber. Preußens geographische Beschaffenheit bot mehr Blößen wie vor der schlesischen Erwerbung. Letztere hing mit der Mark Brandenburg nur lose zusammen. Gewann der Feind Kursachsen als Aufmarschfeld oder Bundesgenossen, so zerschnitt er dieses schmale Band leicht. Außerdem dehnte sich Kursachsen bis vor die Tore Berlins und Magdeburgs aus; Belzig, Jüterbog, Baruth, Lübben, alles kursächsische Orte, lagen anderthalb bis zwei Tagemärsche von der preußischen Hauptstadt. Während ferner Kursachsen oberhalb Fürstenberg an die Oder reichte und die schlesisch-brandenburgische Hauptverkehrsader traf, konnte auf der Elbe ein feindliches Heer gepflegt und sein ständiger Nachschub gesichert werden.

Bereits 1752 dachte Friedrich in seinem politischen Testamente daran, Böhmen zu erobern und mit dem Kurfürsten von Sachsen gegen dessen Stammland auszutauschen. Wenn Sachsen preußisch wurde, verknüpfte es Schlesien mit Brandenburg aufs engste, deckte Schlesien in der westlichen Flanke, schuf durch das nach Norden sich verflachende, nach Süden steil abfallende Gebirge gegen Böhmen eine gute Grenze. Da die Elbe bis Melnik schiffbar ist, konnten ohne die Transportschwierigkeiten des Jahres 1744 die Preußen leicht bis Prag kommen und einen österreichischen Angriff auf Schlesien vereiteln.

1755 schrieb der König, daß jeder Krieg, welcher nicht mit Eroberungen abschließt, den Sieger und dessen Staat schwächt und daß ein Fürst ohne Eroberungsabsichten keinen Krieg beginnen soll. Doch darf man bezweifeln, ob er 1756 wirklich noch auf Landgewinn hoffte. Die politische Lage war äußerst ungünstig und blieb es während des Siebenjährigen Krieges. Nur als [Zar Peter III.](#) in Rußland ans Ruder kam, bot ihm der König das entfernte Ostpreußen als Kampfpreis an, offenbar in der Erwartung, durch zentraler gelegene Bezirke reichlich entschädigt zu werden. Aber nach Peters Ermordung war an Gewinn nicht mehr zu denken. Wie sich [die neue Zarin Katharina](#) bei einer Fortdauer des Krieges stellen würde, war unsicher. Der König hätte einen Kampf gleichzeitig gegen Österreich und Rußland nicht mehr ausgehalten. Er tröstete sich deshalb kurz nach dem Friedensschlusse in einem Briefe an seinen Bruder Heinrich: "Hätte der Staat eine Provinz sich einverleiben können, so wäre das gewiß recht gut gewesen. Aber da das nicht von mir, sondern vom Glück abgehängt hat, stört dieser Gedanke meine Ruhe in keiner Weise."

Der Hubertusburger Friede hat eine lange Ruhepause eingeleitet. Die beiden deutschen Großmächte hatten erbittert gerungen und doch das Ergebnis zweier vorangegangener Kriege nicht umstoßen können. Weder für Österreich noch für Preußen wäre die Änderung des jetzigen Zustandes eine Lebensfrage gewesen. Schlesien hatte immer einen österreichischen Außenposten gebildet und seit mehr als einem Jahrhundert keinen habsburgischen Herrscher mehr auf seinem Boden erblickt. Umgekehrt waren die preußischen Grenzen ungünstig, wenn es zum Kriege kam, aber nicht unerträglich, so lange der Friede währte.

Trotzdem war 1763 die Dauer des Friedens keineswegs verbürgt, sondern wurde erst herbeigeführt durch Verhältnisse, welche sich bei seinem Abschlusse nicht voraussehen ließen. Nicht einmal dieses eine Jahr ging ohne die Gefahr einer neuen Ruhestörung vorüber. Doch da Frankreich zu abermaliger Hilfe nicht zu haben und Rußland seit 1764 durch ein Verteidigungsbündnis an Preußen gekettet war, hätte Maria Theresia einen vierten schlesischen Krieg ohne ihre bisherigen Alliierten ausfechten müssen. Das wagte sie nicht, nachdem sie selbst mit ihnen im Siebenjährigen Kriege nichts erreicht hatte. Dennoch blickte Friedrich mit Sorgen in die Zukunft. Katharina hatte sich mit ihm nicht aus Liebe zu Preußen verbündet, sondern weil sie seine Hilfe in Polen brauchte. Sie übergab dem König eine sofort zahlbare Rechnung und verhiess ihm Hilfe in einem vielleicht kommenden Fall. War ihr Ehrgeiz befriedigt, so schien fraglich, ob sie sich später ihrer Pflichten erinnerte. Dann hatte der Bund Rußland einseitig gestärkt und Preußen nichts genützt. Außerdem

beobachtete Friedrich eifersüchtig, daß nicht Österreich irgendwo in der Welt Vorteile erreichte, welche nicht durch preußische Gegenvorteile ausgeglichen wurden. Denn mit einem veränderten Kräfteverhältnis der beiden deutschen Großmächte wuchs die Gefahr neuer Feindseligkeiten.

Wirklich kam es nochmals zu einem kurzen österreichisch-preußischen Waffengang. Als 1777 die bayrische Kurlinie ausstarb, wollte Josef II. einen großen Teil des Landes erwerben. Friedrich, der den Fall vorausgesehen, hatte längst beabsichtigt, sich zu wehren, und hoffte, "eine rivalisierende Macht niederzudrücken, vielleicht sogar für die Abrundung unserer Grenzen geeignetes Land zu gewinnen". Allerdings war ihm die Verhinderung eines österreichischen Machtzuwachses Haupt-, preußischer Erwerb Nebensache. Auch lag dem König daran, die Sympathien des übrigen Deutschlands, welches, durch die Ausdehnungsgelüste Josefs II. beunruhigt, in Preußen seinen Halt suchte, durch vorzeitig bekannt werdende eigene Eroberungsgedanken nicht zu verscherzen. Darum wies er die Wünsche seines Bruders Heinrich und des Ministers Hertzberg zurück. Daß ihm aber verwandte Absichten nicht fremd waren, bewies er in den Verhandlungen mit Österreich. Dort war davon die Rede, daß die Fürstentümer Ansbach und Bayreuth, deren Anschluß an Preußen bevorstand, gegen die Lausitz ausgetauscht und wenigstens die schlimmste Einschnürung zwischen Schlesien und Brandenburg beseitigt würde. Aber das Mißtrauen zwischen Josef und Friedrich war noch zu groß. Der Plan wurde verworfen, der Waffengang begann, und da ungewiß war, ob der Friede von Teschen endgültig Josefs Erweiterungspläne begrub, gab der König lieber bei dieser Gelegenheit den ganzen Länderschacher auf und nötigte seinen Gegner zum gleichen Verzicht. Er hatte den Schein des Uneigennützigen gerettet und durfte auf die Beihilfe des übrigen Deutschland zählen, wenn Josef neue Pläne schmiedete. Wie unsicher jedoch dem König die Lage dünkte, zeigt eine Voraussage im Jahre 1782. Er fürchtete einen neuen Schlag seitens der Habsburger unter seinem schwächlichen Nachfolger und prophezeite, daß es binnen dreißig Jahren um Preußen geschehen sein werde. Mit der Ahnung eines Zusammenbruchs nach seinem Tode hat der König Recht behalten. Doch vollzog sich die Katastrophe in einer Weise, die er nicht hätte erwarten können.



Die polnischen Teilungen

[Scriptorium merkt an: 1. 1772, 2. 1793, 3. 1795]

Die Teilungen Polens gehören zwar nicht zu den deutschen Friedensschlüssen; denn sie beendigten keine Kriegshandlungen. Aber es wäre falsch, sie aus diesem äußeren Grunde zu übergehen. Denn uns interessieren die Friedensschlüsse nicht wegen der Frage, wie im Laufe der deutschen Geschichte Feindseligkeiten beendet wurden, sondern als Marksteine der politischen Entwicklung. Unter diesem Gesichtspunkte müssen die polnischen Teilungen um so mehr berücksichtigt werden, weil sie gerade in der Gegenwart besondere Bedeutung beanspruchen.

Den Hohenzollern galt der Erwerb polnischen Gebietes und zwar unabhängig von sprachlichen Grenzen als wichtige Zukunftsfrage, seit sie begonnen hatten, einen einheitlichen Staat zu schaffen und seit sie deshalb den Zusammenhang zwischen Brandenburg-Pommern und Preußen vermißten. Friedrich der Große trat lediglich in die Fußtapfen seiner Vorfahren. Allerdings griff er die Dinge schon als Kronprinz zielbewußter an wie der erste Preußenkönig und dessen Räte. In seiner Schrift *Über die gegenwärtige Politik Preußens* verlangte der neunzehnjährige Verfasser die ganze Ostseeküste vom Westende Mecklenburgs bis zum Kurischen Haff. Auf Mecklenburg hatten die Hohenzollern Erbansprüche und mußten nur warten. Schwedisch-Pommern war eine alte Forderung und wurde wegen der erhofften militärischen Kräfteersparnis verlangt. Polnisch-Preußen hätte zum Ordensstaate gehört und wäre diesem nur durch Eroberung gewaltsam entrissen worden. "Wenn man dieses Land gewonnen hat, verschafft man sich nicht nur den freien Verkehr zwischen Pommern und Preußen, sondern beherrscht auch die Polen, weil sie von den weichsel- und

pregelaufrwärts gebrachten Waren abhängen und letztere alsdann ohne unseren Willen nicht durchgeführt werden können."

Als König wurde Friedrich der Große in seiner Auffassung von der Notwendigkeit des ganzen Erwerbes bestärkt. Ohne das dazwischen liegende Polen war Ostpreußen kaum zu schützen. Diese Erfahrung war schon im Dreißigjährigen und im Kriege des Schwedenkönigs Karls X. gemacht worden; sie wiederholte sich im Siebenjährigen. Nur wollte Friedrich um Polnisch-Preußen nicht kämpfen. Im politischen Testamente von 1752 empfahl er seinem Nachfolger, die vielen inneren Wirren Polens zu benutzen, die Neutralität Zug um Zug gegen die Abtretung heute dieses, morgen jenes Kreises zu verkaufen und so das Land in Ruhe stückweise wie eine Artischocke zu verspeisen; **Danzig** sollte zuletzt drankommen. Als er 1768 auf den Gedanken zurückkam, riet er, einen Augenblick zu benutzen, wo Rußland preußische Hilfe brauchte.

Dabei hatten sich, seit der Große Kurfürst ähnliche Pläne mit dem Schwedenkönig erwogen, die Bedürfnisse im einzelnen verschoben. Die Sehnsucht Karls X. nach Unterlauf und Mündung der Weichsel hatte sich erledigt. Gerade diese Gegend hatte sich als notwendig für den preußischen Staat erwiesen. Sie vermittelte die kürzeste militärische Verbindung von Brandenburg-Pommern nach dem Herzogtum. Ohne Polnisch-Preußen brauchte Friedrich zur Verteidigung gegen das seit dem 17. Jahrhundert erstarkte Rußland unnatürlich viele Truppen, die ihm bei jeder Offensive fehlten. Dagegen dachte der König noch an keine bessere ostpreußisch-schlesische Verbindung. Vom ohnmächtigen Polen erwartete er weder einen Einfall in sein Land noch ein ernstliches Hindernis für seine Absicht, Truppen zwischen Schlesien und Preußen zu verschieben. So entschied er sich für die Netze als südliche Grenze des zu gewinnenden Gebietes. Anfangs begehrte er bloß das rechte Ufer, später das ganze Flußgebiet, um den Fluß zu beherrschen und weil er bei "der natürlichen Unruhe des Polen" Handelsstörungen befürchtete.

Wenn trotzdem Friedrich nur zögernd zugriff und dem ungestümen Prinzen Heinrich in die Zügel fiel, hatte das zwei Gründe. Einmal vertraute er darauf, daß die reife Frucht seinem Hause über kurz oder lang doch in den Schoß fallen würde, und zweitens wollte er einen Krieg vermeiden. Indes stellte sich heraus, daß gerade die Teilung Polens das einzige Mittel war, um eine drohende österreichisch-russische Spannung in den orientalischen Wirren zu verhüten und "alle Welt zu befriedigen".

Ursprünglich erheischte das gegenseitige Mißtrauen der drei Teilungsmächte, daß jede annähernd gleich viel erlangte. Dieser Grundsatz wurde jedoch verlassen; die österreichischen, russischen, preußischen Gewinne wurden so ungleich wie möglich. Indes tröstete sich Friedrich. Sein Erwerb war der wirtschaftlich wertvollste und fiel aus strategischen Gründen stärker ins Gewicht, als seiner Ausdehnung entsprach. Das ihm entgangene Danzig verglich Friedrich mit dem offiziellpäpstlichen, in Wirklichkeit französischen Avignon und sagte jenem das Schicksal Straßburgs voraus. Schwerer verzichtete er freilich den Russen zuliebe auch auf Thorn.

So hatte Preußen Großes erreicht. Der König sprach stolz von einem "Meisterstück seiner Politik". Zweierlei war ihm wider Erwarten geglückt. Er hatte fast ganz Westpreußen gewonnen und den Krieg nicht nur für sich vermieden, sondern überhaupt vereitelt. Trotzdem hatte der Erwerb etwas Unfertiges. **Friedrich begann sofort das verwahrloste Land** zu kolonisieren und kulturfähig zu machen. Hierdurch schmerzte jedoch seine künstliche Trennung von den Weichselstädten Danzig und Thorn nur noch mehr. Auch hing zwar Ostpreußen jetzt enger mit dem übrigen Staate zusammen. Dieser hatte indessen eine lange, schwer zu schützende Grenze erhalten. Vom polnischen Winkel bei Küstrin aus konnte gleichzeitig Westpreußen und Schlesien bedroht werden. Einst hatte Friedrich der Große durch Kursachsen Schlesiens linke Flanke decken wollen; jetzt bot Schlesien nach der anderen Seite eine viel schlimmere Blöße. Das ging, so lange Friedrich der Große nur mit Polen zu rechnen hatte und feindliche Einwirkungen von Warschau fernhielt. Aber

schon Fürst Panin hatte den ganzen Teilungsplan bekämpft, damit Rußland im unversehrten, völlig von ihm abhängigen Polen mit Gewalt oder List unsichtbar herrsche. Geriet das noch übrige Polen unter festen russischen Einfluß, so diente es dem ehrgeizigen Zarenhof als Sprungbrett.

Ohnehin hinterließ Friedrich der Große seinen Staat in verschlimmerter Lage. Das russisch-preußische Bündnis, durch welches er lange Jahre den Frieden gesichert, bestand nicht mehr. Nur die orientalischen Pläne der Zarin schoben vorläufig die Gefahr hinaus, daß die alte preußenfeindliche Koalition des Siebenjährigen Krieges sich erneuerte. Österreich sah es deshalb zunächst als seine dringendere Sorge an, Rußland sich nicht einseitig vergrößern zu lassen und selbst am Türkenkriege teilzunehmen.

Bismarck hat in seinen *Gedanken und Erinnerungen* Preußens damalige Haltung getadelt. Er hat dort den nicht "saturierten" Staaten Richtschnuren vorgeschrieben, welche er während des Krimkriegs Friedrich Wilhelm IV. empfohlen hatte und welche vielleicht nach **dem heutigen Weltkriege** für Deutschland neue Bedeutung gewinnen können: "eine klare Vorstellung von der Schädlichkeit halber Maßregeln in Fällen, wo es sich um Parteinahme oder um ihre Androhung handelt", die ständige Bereitschaft, bei Interessengegensätzen, die uns an sich nichts angehen, ausschlaggebend aufzutreten, den Entschluß, in solchen Fällen die eigene Stärke um sichere, gute Vorteile den streitenden Parteien ohne Vorliebe für die eine oder andere zu verkaufen und sich nicht vorzeitig zu binden, sondern klug den richtigen Augenblick des Eingreifens abzuwarten, die Kraft und die Fähigkeit, dabei feste Ziele energisch zu verfolgen und endlich als unentbehrliche Vorbedingung all dieser weisen Maßregeln eine schlagfertige Truppe. Nach Bismarcks Meinung hätte Preußen die türkischen Absichten Österreichs und Rußlands fördern und, nachdem beide Mächte sich im Osten gebunden hätten, als Preis seines Zuwartens eigene Erwerbungen an anderer Stelle, voran Danzig und Thorn, verlangen sollen. Mit der Drohung, sonst durch die preußische Heereskraft die Türken zu entlasten, wäre reicher Gewinn ohne große Anstrengungen zu haben gewesen.

So kühnen Wagemut besaß man damals in Berlin nicht. Ängstlich richteten sich die Blicke nach dem Oriente; die bange Sorge erhob sich, daß nach entscheidenden Türkensiegen die beiden Kaisermächte zu neuen Schlägen gegen Preußen stark genug sein könnten. Die Gefahr schien nur durch abermaligen preußischen Gebietszuwachs zu beschwören. Längst war eine preußische Partei mit der ersten polnischen Teilung unzufrieden. Sie hielt den Staat für ein unvollkommenes Zwitterding zwischen einer europäischen Großmacht und einem deutschen Landesfürstentum. Zu Friedrichs Lebzeiten kamen solche Anschauungen gegen das vorsichtige Bremsen des Königs nicht auf. Doch 1787 entwarf Graf Hertzberg eine Denkschrift mit überschwenglichen Hoffnungen. Während die Kaisermächte im Osten beschäftigt waren, sollte Preußen Danzig, Thorn, die Woiwodschaften Posen und Kalisch einheimsen und den Polen als Ersatz Galizien verschaffen, welches im bisherigen Habsburgischen Besitze nach Hertzbergs Meinung für Preußen eine ungeheure Gefahr bildete. Österreich wäre für den Verlust durch seine orientalische Beute mehr als entschädigt worden.

Hertzbergs Plan wäre ohne Krieg nicht ausführbar gewesen. In Wien fehlte jede Lust, auf das reiche Galizien zu verzichten. Auch machten die Kaisermächte im Osten nicht solche Fortschritte, daß sie den Türken in dem erwarteten Umfange Provinzen abnehmen konnten. Aber als die Zarin nach ihrem Siege über die Türken die alten polnischen Pläne wieder aufnahm, war sie bereit, Preußen und Österreich durch Geld oder Land abzufinden. Der Wiener Kaiserhof trug sich nach dem Türkenkriege mit neuen Eroberungsgedanken im Westen, brauchte hierzu preußische Hilfe und lenkte aus Rücksicht auf die eigenen Pläne den Berliner Landhunger lieber nach Polen ab.

Im einzelnen schwankten die preußischen Wünsche zwischen Danzig und Thorn auf der einen, dem gesamten Polen links der Weichsel, Kujavien, Mazovien, Samogitien auf der anderen Seite. Klare

Richtlinien sind heute schwer zu erkennen. Seit 1786 hatte die Berliner Politik ihren einheitlichen Charakter verloren. Der neue König wachte eifersüchtig über seinen persönlichen Regierungsrechten, besaß aber weder die Arbeitskraft seines Oheims noch dessen Fähigkeit, selbständig die Staatsgeschäfte zu leiten. Verschiedene Einflüsse wetteiferten und machten die preußische Politik unstet. Dabei wurde wohl das Ungenügende der bisherigen Machtmittel empfunden, aber die richtige Vorstellung vom Notwendigen, Wünschenswerten und Erreichbaren fehlte. Ohne bestimmtes Maß wollten der König und seine Räte nehmen, was sich ihnen gerade bot oder zu bieten schien.

Jedenfalls bedachten die preußischen Staatsmänner die Zusammengehörigkeit und Verschmelzbarkeit der geforderten Gebiete mit dem alten Staatskörper nicht, sondern fürchteten nur, von den Russen überflügelt zu werden, und wünschten eine kürzere, bessere Grenze. Dadurch griffen sie über das, was zur Abrundung Preußens diente, weit hinaus. Andererseits erreichten sie an einer wichtigen Stelle ihre Ziele nicht. Die strategischen Erwägungen, besonders der Gedanke, daß die Österreicher von Galizien aus Preußen bedrohten, machten die Weichselgrenze, besonders Krakau und Sandomirez, erstrebenswert. Aber der österreichische Gesandte in Petersburg verlangte bei der zweiten Teilung Polens, daß die neuen preußischen und russischen Bezirke nicht an Österreich grenzen dürften, und setzte das zwar nicht für die russischen, aber für die preußischen durch. Und bei der dritten Teilung begehrte Österreich das Gebiet zwischen Weichsel und Pilica für sich selbst, weil sonst Polen nirgends mehr an die habsburgischen Länder grenzte. Immerhin war Friedrich Wilhelm II. durch die beiden letzten Teilungen Polens ein größerer Länderzuwachs beschieden wie irgend einem seiner Vorgänger.

Doch froh wurden die preußischen Staatsmänner dieser außergewöhnlichen Ausdehnung nicht. Haugwitz berichtete dem französischen Botschafter: "Es gibt in Berlin keinen verständigen Menschen, welcher heute nicht zugibt, daß die letzte Teilung Polens eine für Preußen unglückliche Operation war." Die ganzen Einverleibungen erschienen den meisten preußischen Politikern als ein notwendiges Übel, weniger aus dem eigenen Staatsinteresse wie aus der Pflicht, nicht alles den Russen zu schenken, entsprungen. Schon 1796 stellte sich heraus, daß die meisten preußischen Soldaten in Polen und Schlesien zum Schutze der langen Grenze gebraucht wurden, daß namentlich Warschau eine starke Besatzung erforderte. Mit Recht hat Koser die Nachteile der polnischen Erwerbungen aufgezählt: "Sie erhöhte die Zahl der polnischen Untertanen in einem Maße, daß eine innere Aneignung oder gar eine Germanisation der neuen Provinzen, wie sie Friedrich der Große für seine polnischen Erwerbungen ins Auge gefaßt hatte, nicht mehr möglich war; sie verschlechterte die preußische Grenze gegen Österreich, indem sie den Grenzzug um mehr als das Doppelte verlängerte und im Halbkreis ausgreifen ließ; sie brachte Preußen zum ersten Male und auf eine lange Strecke in unmittelbare grenznachbarliche Berührung mit Rußland."



Die Anfänge der französischen Revolutionskriege

Der Friede von Basel

[Scriptorium merkt an: 1795]

Obleich das französische Volk sich von den Wunden des spanischen Erbfolgekrieges nur langsam erholte, ruhten seine Eroberungspläne niemals völlig. In seiner geschichtlichen und politischen Literatur spielte während des ganzen 18. Jahrhunderts die Lehre von den natürlichen Grenzen eine Hauptrolle. Aus den Zeiten der Gallier wurde der Anspruch abgeleitet, daß Frankreich sich vom Ozean, den Pyrenäen und dem Mittelmeere bis zu den Alpen, dem Rheine und der unteren Maas zu erstrecken habe. Die Gelehrten durchmusterten die Jahrhunderte vaterländischer Geschichte, um dieses Recht als ein unverjährtes, niemals aufgegebenes zu verteidigen. Namentlich betrachteten sie die natürlichen Grenzen als das gegebene politische Ziel der Franzosen seit dem Dreißigjährigen

Kriege. Die Erfolge Richelieus, Mazarins und Ludwigs XIV. galten als Abschlagszahlungen.

Zwingend nötig für die einheimischen Bedürfnisse waren die gewünschten Landstriche nicht. Von der flandrischen Küste bis zu den Alpen besaß Frankreich schwache, uneinige Nachbarn, die meisten durch eigene Interessen, einige auch durch Geldspenden auf sein Wohlwollen angewiesen. Hinter ihnen lagen die deutschen Großmächte, schon vor 1740 aufeinander eifersüchtig, seitdem im offenen Zwiste oder Mißtrauen. So war nach Sorels Worten "das deutsche Reich im Innern gespalten; ein ausgestreckter Körper ohne Nerven und Seele, lediglich bestrebt, unter der Obhut seiner Nachbarn bequem dahinzuträumen". Ebenso war Italien unter verschiedene Herrscherhäuser geteilt, welche sich der Habsburgischen Übermacht gern zu entziehen suchten.

Einsichtige französische Politiker warnten deshalb, die Lage gewaltsam zu ändern. Die großen feindlichen Verbindungen in den letzten 20 Jahren Ludwigs XIV. hatten gezeigt, wie leicht sich der Bogen überspannen und der geschlossene Widerstand eines großen Teiles des übrigen Europa herausfordern ließ. Namentlich wäre eine weitere Ausdehnung in Belgien den Engländern nicht gleichgültig gewesen. Klüger schien es, die Österreicher bloß an einem neuen Aufschwung zu hindern und ihnen in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten.

Trotzdem brach der französische Eroberungsdrang immer wieder durch. Schon zwanzig Jahre nach dem spanischen Erbfolgekriege kreuzten sich wieder die bourbonischen und habsburgischen Waffen. Kaiser Karls VI. Schwiegersohn war der Herzog von Lothringen. Durfte die französische Krone zulassen, daß dieser und Maria Theresia nach Karls Tode Österreich und Lothringen vereinigten? Die Erledigung des polnischen Königsthrones schien überdies günstig, einen Schützling des Hofes von Versailles nach Warschau zu setzen. Endlich bot ein siegreicher Krieg den Franzosen Gelegenheit, die Ergebnisse des Rastatter Friedens umzustößeln und in Italien den damals dort erfolgreichen Habsburgern Abbruch zu tun. Die Franzosen erreichten in diesem zweijährigen Kriege nur teilweise ihr Ziel. Den polnischen Thronkandidaten brachten sie nicht durch; wohl aber bemächtigten sie sich eines großen Stückes von Italien. Damit gewannen sie Neapel für eine bourbonische Nebenlinie. Aber auch was sie den Österreichern zurücklieferten, verkauften sie gegen eine Preisgabe deutscher Interessen durch den Wiener Hof. Herzog Franz wurde von Lothringen nach Toskana versetzt. Sein Herzogtum sollte nach einer Zwischenregierung französisch werden.

Fünf Jahre später brach der österreichische Erbfolgekrieg aus. Er bot für französische Eroberungsgelüste keine günstige Gelegenheit. Die französische Kriegführung zeigte sich in keinem guten Lichte. Außerdem brauchten die Franzosen deutsche Sympathien und durften nicht das deutsche Nationalgefühl durch rücksichtslose Ansprüche reizen. Nur so konnten sie erreichen, daß der Kurfürst von Bayern im Wettrennen um die Kaiserkrone Sieger blieb und die von Versailles abhängige wittelsbachische Vorherrschaft über Süddeutschland den bisherigen Habsburgischen Einfluß ablöste.

Nachdem jedoch die Habsburger den österreichischen Erbfolgekrieg gewonnen und sich in ihrer Stellung neu befestigt hatten, traten die französischen Erweiterungspläne wieder offener hervor. Im Siebenjährigen Kriege wollte Maria Theresia die französische Hilfe für Schlesien mit Abtretungen in Flandern bezahlen; das übrige Belgien sollte in ein tatsächlich unter französische Vormundschaft gestelltes Fürstentum verwandelt werden. In zwei Feldzügen hofften die Verbündeten ihre schlesischen und niederländischen Pläne zu vollenden. Doch der Siebenjährige Krieg endigte für die Franzosen mit einer vollständigen Niederlage. Sie erlitten die schlimmsten moralischen wie materiellen Verluste und konnten sich jahrzehntelang außer durch eine Unterstützung der jungen amerikanischen Republik bloß noch diplomatisch betätigen.

Nach Ausbruch der Revolution lebten die früheren Wünsche wieder auf. Sie weckte an sich schon

kriegerische Gelüste. Die neuen Ideen schienen nur dann dauernde Aussichten zu haben, wenn sie sich auch im übrigen Abendlande durchsetzten. Eine weitverzweigte revolutionäre Agitation bezweckte, gleichzeitig mit den französischen Errungenschaften die Welt zu beglücken und den politischen Einfluß im Auslande zu steigern. Aber auch innerpolitische Gründe legten den herrschenden französischen Parteien Kriegspläne nahe. So verkündigte, um den Kampf volkstümlich zu machen, der girondistische Minister Dumouriez von der Tribüne herunter Frankreichs Recht auf die natürlichen Grenzen. Wo diese schon erreicht waren, sollte der Krieg nur in der Verteidigung geführt werden. Dagegen verlangte Dumouriez, die nichtfranzösischen Bezirke auf dem linken Rheinufer, besonders Belgien und Lüttich, anzugreifen.

Im Auslande herrschten vielfach dieselben Gewalten und Volksschichten, welche in Frankreich gestürzt worden waren. Die adligen und geistlichen Vorrechte, welche die Nationalversammlung beseitigt hatte, waren in Deutschland und Italien ebenso angefochten und überlebt wie in Frankreich. Darum fürchteten die maßgebenden Kreise in Deutschland und in Italien für ihre Machtstellung, wünschten sich gegen die Revolution zu schützen und sie auch in ihrer französischen Heimat einzudämmen. Solche Gefühle waren zwar nicht stark genug gewesen, um die Deutschen, voran die deutschen Großmächte, zur Kriegserklärung fortzureißen, beherrschten aber die österreichischen und preußischen Absichten, nachdem die Franzosen den Kampf herbeigeführt hatten.

Doch strebten beide Großmächte dabei zugleich auf ihre Kosten zu kommen. Der Wiener Hof wünschte, den Plänen Josefs II. untreu geworden, seine niederländisch-belgische Stellung nicht mehr aufzugeben, sondern zu verstärken. Schon am 7. März 1791 hatte der kaiserliche Minister in Brüssel, Mercy, die Königin Maria Antoinette nur um den Preis erheblicher Landabtretungen schützen wollen. Als gar Österreich bei der zweiten Teilung Polens leer auszugehen drohte, stiegen seine Ansprüche im Westen gewaltig. Im Mai 1793 forderte Mercy das Gebiet zwischen der belgischen Grenze und der Somme, den Elsaß, das ganze Herzogtum Lothringen, die Bistümer Metz, Toul und Verdun. Damit sollten Deutschland und die Niederlande "durch Eroberung einer soliden Barriere gegen künftige französische Angriffe und Eroberungsprojekte sichergestellt, überhaupt aber die französische Macht, wo möglich auf eine Art eingeschränkt werden, die das übrige Europa über die zukünftigen Schicksale und Staatenveränderungen derselben außer Sorge setzen mag".

So stolze Pläne hätten allerdings nicht nur eine völlige Niederlage der Franzosen erfordert, sondern stießen auch auf den Widerspruch der preußischen Verbündeten. Friedrich Wilhelm II. hatte zwar zeitweilig selbst an Erwerb gedacht, seinen rheinischen Besitz durch Jülich abrunden wollen. Rasch hatte sich jedoch herausgestellt, daß er nicht gleichzeitig westliche und seine polnischen Eroberungsziele verfolgen konnte. Aber wenn er auch vorübergehend um seiner polnischen Pläne willen sich mit den Wiener Hoffnungen auf Bayern anfreundete, war er ebensowenig wie früher Friedrich der Große bereit, eine weitere österreichische Vorherrschaft in Süddeutschland und am Rheine zu dulden. Elsaß und Lothringen gönnte er noch lieber den Franzosen als dem habsburgischen Nebenbuhler.

Bald zeigten sich noch tiefere Risse im österreichisch-preußischen Bündnisse gegen Frankreich. Preußen kämpfte im Westen mit großen Kosten, aber geringem Nutzen. Dagegen verhandelten Rußland und Österreich über die dritte Teilung Polens und versprachen sich Landstriche, welche Preußen besetzt hatte oder wünschte. Angesichts des drohenden Zusammenstoßes mit den Kaisermächten mußte Preußen den Rücken frei bekommen. Gleichzeitig war auch in Frankreich die Not groß, das Volk kriegsmüde, die Regierung von inneren Schwierigkeiten bedroht. Der Gedanke an einen preußisch-französischen Sonderfrieden tauchte auf.

Aber er war nicht leicht zu verwirklichen. Der Pariser Wohlfahrtsausschuß, welcher unsicher im

Sattel saß, traute sich nicht, aufs linke Rheinufer zu verzichten, nicht einmal auf Mainz, welches doch noch in den Händen der Verbündeten war. Dieser Anspruch traf aber nicht bloß preußisches Gebiet, sondern zwang auch den Berliner Hof, an der Zertrümmerung des Reichs mitzuwirken. Denn die Fürsten, welche linksrheinische Besitzungen hatten, mußten entschädigt werden. Nun legte der Berliner Hof seit den letzten Jahren Friedrichs des Großen besonderes Gewicht darauf, als Hort der Reichsverfassung gegen österreichische Willkür und Erwerbssucht zu gelten. Er scheute sich daher, den jetzigen Rechtszustand zu untergraben.

Schließlich siegte indes in Berlin das Ruhebedürfnis. Beim Baseler Frieden vom 5. April 1795 hofften freilich die preußischen Staatsmänner noch, das alte Reich und das linke Rheinufer zu retten. Obwohl Preußens linksrheinische Bezirke von den Franzosen besetzt werden durften, sollte erst der allgemeine Reichsfriede die Grenzen endgültig bestimmen. Tatsächlich täuschte Preußen mit solchen Zukunftswechseln nur sich selbst. Ein großes Hindernis für die französischen Ansprüche war weggeräumt. Ja, sie selbst waren ausdrücklich vorbehalten. Denn Preußen hatte erklärt, seine linksrheinischen Kreise gegen zureichende Entschädigungen herzugeben, wenn auch das übrige linke Rheinufer französisch werden sollte. Die französischen Aussichten stiegen noch durch die vorgesehene Erweiterungsmöglichkeit des Baseler Friedens. Um mindestens ganz Norddeutschland zu beruhigen, wurde eine "Demarkationslinie" vereinbart, welche von Ostfriesland durch Westfalen über Limburg zum Maine lief und drei Monate lang von den französischen Truppen nicht überschritten werden durfte. Den dahinterliegenden deutschen Staaten sollte inzwischen der Friede vermittelt werden.

Den Baseler Frieden empfanden Frankreich wie Preußen als Erlösung. In Preußen war der Krieg nie volkstümlich gewesen. Nationaldeutsche Erwägungen, welche für die österreichischen Erweiterungspläne und gegen die Abtretung des linken Rheinufers gesprochen hätten, gab es in Berlin bloß vereinzelt. Vom Standpunkte preußischer Nützlichkeit aus war die Aussicht auf die reiche rechtsrheinische Entschädigung nur zu begrüßen. Wichtiger war noch die Hoffnung, sich bald mit dem bisherigen Feinde auch innerlich zu versöhnen und davon zu profitieren. Darüber kam das Gefühl nicht auf, daß Frankreich Größeres als je erreicht hatte.

Der Pariser Konvent erklärte bald darauf Belgien, Limburg, Luxemburg und Lüttich für französisch und behielt sich die übrigen linksrheinischen Gebiete vor. Den Preußen bot er zum Ersatz das Stift Münster an. Jetzt drangen die deutsch-nationalen Anschauungen, welche Hardenberg in Basel einigermaßen noch berücksichtigt hatte, in Berlin erst recht nicht mehr durch. Der Minister Haugwitz verkündigte, Preußen könne sich nicht länger uneigennützig für die deutsche Sache opfern, und gab gegen den zugesagten rechtsrheinischen Gebietszuwachs im Zusatzvertrag vom 5. August 1796 das linke Stromufer endgültig preis.

Die Franzosen hatten ihren ersten Sieg über die Deutschen im napoleonischen Zeitalter davongetragen. Preußen hatte ihn durch seine Halbheit und Unklarheit herbeigeführt. Es war zwischen selbstsüchtigen Zielen und dem Anspruch, das Reich unversehrt zu erhalten, hin- und hergependelt, hatte zwei schwer vereinbare, sein Können weit überschreitende Zwecke verfolgt, Menschen und Dinge nicht nach der Wirklichkeit, sondern nach vorgefaßter Meinung beurteilt. Es war enttäuscht gewesen, als die deutschen Fürsten die preußische Friedensvermittlung gar nicht haben wollten, und war hierdurch zuletzt ganz den Franzosen in die Arme getrieben worden.



Campo Formio und Lunéville [*Scriptorium merkt an: 1797 bzw. 1801*] **Der Reichsdeputationshauptschluß**

Der französisch-preußische Zusatzvertrag vom 5. August 1796 war ein wichtiger Markstein zur Erfüllung der französischen Absichten, aber auch nur das. Denn erstens standen die Österreicher und meisten Reichsdeutschen noch im Felde. Zweitens wollten die Franzosen mit den Preußen nicht nur Frieden, sondern auch ihre Hilfe haben. Um die habsburgische Macht dauernd lahmzulegen, waren sie bereit, den Norden gegen den Süden auszuspielen, die preußische Vorherrschaft in Norddeutschland zu stärken und durch Nährung des preußisch-österreichischen Gegensatzes ganz Norddeutschland dem Kaiserhause zu entfremden.

Soweit ließ sich aber der Berliner Hof nicht locken. Zeitweise dachte er sogar an Rückkehr ins franzosenfeindliche Lager. Die Pariser Parteikämpfe ließen ihm noch leise Hoffnungen auf seinen alten linksrheinischen Besitz. War doch das französische Friedensbedürfnis so groß, daß sich das Direktorium spaltete und seine gemäßigten Mitglieder nachgeben wollten! Selbst die oberitalienischen Siege Bonapartes raubten noch nicht jede Aussicht. Er war bis Leoben vorgerückt, wußte aber nicht, ob er sich mit seinem kleinen Heere so tief im Feindeslande halten könnte. Da wollte er vermeiden, daß aus dem Siegestaumel in Paris Friedensansprüche erwachsen, die Österreich aufs Äußerste reizten und alle Gewinne gefährdeten. Dann wäre er in Paris nicht mehr als der Friedensbringer und der lorbeergeschmückte General erschienen.

So bewilligte er dem Gegner den verhältnismäßig billigen Präliminarfrieden von Leoben (18. April 1797). Das Hauptgewicht legte er auf Italien. Er wollte nicht die Österreicher von dort ganz vertreiben, hätte sie gern durch wertvolle Zugeständnisse in Venetien mit den zugemuteten Opfern ausgesöhnt. Auch weiter westlich in der venetianischen Lombardei behaupteten die Österreicher eine ansehnliche Stellung. Nur sollte Bonapartes militärische und politische Lage, welche seine blutigen Siege begründet hatten, unangreifbar werden. Frankreich mußte Piemont und den größten Teil der Lombardei unbedingt beherrschen, mit seinen dortigen Truppen in gesicherter Verbindung bleiben, jederzeit neue Soldaten dorthin werfen können; die Alpen durften ihm nicht mehr Grenze sein, sondern ganz gehören. Außerdem brauchte Bonaparte die Apenninenpässe, um Mittelitalien in der Hand zu halten. Durch den Gewinn von Reggio und Modena schnitt er Österreich von den direkten Straßen aus Verona nach Florenz und Pisa ab. Gegenüber den italienischen Sorgen kümmerten ihn die deutschen Dinge wenig. Er verlangte nur Belgien, dieses allerdings restlos. Die Verhandlungen des vereinbarten Reichsfriedenskongresses hätten von Napoleon aus "auf der Grundlage der Unversehrtheit des deutschen Reichs" stattfinden können.

Indessen hatten die Unterhändler von Leoben weder von Wien noch von Paris aus genügende Vollmachten besessen. Die Stützen des Friedens waren zwar die starke Kampfesmüdigkeit der Truppen und das Ruheverlangen weiter Volkskreise, namentlich der französischen. Doch als Bonaparte sein Heer aus den drohenden Schwierigkeiten befreit und sich persönlich in Paris zur Geltung gebracht hatte, interessierte er sich nur noch wenig für sein eigenes Friedenswerk. Dem Direktorium schrieb er, daß es die Bedingungen beliebig ändern, das linke Rheinufer und die päpstlichen Legationen immer noch fordern könne. Auch er selbst führte die einzelnen Bestimmungen ganz willkürlich aus. In Wien herrschte sowieso starkes Mißvergnügen über das Abkommen. Sobald Bonapartes Überschreitungen bekannt wurden und dieser gar sich weigerte, den Frieden endgültig zu besiegeln, sondern statt dessen sachlich neue Vorschläge machte, kam das Faß zum Überlaufen.

Der österreichische Minister Thugut wollte den Kampf nicht planmäßig wieder aufnehmen, sondern erwartete vom Siege der Gemäßigten bei den französischen Wahlen günstigere Bedingungen. Doch verharrte Bonaparte jetzt zähe auf der Etsch in Italien, dem Rheine in Deutschland als Grenze. Jede österreichische Erfolgsaussicht schwand, seit in Frankreich die gemäßigten Direktoren durch eine

einheitliche, kampfbereite Regierung abgelöst wurden.

Der neue Friede von Campo Formio (18. Oktober 1797) unterschied sich wesentlich von seinem Vorgänger. Nicht mehr der Oglio, sondern die Etsch bildete die österreichische Grenze, abgesehen von einem kleinen rechtsuferigen Vorfeld bei Verona. Das zisalpinische Staatswesen, tatsächlich eine französische Tochtergründung, wurde von Österreich anerkannt und sehr erweitert. In Geheimartikeln wurden auch die deutschen Fragen geregelt. Von der Schweiz bis zur Netze bei Andernach einschließlich des Brückenkopfs Mannheim und der Festung Mainz lief künftig die Grenze am Rheine; nur unterhalb Andernach ließ Frankreich den Deutschen einen schmalen Streifen auf dem linken Ufer. Österreich bekam zum Ersatz das Erzbistum Salzburg und das bayrische Innviertel, entschädigte sich also gerade wie vorher Preußen auf deutsche Kosten.

Die Franzosen hatten in Campo Formio fast alles erreicht, was seine Schriftsteller im 18. Jahrhundert immer wieder gefordert hatten. Aber seit Richelieu und Mazarin war es den Franzosen niemals um abgeschlossene Eroberungen zu tun gewesen. Frankreich brauchte zur sicheren Vorherrschaft im Abendlande den maßgebenden Einfluß auf die Deutschen und auf einen großen Teil ihrer materiellen Kräfte. Mazarin hatte deshalb den Elsaß gefordert, nicht obgleich, sondern weil er ein wichtiges deutsches Kulturgebiet war. Ludwig XIV. hatte nicht bloß eine bessere Abrundung seines Staates angestrebt, sondern ins Herz des Reiches eindringen, womöglich gar die Kaiserkrone gewinnen oder von sich abhängig machen wollen. Unter seinem Nachfolger hatte sich dieses Ziel um so deutlicher offenbart, je weniger er unmittelbare Eroberungen dauernd ins Auge fassen konnte. Ganz im Sinne des alten Frankreich betrachtete die junge Republik den Rhein nicht als endlich erreichte Scheidewand der Völker, sondern als Brücke zur stärkeren französischen Geltung auf dem rechten Ufer. Die neuen Vorteile bildeten ein Mittel, um die deutschen Angelegenheiten besser nach französischen Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten.

Seit den Römerzeiten hatte der Rhein die Uferbewohner nicht getrennt, sondern verbunden. Von Basel bis zur holländischen Grenze besaßen die meisten Stromstaaten Bezirke und Rechte auf beiden Seiten. Kaum ein größeres westdeutsches Fürstentum blieb durch den französischen Erwerb unberührt; er wirkte durch die Ausdehnung Preußens, durch die Verbindung von Pfalz und Bayern, von Kurköln und Westfalen, durch den Verlust des habsburgischen Besitzes in Belgien bis tief ins innere Deutschland. Sollten die geschmälernten Reichsstände entschädigt werden, so wollten sich die Franzosen nicht mit einer stummen Zuschauerrolle begnügen, sondern alle Schritte vorher genehmigt haben, sich also in eine deutsche Sache einmischen. Es ließ sich nicht erwarten, daß sie ihres Amtes als unbefangene, uneigennützig Schiedsrichter walten würden. Sie wünschten nach ihrem Interesse die einzelnen Fürsten zu begünstigen oder zu benachteiligen und beim Wettbewerb Ansprüche zu stellen. Einen Vorgeschmack enthielt der Friede von Campo Formio selbst. Den Ausdehnungsgelüsten des Wiener Hofes war zuzutrauen, daß er für die jetzigen Verluste anderweit, vielleicht im Orient Ersatz suchte. Deshalb machte Bonaparte aus, daß das französisch-österreichische Kräfteverhältnis nicht verschoben werden dürfte, daß also Eroberungen des einen Staates den anderen zu neuen Forderungen ermächtigten.

Dabei war der Vertrag von Campo Formio nicht einmal ein rücksichtsloser Gewaltfrieden. Schon wegen der Fortdauer des englisch-französischen Krieges hatte Bonaparte Sonderwünsche Österreichs erfüllen helfen, ihm nur sowieso verlorene Bezirke endgültig abgenommen und den Gegner noch großmütig entschädigt. Aber der Vertrag barg ungeschriebene Zukunftsaussichten. Viele Bedingungen waren mehr angedeutet als ausgeführt und ließen keine lange Friedensdauer erwarten. Hiervon waren im Grunde Bonaparte wie Österreich überzeugt. Jener hatte deshalb seinen politischen und strategischen Aufmarsch zum nächsten Kriege vorzubereiten gesucht. Darauf waren die italienischen, aber auch die deutschen Bestimmungen zugeschnitten. Denn falls die linksrheinischen Reichsstände entschädigt werden sollten, wurde der Kaiser durch die Säkularisationen seiner treuesten Gefolgschaft beraubt, sah sich nicht mehr einer zuverlässigen

Mehrheit der mittleren und kleineren Landesobrigkeiten, sondern einer geringeren Zahl selbstbewußter mächtigerer Fürsten gegenüber und setzte auf dem Regensburger Reichstag nicht mehr so bequem seinen Willen durch.

Die französische Regierung faßte denn auch den Rastatter Kongreß, welcher nach der Verabredung von Campo Formio den Reichsfrieden und die Entschädigung der am linken Rheinufer begüterten Fürsten bringen sollte, als Kriegsvorbereitung auf. Zunächst nahm sie schon im voraus das gesamte linke Rheinufer, auch nördlich der Nette, ein und richtete es für Angriffs- und Verteidigungsbedürfnisse her. Dann spielte sie Österreich und Preußen gegeneinander aus. Beide durften nicht zu mächtig werden, sich namentlich nicht nach Süddeutschland ausdehnen. Der Kaiser schielte ja noch immer auf Bayern; Hardenberg wollte den preußisch gewordenen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth die wertvollen fränkischen Bistümer und Nürnberg angliedern. Diese Pläne ließen sich gleichzeitig durchkreuzen und zur Vermehrung des Mißtrauens zwischen den deutschen Großmächten ausnützen. Das übrige Deutschland wurde teils eingeschüchtert, teils aufgehetzt. Offen und schroff beharrte die französische Regierung auf dem linken Rheinufer und erstickte dadurch jede Widerstandslust im ersten Keime. Daneben wurde versucht, Süddeutschland zu revolutionieren und hier einen von Paris abhängigen Tochterstaat zu gründen, ähnlich wie die zisalpinische Republik in Oberitalien oder die batavische in Holland.

Die österreichischen Staatsmänner durchschauten die französischen Absichten. Sie wollten auf alle deutschen Eroberungspläne verzichten, wenn dies auch Preußen tun würde; freilich hofften sie wohl auf italienischen Machtzuwachs. Wie um preußische, bemühte sich der Wiener Hof auch um russische Hilfe.

In Italien brach 1799 der Krieg wieder aus, nachdem er schon das ganze vorige Jahr gedroht hatte, sprengte bald den Rastatter Kongreß und führte auch nördlich der Alpen zu neuen Feindseligkeiten. Zwar hielt sich Preußen fern; doch der Regensburger Reichstag hatte seit 1792 formell überhaupt noch nicht wieder mit Frankreich Frieden geschlossen und bewilligte auf Österreichs Verlangen sofort Gelder und Truppen für den bevorstehenden Kampf.

Anfangs lächelte das Glück den Österreichern und Russen. Doch wiederum verdarb innere Uneinigkeit die Sache der Franzosenfeinde, während Bonaparte nach seiner Rückkehr aus Ägypten rasch die ganzen Kräfte der Nation zusammenraffte. Er schlug in Oberitalien, Moreau in Deutschland die Österreicher vernichtend. Ihre Kronländer standen der französischen Willkür offen.

Der Friede von Lunéville (9. Februar 1801) erneuerte den österreichischen Verzicht auf Belgien, setzte abermals die Etsch als Grenze, überließ Venedig, Istrien und Dalmatien großmütig den Besiegten. Aber in Einzelheiten traten die französischen Absichten offener und entschiedener zutage. Napoleon schloß den Frieden nicht mehr bloß mit dem Herrn der österreichischen Hausstaaten, sondern mit dem Reichsoberhaupt. Dazu war Kaiser Franz vom Regensburger Reichstag nicht ermächtigt. Wenn er, von Napoleon gezwungen, seine gesetzlichen Pflichten verletzen mußte, bewies er, daß künftig auch in inneren deutschen Fragen Napoleon maßgebender war. Zudem wurde die französische Rheingrenze und die Entschädigung der betroffenen Reichsfürsten nicht mehr in Geheimartikeln, sondern in den offiziellen Hauptbestimmungen festgesetzt. Damit wurde es offenkundig, daß Kaiser Franz die Rechte und Gebiete des Reiches nicht mehr schützen konnte, sondern über den Kopf der Beteiligten hinweg dem Siegerwillen wich. Sein politisches Ansehen im Reiche und die darauf beruhende Gefolgschaft vieler Landesherren wurden hierdurch erschüttert. An einen neuen Kongreß, bei welchem die Beteiligten gehört worden wären und mit entschieden hätten, wurde nicht mehr gedacht. Die Rastatter Entschädigungsgrundsätze sollten zwar erhalten bleiben; aber tatsächlich bestimmte Frankreich wenn nicht allein doch in wesentlichen Stücken die neue deutsche Staatenkarte. Österreichs Stellung in Süddeutschland wurde noch schwächer. Der Wiener Hof überließ den bisher unmittelbar

beherrschten Breisgau dem Herzog von Modena. Die rechtsrheinischen Brückenköpfe Düsseldorf, Ehrenbreitstein, Kastell, Kehl und Breisach versprach Napoleon zwar zu räumen; aber sie durften nicht neu befestigt werden, d. h. sie standen den Franzosen als Einfalltore jederzeit offen. So sicherte der Friede ihnen nicht nur das linke Rheinufer, sondern auch den beherrschenden Einfluß in Süd- und Westdeutschland.

Die Folgen der höheren französischen Machtstellung zeigten sich bald. Bayern einigte sich mit Frankreich über den Verlust der linksrheinischen Pfalz, über eine gute Abfindung und über die Bürgschaft für seinen anderen, von den Habsburgern so oft begehrten Besitz. Weitere Verhandlungen zwischen München und Paris sollten den neuen bayrischen Erwerb genau regeln. Ähnlich gab Württemberg seine elsässischen Bezirke her und bedang sich Frankreichs "gute Dienste" zum genügenden Schadenersatz aus. Im Namen Badens sicherte Reitzenstein seinem Herrn die rechtsrheinische Pfalz, zu deren Ausgleich Bayern außer seinen sonstigen Gewinnen noch das Hochstift Augsburg und die Abtei Kempten erhielt. So entstanden an Stelle eines Gewirres größerer, mittlerer und kleinerer Landesobrigkeiten, die aufs Reich angewiesen gewesen und diesem meist Treue bewahrt hatten, die süddeutschen Mittelstaaten, zu stark, um sich in den alten Reichsbau und willig unter Österreichs und Preußens Botmäßigkeit zu fügen, zu schwach, um sich Napoleons Übermacht zu widersetzen.

Rasch drängten sich auch andere nach ihrem Beuteanteil. Wie auf einer Börse wurden in Paris die deutschen Gebiete verhandelt. Daß die Franzosen die umstrittenen Bezirke vielfach schlecht kannten und, von unehrlichen Interessenten beraten, den verschiedenen Anwärtern zuwiderlaufende Versprechungen machten, kam der Republik nur zugute. Denn so hielt sie sich die Parteien länger warm, behauptete sich im Glanze als umworbener Schiedsrichter und erpreßte desto erfolgreicher Gegenzugeständnisse.

Vor allem nutzte aber die französische Diplomatie den preußischen Länderhunger aus. So lange sie noch mit England im Kriege lag, lockte sie den Berliner Hof durch Hannover. Damit hätte sie König Georg III. dessen Stammland entrissen, Preußen mit England verfeindet und jenes an sich gefesselt. Friedrich Wilhelm III. wollte jedoch Hannover nur im Einvernehmen mit England annehmen, und nachdem Napoleon mit Großbritannien den Frieden von Amiens (1802) abgeschlossen, fiel der ganze Plan. Aber wenn die Franzosen jetzt auch Preußen in Thüringen, Hessen und Westfalen ein Mehrfaches von dem verschafften, was es an Quadratmeilen und Menschen linksrheinisch dahingegeben hatte, zwangen sie ihm schwere moralische Einbußen auf. Was Friedrich der Große im bayrischen Erbfolgekriege klug vermieden hatte, durch offenkundigen Eigennutz die Deutschen abzustößeln, tat der Berliner Hof unter schlimmeren Verhältnissen. Statt bei Napoleons zunehmender Macht Norddeutschland sicherer unter seine Obhut zu bringen, verletzte er diejenigen, welche sich nach einem Führer zur Befriedigung gesamtdeutscher Interessen sehnten.

Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, welcher die deutschen Gebietsfragen regelte, bestätigte im wesentlichen nur gesetzlich, was in Lunéville und dann in Paris schon entschieden worden war. Die Haupthüter der Reichsverfassung, die geistlichen Fürsten, die kleineren weltlichen Herren, die Reichsstädte, waren fast alle beseitigt. Die übrig gebliebenen deutschen Staaten wurden noch nicht notwendig französische Vasallen, verdankten aber ihr Dasein und ihre Größe meistens Napoleon und neigten eher dazu, die Schranken der Reichsverfassung und das Übergewicht der österreichischen Präsidialmacht durch Anlehnung an Napoleon auszugleichen. So lag ihm zwar Deutschland nicht so willig zu Füßen wie Italien, Holland und die Schweiz; aber mitten im Frieden hatte er die französische Machtstellung in Deutschland gewaltiger erweitert als Ludwig XIV. in seinen besten Tagen.



Der Preßburger Friede (1805)

In seinen Diktaten auf St. Helena hat Napoleon die Anklage unersättlicher Eroberungslust zurückgewiesen: "Ich wollte der Welt den Frieden geben; aber sie haben mich zum Dämon des Krieges gemacht." Die Geschichtsforscher sind darüber immer geteilter Ansicht gewesen. Das Geschlecht der Freiheitskriege betrachtete Napoleon als den machtgierigen, unersättlichen Tyrannen. Die Metternichsche Reaktionszeit hielt den Kaiser nicht mehr in gleich hohem Maße persönlich für schuld an den Kriegen, aber doch für den Vollstrecker revolutionärer Umsturzideen und damit sachlich für einen gefährlichen Friedensstörer. In Frankreich wurde die Frage ein politischer Parteistreit. Die antinapoleonische Richtung ließ nicht gelten, daß der Kaiser nur widerwillig aus einem Krieg in den andern gestürzt sei. Umgekehrt förderte der Napoleonskultus die Ehrfurcht vor den eigenen Zeugnissen des Helden, besonders als das zweite Kaiserreich systematisch die persönlichen Dokumente veröffentlichte und das von Bonaparte selbst gewünschte Bild enthüllte. Den kleindeutschen Geschichtsschreibern, voran Sybel, Treitschke, Häusser, erschien wieder Napoleon als Unterdrücker deutscher Freiheit wie der französischen Lebensinteressen. Namentlich erklärte Treitschke: "Napoleon konnte seit 1801 den Frieden in Ehren wahren und seinen Staat auf einer nie zuvor erreichten Höhe der Macht und des Ruhmes erhalten. Sein Wille allein, sein Eroberermut trieb ihn weiter von Sieg zu Sieg, sein Soldatensinn hieß ihn ohne Not den Gang der bürgerlichen Ordnung durch militärische Standgerichte unterbrechen und das kaum aufsprießende, freie, volkswirtschaftliche Leben durch endlose Kriege ersticken." Aber für Ranke waren die englisch-französischen Beziehungen ein alter Interessengegensatz, der Kampf gegen Napoleons Vorherrschaft nur eine neue Auflage der englischen Politik gegen die verwandte Stellung Ludwigs XIV. Napoleons gesamte Laufbahn sei durch seine Lebensaufgabe bestimmt gewesen, den Engländern die Wage zu halten, ihnen keinen selbständigen Stützpunkt zu gönnen, zu diesem Zwecke jeden anderen Willen als den seinigen auf dem Kontinente auszuschließen. Mit dem herannahenden Weltkriege hat Rankes Auffassung in Deutschland starkes Echo gefunden. Eine Verwandtschaft zwischen der deutschen Kriegsabweigung und der angenommenen napoleonischen wurde herausgeföhlt. Durch die Empfindung, daß der sachliche englisch-deutsche Gegensatz trotz allen deutschen Sträubens sich verschärfte, gelangte das kaiserliche Selbstbildnis zu neuem Ansehen. Napoleon wurde aus dem rücksichtslosen Angreifer der Verteidiger festländischer Lebensinteressen gegen englische See- und Handelspolitik.

Solche Meinungsverschiedenheiten über Napoleons Beweggründe dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Gewiß ist biographisch wichtig, ob Napoleon nur aus persönlichem Ehrgeiz, trotz der abweichenden französischen Volksinteressen, immer neue Kriege anzettelte oder ob er innerlich dem Frieden zustrebte und nur durch die hartnäckige Feindschaft Englands auf der blutigen Bahn festgehalten wurde. Auch einzelne Maßregeln, Verhandlungen und Begebenheiten werden je nach der Auffassung von Napoleons persönlichen Beweggründen verschieden beurteilt werden. Doch den Kern treffen solche Erörterungen nicht. Entscheidend war, daß Napoleon jederzeit die deutschen, italienischen, holländischen, schweizerischen Hilfskräfte brauchte und deshalb nirgends ein selbständiges politisches und nationales Leben dulden konnte. Sein Maßstab war deshalb, ob und wie lange ihm der Friede in diesen Ländern die nötige Fülle an Gewalt und Ansehen sicherte. Mochte darum Napoleon als Mensch sich nach Ruhe oder neuen Lorbeeren sehnen, täglich konnte er erfahren, daß er das Seil straffer anspannen und den europäischen Kontinent seinem Herrscherwillen noch stärker unterwerfen mußte. Umgekehrt war nicht zu erwarten, daß alle Fürsten und Völker sich gutwillig beugten und höhere Lasten beliebig ohne Widerstandslust ertragen.

Schon im Jahre des Reichsdeputationshauptschlusses trafen in Deutschland beide Motive zusammen. Der Krieg mit England brach wieder aus und Napoleon wandte sich gegen den hannoverschen Hausbesitz König Georgs III., um zugleich durch die Beherrschung von Weser und Elbe den englisch-norddeutschen Handel lahmzulegen. Damit erweiterte er die französischen

Eroberungsabsichten erheblich. Bisher hatten die Franzosen im wesentlichen nur in Süddeutschland mittel- oder unmittelbare Sicherungen ihres Einflusses angestrebt. Jetzt entstand die Aufgabe, Preußens Machtstellung hinter die Elbe zurückzudrängen, ähnlich wie die Bourbonen seit dem Dreißigjährigen Kriege die Österreicher südlich des Mains lahmzulegen gesucht hatten.

Bezeichnenderweise machten weder Preußen noch Österreich aus der Besetzung Hannovers einen Kriegsfall. Der Berliner Hof wollte warten, bis Napoleon das preußische Staatsgebiet verletzte; der Wiener wagte nach den schweren Opfern des letzten Jahrzehnts keinen neuen Waffengang. Allein sobald der nötige Zündstoff angehäuft wird, verhindern auch die scheinbar sichersten Friedensgründe erfahrungsgemäß die Entladung auf die Dauer nicht.

Zur Besetzung Hannovers kamen noch größere Willkürakte Napoleons in Italien. Die Österreicher begannen zu fürchten, daß eines Tages ihre eigenen Grenzen nicht mehr von den Franzosen beachtet würden. Sie trafen einige Vorsichtsmaßregeln und liehen russischen Bündnisgedanken williger ihr Ohr. Zar Alexander meinte damals, vielleicht durch englische Einflüsterungen bestärkt, daß nur ein gemeinsames Vorgehen Österreichs, Rußlands und Preußens Europa vor einer napoleonischen Alleinherrschaft schützen könnte. Er bediente sich außerdem der Unzufriedenheit Österreichs mit seiner damaligen Machtstellung. Während Preußen für seinen linksrheinischen Besitz vielfach entschädigt worden war, hatte Österreich die Verluste von Belgien und in Italien nur unvollkommen wettgemacht; die ihm zugefallenen neuen Bezirke waren schon vorher in seinen tatsächlichen Machtbereich gefallen. Darum vereinbarten Rußland und Österreich einen namhaften Habsburgischen Gebietszuwachs im Falle eines siegreichen Krieges: Salzburg, Berchtesgaden, Passau, das Land zwischen Etsch und Adda. Außerdem wollten die Verbündeten Napoleon aus Norddeutschland vertreiben, Piemont, Holland, Modena und die Schweiz wieder selbständig machen, den Großherzog von Toskana nach Italien zurückführen. Österreich hätte nur den Breisgau endgültig verloren, welchen der Zar dem verwandten Karlsruher Hofe vorbehielt. Von national-deutschen Gewinnen, besonders auf dem linken Rheinufer, redete das russisch-österreichische Bündnis vom 6. November 1804 nicht. Wie so häufig wären auch diesmal die deutschen Reichsbedürfnisse hinter Österreichs Sonderwünsche zurückgetreten und nur dessen italienische wie deutsche Machtstellung neu befestigt worden.

Doch nicht die Aussicht auf so wertvolle Errungenschaften schleppte die Österreicher auf den Kampfplatz zurück, sondern die Furcht, von Napoleon überrannt zu werden, und das Verlangen, die russische Bundesgenossenschaft zu nützen. Napoleon seinerseits wünschte einer drohenden Erneuerung des Festlandkrieges zuvorzukommen und verwendete zum raschen Dreinfahren diejenigen Truppenmassen, die er eigentlich gegen England gerüstet hatte. Das wechselseitige Mißtrauen führte gegen den ursprünglichen Plan beider Parteien den Krieg ungewollt herbei.

Während die französische Flotte bei Trafalgar vernichtet und die britische Seeherrschaft auf mehr als ein Jahrhundert besiegelt wurde, blieb Napoleon auch den vereinigten Russen und Österreichern gewachsen. Letztere gerieten durch den Preßburger Frieden, "den schädlichsten und schimpflichsten, den österreichische Staatsmänner je geschlossen" (26. Dez. 1805), in eine viel schlimmere Lage wie vor 4 Jahren. Die 1797 und 1801 gewonnenen venezianischen Besitzungen mußte Kaiser Franz dem Königreich Italien überlassen, einem napoleonischen Nebenstaate, der schon durch seinen Namen den Anspruch erhob, künftig als Hauptgebiet der ganzen Halbinsel zu gelten. In Süddeutschland herrschten fortan im wesentlichen nur noch die napoleonischen Vasallenfürsten von Bayern, Württemberg und Baden, und zwar als Souveräne, d. h. unabhängig vom Reiche. Österreich verlor den Breisgau, die Ortenau, Vorarlberg, Tirol mit Trient und die vielen kleinen schwäbischen Besitzungen, die gleich einem Haufen Inseln vom Schwarzwald bis zum Bodensee und Allgäu sich lagerten. Wie ein versprengtes Eiland ragte das einstweilen noch dem Erzherzog Ferdinand gelassene Bistum Würzburg aus dem süddeutschen Machtbereich Napoleons heraus. Abermals hatte Kaiser Franz, ohne den Reichstag zu fragen, in alle deutsche Umwälzungen

auf eigene Faust willigen müssen. Das hatte jedoch 1805 eine ganz andere Tragweite als in Lunéville. Denn unmöglich konnte Preußen an die Reichsverfassung gebunden bleiben, wenn Bayern, Württemberg und Baden selbständig wurden.

Napoleon schritt denn auch jetzt zur Auflösung des Reichs. Die drei Südstaaten, die er militärisch ohnedies in der Hand hatte, kettete er noch fester durch Familienverbindungen mit den Fürstenhäusern und durch deren neuen Gebietszuwachs auf Kosten der kleinen deutschen Zwergherrschschaften. Auf dieser Grundlage schloß er den Rheinbund ab, dessen Glieder ihn als Protektor anerkannten, ihm mit Geld und Volk unterwürfig wurden und aus dem Reiche austraten. Die Ziele Ludwigs XIV. waren in Süd- und Westdeutschland vollendet; das Reich hatte zu bestehen aufgehört.



Der Zusammenbruch Preußens

[Scriptorium merkt an: 1807]

Die Schicksale der deutschen Politik vor dem jetzigen Weltkriege erinnern an die Zeiten am Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach dem Baseler Frieden konnte Preußen entweder den alten Faden wieder aufnehmen und mit Frankreichs Feinden gehen oder umgekehrt mit letzterem sich verbinden und dessen deutsche Pläne fördern. Tat Preußen das erstere, so unterstützte es den österreichischen Nebenbuhler ohne sicheren eigenen Gewinn. Beschritt es den zweiten Weg, so erkaufte es Landerwerb mit der Einbuße an deutsch-nationalem Ansehen und hing künftig viel stärker von Frankreich ab. Jedenfalls barg die eine wie die andere Wahl große Kriegsgefahren, welche der neue König Friedrich Wilhelm III. unbedingt zu vermeiden wünschte. Darum weigerte er sich, so oder so sich zu binden und setzte sich zwischen zwei Stühle.

Hierbei durfte er nicht einmal ganz das Liebeswerben von beiden Seiten zurückweisen. Auch gab es am Berliner Hofe verschiedene Richtungen, welche für den Notfall die eine oder die andere Freundschaft anstrebten. Franzosen wie Österreicher wurden immer wieder getröstet und hingezogen, erlebten Enttäuschungen und bildeten sich zuletzt die Überzeugung, daß die preußische Politik unzuverlässig und hinterlistig sei.

Preußens Lage wäre trotzdem haltbar gewesen, wenn es seinen Friedenswillen den anderen hätte vorschreiben und damit die Entscheidung gewinnen können. Tatsächlich gingen die Ereignisse über seinen Kopf hinweg und engten seine Bewegungsfreiheit immer mehr ein. Der Berliner Hof zeigte seine Schwäche und machte Napoleon immer rücksichtsloser. Besonders offenbarte sich beides bei dessen Einfall in Hannover. Früher hatte die Regierung wiederholt ähnliche französische Absichten diplomatisch bekämpft, war ihnen 1801 sogar durch die zeitweilige Besetzung des Landes zugekommen; jetzt verhüllte sie ihre Blößen notdürftig durch die Ausrede, daß das eigene Staatsgebiet nicht verletzt worden sei. In Wahrheit fürchtete sie die neugewonnene französische Ausfallsstellung gegen den natürlichen Kern der brandenburgisch-preußischen Macht. 1805 durften Napoleon wie seine Feinde bereits drohen, die preußische Neutralität zu verletzen. Jener schickte sogar unbekümmert um Friedrich Wilhelms Herrscherrechte die französischen Truppen durch Ansbach und Bayreuth.

Das Endergebnis der preußischen Politik war, daß sie zwar den Krieg mehrere Jahre unter fortgesetzten Verlusten an Macht, Ansehen und Vertrauen hinausgeschoben hatte, ihn aber zuletzt ohne hinreichende Bundesgenossen unter den schlechtesten Bedingungen gegen einen überlegenen mächtigen Feind führen mußte.

Als die ersten Spuren eines kommenden französisch-preußischen Zusammenstoßes auftauchten,

erörterte 1798 Sieyès mit Talleyrand zwei fruchtbare Gedanken: einen norddeutschen, Frankreich unterworfenen Staatenbund und den preußischen Rückzug hinter die Elbe. Napoleons Einmarsch nach Hannover hatte wenige Jahre später den anfangs phantastisch anmutenden Plan teilweise schon verwirklicht. Preußens Zusammenbruch gestattete, im Frieden von Tilsit (9. Juli 1807) die alten Absichten weit zu überschreiten.

Unmittelbar nach der Schlacht bei Jena hätte Preußen den Frieden billiger haben können. Ein von Napoleon diktiert Entwurf ließ ihm auf dem rechten Elbufer alles, auf dem linken Magdeburg und die dort hinübergreifenden altmärkischen Bezirke; bloß eine größere Kriegskostenentschädigung konnte der Kaiser wegen der erschöpften französischen Finanzen nicht entbehren. Dafür wollte er freilich Preußen in die Zwangsjacke seiner europäischen Politik stecken und mutete ihm zu, alle Häfen den Engländern zu sperren und die Türkei gegen jeden russischen Angriff schützen zu helfen. Jedoch Friedrich Wilhelm hoffte auf die Russen und ließ sich auf nichts ein. Nunmehr gedachte Napoleon die Hohenzollern zu entthronen. Wir besitzen noch den Anfang eines öffentlichen Aufrufs, welcher diesen Schritt vor Mit- und Nachwelt rechtfertigen sollte. Vor dem Äußersten bewahrte den König die russische Freundschaft. Wenn Napoleon seinem ursprünglichen Vorhaben gemäß Frankreichs Macht bis zur Weichsel ausdehnte, stand er an der russischen Grenze. Da erwartete Alexander von einem wenn auch geschwächten Preußen, mit dem ihn nahe persönliche Beziehungen verknüpften, immerhin einigen Schutz.

Napoleon, der den Zaren zur Durchführung der Handelssperre gegen England brauchte, konnte an dessen preußischen Wünschen nicht vorübergehen. Aber er verlangte vom König jetzt ganz andere, drückendere Bürgschaften als voriges Jahr. Um ihm ein nochmaliges Zusammengehen mit Rußland zu erschweren, raubte er Preußen auch östlich der Elbe die Freiheit des selbständigen Handelns. Fast Preußens ganzer bisheriger polnischer Besitz kam zum Großherzogtum Warschau und damit an den König von Sachsen, dessen Macht der preußischen ebenbürtig wurde. Hohe Kontributionen, die langfristige Besetzung wichtiger Festungen, die nachträgliche Vorschrift, daß das stehende preußische Heer nicht über 42 000 Mann betragen dürfte, die Herrschaft über Etappenstraßen, auf welchen Napoleon jederzeit Truppen gegen die russische und polnische Grenze durch Preußen hindurch bewegen konnte, knebelten den niedergeworfenen Hohenzollernstaat vollständig. Insgeheim dachte Napoleon daran, sich, falls Preußen seine Geldpflichten nicht einhalten konnte, Schlesien verpfänden oder veräußern zu lassen, auf solche Art Sachsen und Warschau unmittelbar zu verbinden und sich eine Heerstraße nach Rußland zu schaffen, die nicht über preußisches Gebiet ging.

Preußen sollte die Franzosen nach Napoleons Wünschen niemals wieder gefährden und ähnlich wie Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden ein gegen Frankreich ohnmächtiger, diesem geld- und beistandspflichtiger, für eine gute innere Verwaltung gerade noch tauglicher Staat werden. Aber die nächsten Jahre zeigten, daß durch noch so klug ausgedachte Friedensbedingungen ein Staat und Volk auf die Dauer nicht naturwidrig gefesselt werden kann. Scharnhorst umging die militärischen Bestimmungen durch die zeitlich verkürzte und ziffernmäßig stark ausgedehnte Soldatenausbildung. Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen erhöhten die preußische Steuerkraft. Eine auf künstliche Machtverschiebung begründete Zwangslage läßt sich nicht verewigen, sondern bricht zusammen, wenn die Ursachen aufhören, aus denen sie entsprungen ist.

Dabei war die preußische Krone nichts weniger als wagemutig. Gab sie doch selbst 1813 nur zögernd und widerwillig nach! Um so lehrreicher ist, daß Napoleons kunstvoller Bau nicht einmal ein Jahrzehnt standhielt.



Der Pariser Frieden - Der Wiener Kongreß - Die heilige Allianz

[Scriptorium merkt an: 1814-1815]

Als nach dem Untergange der größten napoleonischen Armee der russische Boden gesäubert war, stritten sich in Petersburg zwei Parteien. Die eine sah das erschöpfte russische Heer, die trostlosen preußischen und österreichischen Verhältnisse und hätte den baldigen Frieden und den freien russisch-englischen Handel gern mit dem Verzicht auf Eroberungen erkaufte. Aber Nesselrode glaubte, daß die Franzosen erst in ihre natürlichen Grenzen zwischen Pyrenäen, Alpen, Rhein und Schelde zurückgestaut, also die Deutschen ganz befreit werden müßten, ehe Rußland in Ruhe seine inneren Wirtschaftskräfte entwickeln könnte. Dabei rechnete er zu stark auf die preußischen und österreichischen zwingenden Naturbedürfnisse, um den vielen noch so gewichtigen Gründen, welche diesen Mächten jeden neuen Kampf zu verbieten schienen, durchschlagende Bedeutung zuzuschreiben.

Also auch Nesselrode wollte Napoleon nicht stürzen und erkannte sogar die Lehre von Frankreichs natürlichen Grenzen an. Von weitergehenden Ansprüchen war bei den nächsten Verhandlungen noch nicht die Rede.

Die Geheimartikel des Vertrags von Kalisch (16. Febr. 1813) legten die preußischen Kriegsziele fest. Als nötig für die staatliche Sicherheit und Selbständigkeit wurde bezeichnet, daß Friedrich Wilhelm wieder wenigstens so mächtig würde wie vor Jena. Bei Alexanders polnischen Plänen erforderte das eine preußische Ausdehnung in Nord- und Mitteldeutschland, deren Mindestumfang bestimmt war, bei der aber alles andere, Länder wie Grenzen, unentschieden blieb. Bloß negativ wurde ausgemacht, daß Hannover ganz wiederhergestellt würde, also für Preußen nicht in Betracht käme. Ebenso verständigten sich Rußland und Preußen über die Auflösung des Rheinbundes und der deutschen Staatenbildungen Napoleons, ohne das endgültige Schicksal der letzteren zu regeln. Sie verabredeten bloß deren vorläufige gemeinsame Verwaltung.

Eigentlich hätte man denken sollen, daß der Donaustaat selbst zur geringsten Kraftanstrengung unfähig gewesen wäre. Es war wie ein Wunder erschienen, daß er sich schon 1805 nach der schweren Niederlage von 1801 wieder aufgerafft hatte. Trotzdem er dann 1805 noch viel schlimmer heimgesucht worden war, hatte er die Welt 1809 nochmals überrascht und mehr Menschen und Geld wie je zuvor geopfert. Das Ende war eine abermalige militärische Katastrophe, im Frieden der Verlust von 3½ Millionen Menschen, 2000 Quadratmeilen, vielen Millionen Gulden laufender Jahreseinkünfte und schließlich 1811 der Staatsbankerott gewesen. Österreichs Ansehen und Macht waren völlig dahin. Das einzige Bedürfnis der Regierung wie des Volkes schien eine lange Ruhe, um sich allmählich von den Wunden der letzten Kriege zu erholen. Tröstlich war nur die Hoffnung, daß nach Napoleons Tode dessen kunstvoller Bau von selbst zusammenstürzen werde.

Unter solchen Umständen kam der russisch-französische Krieg dem Wiener Hof höchst ungelegen. Siegte Napoleon, so wurde dessen Druck auf den Donaustaat noch schlimmer. Anderenfalls vertauschte dieser das für vorübergehend gehaltene französische Joch mit der unabsehbaren Dauer des nicht leichteren russischen. Metternich dachte deshalb beide Gegner durch eine österreichische Vermittlung im Zaume zu halten und hierbei womöglich einige Vorteile herauszuschlagen. Beim Eintreffen der ersten Unglücksbotschaften aus Rußland redete er Napoleon zur Nachgiebigkeit zu. Dieser fürchtete jedoch für seinen Thron, wenn er durch einen schimpflichen Frieden Einbuße an Land und Macht erlitt; hatten doch die Franzosen ihre schweren finanziellen und militärischen Lasten lediglich ertragen, weil sie gleichzeitig glänzendere Tage wie je in ihrer Geschichte erlebt und ihre stolzesten Träume verwirklicht hatten! Napoleon benutzte deshalb die österreichischen Anträge nur, um Metternich hinzuhalten und noch fester als bisher an sich zu ketten. Noch hoffte er auf einen Umschlag des Glückes im Jahre 1813. Aber auch die Verbündeten drängten sich an Österreich mit Allianzvorschlägen heran. Letzteres geriet in eine schlimme Lage, wenn es ablehnte

und die Verbündeten ohne Kenntnis seiner Bedürfnisse sich untereinander oder gar mit Napoleon verständigten. Es blieb dann nicht nur hinter Rußland, sondern selbst hinter Preußen zurück.

Unmöglich durfte Metternich deshalb die russischen und preußischen Bündnisvorschläge ganz von der Hand weisen. Er schrieb zwei Wunschzettel, einen für den Fall des gemeinsamen Kampfes und ein Mindestprogramm. Jener richtete sich nach dem russisch-preußischen Vertrag von Kalisch, rechnete also mit der dort beschlossenen Vergrößerung Preußens, der Auflösung des Rheinbundes und Frankreichs Rheingrenze. Diesen Bedingungen entsprach, daß Österreich im Umfang von 1805 wiederhergestellt, daß Polen aufs neue zwischen den drei Großmächten geteilt würde, daß in Italien das Gebiet zwischen Etsch und Mincio sowie die Pomündung an die Habsburger fiel. Dagegen war Metternichs Mindestprogramm derart entworfen, daß seiner Ansicht nach Napoleon ruhig darauf eingehen konnte. Er hätte lediglich das sowieso verlorene Polen, das ganz entlegene Illyrien und in Deutschland die Hansstädte Hamburg und Lübeck aufgegeben, nicht aber das Königreich Italien oder den Rheinbund. In Deutschland wie in Italien hätte er eine mächtige Stellung behauptet. Metternich suchte Napoleon im persönlichen Gespräche vergeblich zur Annahme der österreichischen Vermittlung und der Mindestzugeständnisse zu überreden.

Österreich hatte für die letzteren die Verbündeten nur durch die Verpflichtung gewonnen, bei hartnäckigem Ablehnen Napoleons in den Krieg einzutreten. Von ihr konnte es nicht mehr zurück. Trotz tiefster Entmutigung, schlimmsten Zusammenbruchs, der größten Kampfesunlust der herrschenden Regierungskreise wurden dem keineswegs kriegerisch gesinnten Volk durch die natürliche Entwicklung der Dinge die Waffen aufgezwungen. Eine Warnung, sich auch auf scheinbar starke Friedensbürgschaften nicht zu verlassen!

Nunmehr vereinbarte Österreich mit den Verbündeten in Teplitz (9. Sept. 1813) die weitere Forderungsliste: Umwandlung des Rheinbundes in einen Verband souveräner Staaten, Wiederherstellung Österreichs im Umfange von 1805, Beschränkung Frankreichs auf seine natürlichen Grenzen. Napoleon hätte noch lange nach der Leipziger Schlacht das ganze linke Rheinufer behaupten können. Denn Metternich sah in einem solchen Frankreich das notwendige Gegengewicht gegen ein übermächtiges Rußland. Je tiefer jedoch die Verbündeten nach Frankreich vordrangen, je zäher sich dessen Widerstand erwies und je größer die Opfer der Verbündeten wurden, desto mehr wuchsen deren Ansprüche. Am weitesten gingen Preußen und Württemberg. Beide Könige wollten Frankreich vom ganzen Rheine, von Basel bis zur Mündung, entfernen. Der Schwabe träumte von einem Bayern ebenbürtigen Mittelstaate, der sich vom Allgäu über den Breisgau und Elsaß hinweg bis an die Grenzen Burgunds erstreckte. Preußische Politiker und Heerführer hofften, mit dem Elsaß könnten deutsche Fürsten, voran Kaiser Franz, abgefunden und als Entgelt dafür Preußen bis zur Maas vorgeschoben werden; Gneisenau wäre bereit gewesen, den Franzosen dafür das übrige Belgien zu lassen.

Solche Pläne widersprachen indessen den Wünschen der anderen Großmächte. Gerade daß Belgien nicht französisch blieb, sondern hier ein gegen Frankreich verteidigungsfähiger Mittelstaat herrschte, war Englands dringendste Sorge. Es verschaffte es daher den Holländern. Weil es aber diesen die Fähigkeit nicht zutraute, einen neuen französischen Angriff abzuwehren, verabredete es mit Preußen das Recht, bestimmte belgische Festungen in einem neuen Kriegsfall gemeinsam zu besetzen. Der Zar war der Eifrigste, um Napoleon zu entthronen und die Bourbonenherrschaft wiederherzustellen. Da durfte möglichst wenig geschehen, was König Ludwig XVIII. in den Augen des französischen Volkes schaden konnte. In Österreich wünschte wohl Stadion die alte Habsburgische Stellung am Oberrhein, namentlich den Breisgau und Elsaß, zurückzugewinnen. Aber Kaiser Franz und Metternich waren aus verschiedenen Gründen dagegen. Einmal hätten sie damit neben den italienischen Erwerbungen ihrem Staate eine unerträgliche Last aufgebürdet. Zweitens wollten sie vermeiden, daß durch allzugroßen Gebietsverlust Frankreich unnötig geschwächt, daß namentlich auch Rußland der Vorwand zu eigenen Ansprüchen geliefert würde.

Denn je weiter sich Preußen im Westen ausdehnte, desto mehr polnische Bezirke konnten russisch werden, ohne daß Preußen unter den Umfang von 1806 zurücksank. Außerdem plante der Zar, den Österreichern den Elsaß zu schenken und dafür Galizien abzunehmen. Letzteres wollte Metternich nicht verlieren und erst recht nicht gegen den schwierigen elsässischen Außenposten eintauschen.

So stürmisch deshalb die deutsche Volksmeinung die elsässischen und lothringischen Annexionswünsche unterstützte, so scheiterten sie an den Bedürfnissen Österreichs, Rußlands und Englands und an der Geschicklichkeit, mit der die Franzosen dieselben ausnutzten. Nicht einmal das ursprüngliche Vorhaben der Verbündeten wurde festgehalten, Frankreich auf den Umfang von 1792 zu beschränken. Fast auf der ganzen Linie von der flandrischen Küste bis gegen Weißenburg schob es im ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) seine Grenzen über die vorrevolutionären hinaus. Mit Mühe holte Humboldt für die Deutschen Kaiserslautern zurück; Saarbrücken und Landau, welches vor 1800 nur ganz kurze Zeit unter Ludwig XIV. den Franzosen gehört hatte, blieben in deren Händen.

Als Napoleon aus Elba nach Frankreich zurückkehrte, schien noch einmal für Preußen die Gelegenheit gekommen, die Franzosen im Westen weiter zurückzudrängen. Die Ansicht, daß der Krieg mit dem französischen Kaiser, nicht mit dem französischen Volke, geführt worden sei, ließ sich nicht mit der alten Energie aufrechterhalten, seit letzteres so rasch von Ludwig XVIII. wieder abgefallen war und dem Imperator abermals zugejubelt hatte. Auch verfehlte Napoleons Vordringen seinen Eindruck unter den Heerführern der Verbündeten nicht. War die Gefahr durch den Sieg von Waterloo auch abgewendet worden, so hatte sich doch gezeigt, daß die 1814 vereinbarten Bestimmungen Europa vor keinem neuen französischen Überfalle schützten. Gneisenau verlangte wenige Tage nach der Schlacht für Belgien die nordfranzösische Festungslinie, vor allem Lille, für Deutschland "die Festungen der Mosel und des Rheins nebst Lothringen und alles Land, dessen Flüsse sich in die Maas ergießen". Er wollte, daß Nassau, Ansbach und Bayreuth preußisch und die dortigen Herren mit Luxemburg und dem Elsaß entschädigt würden. Auch Hardenberg forderte für die Niederlande "die Plätze, die ihm Bürgschaft sein können", für Österreich den Elsaß, für Preußen "einige Festungen an der Mosel und Saar". Humboldt hielt Preußen ohne gesicherte rheinische Besitzungen für unfähig, gleichzeitig Rußland Widerstand zu leisten; "man zwingt es sonst zu einer Politik, die der Idee eines intermediären Staates und Bewahrs des allgemeinen Gleichgewichts keineswegs entspricht". Man könnte die preußischen Stimmen, welche sich ähnlich äußerten, beliebig vermehren. Ebenso regten sich in Württemberg die alten Wortführer ausgedehnter Annexionen wieder. Eine Denkschrift des Kronprinzen Wilhelm, tatsächlich wohl ein Werk Wintzingerodes, verteidigte die früheren Ansprüche mit den Worten: "Auf keinem Punkte längs der französischen Grenze von den Alpen bis zur Nordsee sind die staatlichen Grenzwälle von der Natur deutlicher gezeichnet als durch die Vogesen in Süddeutschland". Varnbüler wollte sogar wissen, daß selbst Schwarzenberg und Wellington Lille, Straßburg, Landau, Diedenhofen und Longwy von Frankreich losreißen wollten.

Nicht einmal Metternich entzog sich dem Gewichte solcher Beweggründe. In einem langen Memorandum sprach er von dem französischen Verteidigungssystem, das auf den ständig vermehrten Eroberungen beruhte, dessen Wert neuerdings durch Ursachen verstärkt worden sei, die nicht hoch genug eingeschätzt werden könnten. Er stellte der organisierten französischen Nationalverteidigung die zielbewußte Zerstörung aller festen Plätze in Deutschland und Belgien seit Ludwig XIV. gegenüber, ein Verfahren, welches mit unveränderter Beständigkeit den französischen Schutz auf Kosten aller seiner Nachbarn sichern sollte. "Die Überzeugung des französischen Volkes, daß die Kriege es nur Menschen und höchstens noch Geld kosten, aber das Privateigentum nicht verwüstet wird, daß seine Bürger nicht Gefahr laufen, dem unvermeidlichen Schrecken feindlicher Heereszufälle ausgesetzt zu sein, hat unbestreitbar mit am wirksamsten den Angriffswillen des revolutionären Regiments gestärkt". Deshalb verlangte Metternich, den Franzosen die ihm 1814 gelassenen Zugangstore zu entreißen, ihre "Festungen der ersten Linie"

entweder abzunehmen und zur Verteidigung der Nachbarstaaten zu gebrauchen oder wenigstens zu schleifen. Als das mindeste bezeichnete er Landau, um die ganz zerstörte pfälzische Grenzfestung Philippsburg zu ersetzen, die Schleifung Hüningens, die Beschränkung der Straßburger Festungswerke auf die Zitadelle. "Die Abhänge und Vorgelände von Vogesen und Jura, die ausdehnungsfähigen Festungen der zweiten Linie würden für die Franzosen noch immer einen mehr als genügenden Schutz bilden und der Mangel an süddeutschen Festungen würde noch immer den Nachbarmächten Deutschlands einen Vorsprung lassen."

Gegenüber den preußischen und württembergischen Wünschen klangen Metternichs Ansprüche freilich bescheiden. Sie bildeten einen Ausgleich zwischen seinem grundsätzlichen Widerwillen gegen jede französische Gebiets schmälerei und den als unabweislich erkannten deutschen Bedürfnissen. Wie Varnbüler richtig bemerkte, wirkten drei Gründe für Metternichs Abneigung zusammen: die Angst, daß Rußland doch noch Galizien haben wollte, der Wunsch, nicht wieder durch den Schutz Vorderösterreichs in einen Kampf mit Frankreich verwickelt zu werden, und die Besorgnis vor einer zu großen Ausdehnung der süddeutschen Staaten. Von England und Rußland war ein Verständnis für die deutschen Wünsche nach dem Elsaß und Lothringen erst recht nicht zu erwarten. Capodistria stellte sich in seiner Eingabe an den Zaren auf den Standpunkt, daß die Verbündeten ausdrücklich nur gegen Bonaparte den Krieg wieder aufgenommen, die Erhaltung des ersten Pariser Friedens als Kampfziel angegeben und Frankreich nicht als Feindesland behandelt hätten. "Es hieße von Anfang an dem Bourbonnenkönigtum den Todeskeim einzupflanzen, wenn man Ludwig XVIII. zwingen würde, in Zugeständnisse zu willigen, welche das französische Volk belehren würden, wie mißtrauisch die europäischen Mächte gegen die Dauerhaftigkeit ihrer eigenen Schöpfung sind." Englands Minister Castlereagh wäre bereit gewesen, vorübergehend einzelne französische Plätze zu besetzen; aber auch er war gegen dauernde größere Gebietsveränderungen. So entsprach der zweite Pariser Frieden im wesentlichen Metternichs Wünschen.

Unwillkürlich fragt der Historiker, welche Folgen ein anderer Ausgang der preußischen Bestrebungen gehabt hätte. Österreich wäre wieder in die Grenzschutz am Rheine eingerückt, welche seit Richelieu zu immer neuen Zusammenstößen zwischen dem Donaustaate und Frankreich geführt hatten. Ein starkes französisches Rachebedürfnis hätte sich gegen die Hofburg gekehrt. Letztere wäre weit mehr gezwungen gewesen, in Deutschland moralische Eroberungen zu machen und einen dauernden maßgebenden Einfluß zu behaupten. Die süddeutschen Staaten wären in größere Abhängigkeit vom Wiener Hofe geraten. Deutschland hätte sich viel entschiedener in eine südliche österreichische und nördliche preußische Hälfte gespalten und die kleindeutschen Bestrebungen, unter den Hohenzollern ein einiges außerösterreichisches deutsches Reich zu gründen, hätten sich entweder gar nicht oder unter viel größeren Hindernissen verwirklicht.

Man muß sich diese Wahrscheinlichkeiten vergegenwärtigen, um die Tragweite der beiden Pariser Frieden zu ermessen. Statt daß sie die Ergebnisse der österreichisch-französischen Übereinkünfte seit 1797 umstießen, setzten sie deren Tendenzen fort. Jetzt erst schied Österreich endgültig aus der durch Rudolf von Habsburg begründeten Stellung aus; nur noch schwächliche Versuche und lockere Beziehungen verbanden es mit dem Oberrhein. An einer geschichtlich wichtigen Völkerscheide trennte es deutlicher als bei irgend einer früheren Gelegenheit seine Interessen von den deutschen. Bei den Friedensschlüssen des 17. und 18. Jahrhunderts hatte es dies ungestraft tun können, weil es rechtlich im Reiche eine zu starke Stellung besaß und weil auch tatsächlich die meisten deutschen Staaten auf sein Wohlwollen angewiesen waren. Jetzt ebnete es der deutschen Vorherrschaft Preußens den Weg. So schmerzlich dem Geschlechte Gneisenaus und Steins der Verzicht auf die deutsche Westmark in diesen Jahren war, für die Ereignisse von 1866 und 1870 bildete Metternichs Entsagung und die Unlust Österreichs, im Elsaß wieder Fuß zu fassen, die notwendige Voraussetzung.

Ebenso folgenschwer wurden die Entscheidungen des Wiener Kongresses über das neue Preußen.

Vor 1806 hatten die Hohenzollern einen halb polnischen Staat mit stark nach Osten gerichteten Interessen beherrscht. Hardenberg, der aus Hannover gekommen war und in Berlin immer die allgemein deutschen Gesichtspunkte gegen die besonderen preußischen betont hatte, verwarf den Gedanken an eine abermalige derartige Belastung. Wie er schon 1807 dem Zaren einen Austausch zwischen Sachsen und dem größten Teile von Preußisch-Polen vorgeschlagen hatte, hegte er gegen Alexanders Verlangen nach dem Großherzogtum Warschau keine grundsätzlichen Bedenken. Aber damit erneuerte sich der Nachteil einer übermäßig ausgedehnten, militärisch ungeschützten Grenze und eines tiefen Einspringens fremden Gebietes in den östlichen preußischen Staat. Preußische Offiziere wendeten sich deshalb gegen allzu große Nachgiebigkeit. Boyen wollte den Staat mindestens bis zum unteren Narew erstrecken, Knesebeck gar fast die ganze Beute der letzten beiden polnischen Teilungen zurückgewinnen. Erschwert wurde die russisch-preußische Verständigung, weil niemand zuvor wissen konnte, welche Gebiete die Verbündeten im Kampfe gegen Napoleon erobern, welche deutsche Fürsten sich ihnen anschließen oder widersetzen würden. Dadurch war es unmöglich, eine bestimmte deutsche Entschädigung für Preußen auszumachen. Entsprechend blieb auch das Schicksal Polens in der Schwebe. Der Kalischer Vertrag sicherte dem Berliner Hofe nur ein zur Verbindung zwischen Westpreußen und Oberschlesien unentbehrliches Stück ohne nähere Angabe der Größe und der Lage zu.

Diese vieldeutigen Vereinbarungen nutzte Metternich aus. Er brauchte ein Preußen, welches stark gegen Rußland wurde, aber in Deutschland den österreichischen Einfluß nicht zu sehr schmälerte. Deshalb begünstigte er Preußens polnische, bekämpfte seine deutschen Erwerbungen. Sein geheimer Gedanke war, daß mindestens der ganze Weichselbogen preußisch oder österreichisch würde. Erreichte Metternich das, so beschnitt er zugleich Preußens Ansprüche in Deutschland. Namentlich behagte ihm wenig, daß Preußen ganz Sachsen gewinnen, auf dem Kamme des Erzgebirges eine starke Grenze bekommen und damit auch ohne den Erwerb Hannovers in Norddeutschland maßgebend werden sollte. Allerdings, wenn Metternich Preußen von Rußland losgerissen und an Österreichs und Englands Seite gegen Rußland in eine politisch-feindliche Stellung gebracht hätte, wäre ihm Sachsen kein zu hoher Preis gewesen. Hardenberg, welcher für ein starkes Mitteleuropa schwärmte, hätte Metternichs Vorschlag begrüßt. Aber der König bewahrte dem Zaren seine Freundschaft und die preußischen Wünsche in Polen ließen sich mit denen Alexanders vereinen. Denn da Hardenberg über die Warthelinie nicht hinausstrebte, Rußland das Gebiet westlich der Prosna preisgab, blieb nur ein schmaler Streifen längs Schlesien und Posen, außerdem freilich das von Alexander heftig begehrte Thorn, umstritten. Schließlich verzichtete der Zar auf dieses Verlangen, Preußen auf die Warthelinie.

Die preußisch-russische Einigung beeinflusste tief das gegenseitige Verhältnis der beiden deutschen Großmächte und wirkte auf die deutschen Fragen zurück. Metternich widersetzte sich jetzt ebenso sehr der Aufsaugung Sachsens wie etwaigen erneuten Gelüsten Preußens nach den alten brandenburgischen Herrschaften Ansbach und Bayreuth oder nach anderen Gebieten in Süddeutschland oder in dessen Nähe. Ganz konnte er allerdings die preußischen Ansprüche nicht ablehnen. Denn da England hinter Hannover stand und dieses nicht nur wiederherstellen, sondern sogar erweitern wollte, da ferner durch die holländischen Forderungen Preußen sich nicht bis an oder gar über die Maas ausdehnen konnte, mußte es entweder Sachsen oder ein größeres Stück am Rheine erhalten; Schwedisch-Pommern und die etwa noch verfügbaren mitteldeutschen Bezirke reichten nicht für den ihm vertragsmäßig zugesicherten Gebietsumfang aus. In der sächsischen Frage kam es nach langen Erörterungen zu einem Kompromiß: der nördliche, dünner bevölkerte, aber für Preußen militärisch wichtigere Teil wurde preußisch, der südliche seinem alten König zurückgegeben. Diese Lösung zwang aber Metternich Zugeständnisse in Westdeutschland auf. Um Preußen keinesfalls nach dem Süden vorrücken zu lassen, hatte er ihm ursprünglich nur Bezirke nördlich der Mosel bewilligt. Mit Sachsens Teilung entfiel allerdings Hardenbergs Plan, König Friedrich August in Westfalen mit Münster und Paderborn zu entschädigen. Aber auch wenn beide Stifter an Preußen kamen, wogen sie mit dessen sonstigen Gewinnen zusammen die Verluste in

Polen nicht auf. So opferte schließlich Metternich das Gebiet zwischen Mosel und Nahe mit der wichtigen Festung Koblenz. Außerdem bekam Preußen durch Wetzlar einen Vorposten fast an den Toren Frankfurts. Bis zum Ende des alten Reiches hatte der Berliner Hof seinen rheinisch-westfälischen Besitz mit anderen Augen betrachtet als den märkischen, schlesischen und preußischen. Ersterer hatte in wenig abgerundeten, verhältnismäßig kleinen Stücken bestanden und war an Macht und Reichtum nur noch ein Schatten des einstigen großen Herzogtums Jülich-Kleve-Berg gewesen. Dazu hatte er die Hohenzollern mit starken Interessen an den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts in der deutschen Westmark belastet. Den Wünschen der preußischen Staatsmänner hätte deshalb eine stärkere Konzentration des Königreichs in Mitteldeutschland entsprochen. Sie äußerten offen, daß sie den linksrheinischen Besitz weniger aus partikularistisch-preußischen als aus allgemein-deutschen Gründen antraten, daß sie ihn als ein notwendiges Übel gegen die alte, gerade hier so verderblich gewesene, Kleinstaaterei betrachteten. Überdies erreichten sie von Hannover nicht die dringend gewünschten südlichen Bezirke, welche den Kern des preußischen Staates mit der neuen Rheinprovinz verbunden hätten. Die zwei Etappenstraßen, welche Preußen nach freiem Ermessen benutzen durfte und welche teils durch Hannover, teils durch Hessen gingen, bildeten einen kümmerlichen Ersatz. Dadurch erschien dem Berliner Hofe die rheinische Stellung noch künstlicher, den ehemaligen österreichischen Niederlanden vergleichbar.

Unzufrieden und vielfach empfindlich diplomatisch gedrückt schieden die Preußen vom Wiener Kongreß. Ideal war für sie weder die polnische noch die sächsische noch die rheinische Lösung. Namentlich die beiden letzten wären niemals ausgesonnen worden, wenn nicht durch den Kalischer Vertrag der künftige preußische Umfang vorgeschrieben gewesen wäre. Aber mit Österreichs Rückzug aus Süddeutschland zusammen bedeuteten alle drei Lösungen eine wichtige Voraussetzung für die künftige Einigung Deutschlands unter Preußens Krone. Denn sehr bald zeigte sich der wesentliche Unterschied seines alten und seines neuen rheinischen Besitzes. An Stelle der früheren Splitter war eine zusammenhängende, reiche, entwicklungsfähige Provinz getreten. Aus Kleve hatte 1795 Friedrich Wilhelm II. zurückweichen können, ohne damit Preußens Gesamtstellung gefahrdrohend zu schwächen. Die provinziellen Interessen der Rheinländer nach allen Richtungen zu schützen und aufrechtzuerhalten, wurde bald eine Lebensfrage des preußischen Staates. Aber auch in der Mitte und im Osten war dessen Gebiet abgerundeter und geschlossener geworden. Der Pfahl im Fleische, welchen Schwedisch-Pommern gebildet, welcher den Königen so hohe militärische Opfer gekostet hatte, war beseitigt. Weit leichter als ehemals konnte eine einheitliche Wirtschafts- und Zollpolitik betrieben werden.

Neue politische Lebensaufgaben waren Preußen vorgezeichnet. Weit mehr als in seiner früheren Gestalt bedurfte es jetzt nach Bismarcks Zeugnis der Vorherrschaft über Norddeutschland in irgendwelcher Form.

Abgeschlossen wurde die Zeit der Napoleonischen Kriege durch die von Alexander eigenhändig entworfene heilige Allianz. Sie enthielt keine praktischen Bestimmungen, sondern nur grundsätzliche Richtschnuren. Der Zar, Kaiser Franz und Friedrich Wilhelm III. versprachen, sich als durch unauflösliche brüderliche Bande geeint anzusehen, bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte Beistand und Hilfe zu leisten, wie rechte Hausvater ihre Untertanen und Truppen zu behandeln und sich stets zu erinnern, daß sie Glieder einer einzigen christlichen Familie wären. Äußere Kriege und innere Revolutionen sollten bei dieser Gesinnung der Monarchen künftig ausgeschlossen sein. Alle Mächte, welche ihr beipflichteten, wurden zu diesem ewigen Freundschaftsbunde eingeladen.

Tatsächlich wurde der europäische Friede nicht durch solche Phantasien aufrechterhalten, sondern durch die gesamten politischen Voraussetzungen und durch die gemeinsamen Interessen der in den verschiedenen Staaten herrschenden Faktoren. Frankreich ging zwar sehr geschwächt, aber noch immer als eine ansehnliche Macht mit einem fortdauernden Wohlstande seiner Bevölkerung aus dem Kriege hervor. An eine baldige Erneuerung seiner alten Eroberungszüge konnte es freilich

nicht denken, zumal es genug innere Sorgen hatte; andererseits wurde es von keiner Seite bedroht. Rußland wandte sich dem Oriente zu, England erlebte schwere innere Wirtschaftskrisen, Österreich und Preußen hatten keine Bedürfnisse, die zum Kriege drängten, Italien hing ganz von der Hofburg ab. Noch wichtiger war, daß die führenden Männer verschiedener miteinander wetteifernder Staaten, die französischen Bourbonen so gut wie der Wiener Hof und der König von Preußen, für ihre Stellung fürchteten, wenn Europa aufs neue erschüttert wurde. Sie waren entschlossen, jede auftauchende Frage nach ihren übereinstimmenden friedensbedürftigen Interessen gemeinsam zu behandeln und zu keiner empfindlichen Störung des europäischen Gleichgewichts oder der innerstaatlichen Ruhe auswachsen zu lassen.

Die lange Friedensdauer vom Wiener Kongreß bis zu den Märztagen darf uns aber nicht zum Glauben verleiten, daß der politische Himmel lange wolkenlos geblieben wäre. Obgleich Frankreich durch den Jahrzehnte währenden Krieg tief erschöpft war, regten sich die alten Eroberungsgelüste bald wieder. Als 1822 auf dem Kongreß in Verona die ersten Anzeichen eines Auseinandergehens der früheren Feinde Napoleons sichtbar wurden, begannen die französischen Bestrebungen, durch Freundschaft mit Rußland wieder zu den natürlichen Grenzen zu kommen. Anfangs war das noch eine Privatmeinung Chateaubriands. Aber die nächste Zeit sah die orientalischen Wirren und die dabei abweichenden Wünsche der europäischen Großmächte. Nunmehr entwarf Chateaubriand auf Verlangen des auswärtigen Ministers eine Denkschrift, in welcher er der russischen Sehnsucht nach Konstantinopel Rechnung trug und für Frankreich eine Entschädigung an anderer Stelle empfahl. "Wir wollen die Rheinlinie von Straßburg bis Köln haben. Das sind unsere gerechten Ansprüche." Bald darauf äußerte er in Rom zum dortigen holländischen Gesandten offen: "Kein französisches Ministerium kann sich halten, das nicht Frankreich die natürliche Rheingrenze wiedergibt." Tatsächlich waren solche Ansichten in den verschiedensten Parteikreisen der Pariser Gesellschaft geläufig. Palmerston meldete nach Hause, wie entschieden die Rheingrenze als unentbehrlich bezeichnet wurde. General Richemont nannte sie "das beständige Ziel unserer Anstrengungen, unsere ganze Politik, unsere ganze Zukunft, das Pfand unserer Ruhe und der Ruhe Europas". Der neue Ministerpräsident Fürst Polignac glaubte über die innerpolitischen Schwierigkeiten durch kühne auswärtige Plane hinwegzukommen. Zweifelhaft blieb nur, ob zunächst Brüssel und Antwerpen oder die preußische Rheinprovinz gewonnen werden sollte. 1829 schlug Polignac das erstere Ziel dem Zaren Nikolai vor; 1830 riet er König Karl X., Preußen einen Tausch zwischen dem linken Rheinufer und Holland anzubieten. Er hätte die ganze europäische Landkarte verändert, um für Frankreich die gewünschte Korrektur des Pariser Friedens herauszuschlagen und den jetzigen Besitzern die Opfer zu erleichtern. Die Lage wäre vielleicht ohne den Sturz der Bourbonen kritisch geworden.



Die Friedensschlüsse von 1866

Nach dem Wiener Kongreß war das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Großmächten wesentlich besser als während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Zwar wurde auch jetzt noch gelegentlich die österreichische Eifersucht auf gewonnene oder angestrebte preußische Vorteile geweckt. Aber starke Beweggründe sprachen für die Verständigung. Nicht bloß österreichische Hof- und Adelskreise, sondern auch liberale Politiker glaubten, daß der alte habsburgische Hausstaat nur absolutistisch regiert werden konnte. Kaiser Franz und Metternich suchten ihm deshalb alle Gefahren konstitutioneller Erschütterungen fernzuhalten. Von zwei Herden konnte der Funke leicht nach Österreich hinüberspringen: aus Italien und aus Deutschland. In Italien ließ der vorherrschende habsburgische Einfluß in den Regierungsschichten der selbständigen Staaten, auch wenn sie nicht schon von sich aus gleichgesinnt waren, keine entgegengesetzte zielbewußte Richtung aufkommen. In Deutschland bedurfte Metternich des Einvernehmens mit Preußen. Denn gab sich dieses nach süddeutschen Vorbildern eine Verfassung, so ließen sich ähnliche Forderungen in Österreich nicht

mehr zurückhalten. Auch hätte ein preußischer Verfassungsstaat in Deutschland moralische Eroberungen gemacht. Um das zu verhüten, hielt der Wiener Hof den Berliner von konstitutionellen Versuchen zurück und stellte sich mit ihm möglichst gut. Das führte außer kleinen gegenseitigen Freundschaftsdiensten dazu, daß die beiden Großmächte sich erst in wichtigen Fragen verständigten und dann das übrige Deutschland zur mehr oder minder unfreiwilligen Zustimmung nötigten. Unterstützt wurde diese österreichische Politik durch den Mangel des Berliner Hofes an tatkräftiger Initiative. Für den Ausbau der Bundesverfassung, welcher leicht zu Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen hätte führen können, geschah zu Lebzeiten Friedrich Wilhelms III. fast nichts. Damals lag ein österreichisch-preußischer Zusammenstoß in weiter Ferne.

Persönlich hing Friedrich Wilhelm IV. am Wiener Hofe eher noch inniger als sein Vater. Aber er trug durch sein Liebäugeln mit der öffentlichen Meinung ein unruhiges, mißtrauenerregendes Element in die preußische Politik. Er wollte gleichzeitig den liberalen Wünschen nach aktiver staatlicher Mitwirkung des Bürgertums, wenn auch schüchtern und allmählich, entgegenkommen und den Deutschen Bund handlungsfähiger machen; den romantischen Träumen von einem wiedererstarkenden deutschen Reiche war er zugänglich. Obwohl er alles im Einvernehmen mit Österreich tun wollte, vertieften sich die sachlichen Gegensätze. Als durch die Ereignisse von 1848 der König über seine Richtlinien hinausgetrieben wurde, enthüllten sich die Konfliktskeime erschreckend deutlich. Das begehrte Reich ließ sich nur gründen, wenn entweder Österreich ganz ausschied oder wenn es in zwei lediglich durch eine lose Personalunion zusammengehaltene Teile zerfiel, einen seiner deutschen Staaten, welcher der Reichsverfassung unterworfen war, und einen außerdeutschen, welcher, selbständig regiert, eigenen Gesetzen und außenpolitischen Zielen folgte. Österreich hätte dann entweder auf eine Jahrhunderte alte, allerdings schon stark untergrabene Stellung verzichtet oder als Großmacht abgedankt.

Der 1850 dicht bevorstehende Krieg wurde vermieden, weil Preußen im Olmützer Übereinkommen die deutschen Pläne aufgab und zur Bundesverfassung zurückkehrte. Bismarck hoffte damals auf völlige Entspannung der Lage. Er sah nicht ein, welche Lebensinteressen Preußen zwangen, den österreichischen Einfluß in Süddeutschland zu lähmen, und warum umgekehrt Österreich nicht das preußische Übergewicht im Norden anerkennen konnte. Gestanden sich beide Mächte ehrlich und gegenseitig diese Ansprüche zu, so war ihr inniges Zusammengehen ermöglicht, ja geboten. Alsdann ließ sich Bismarcks Verlangen erfüllen, daß in Deutschland nichts ohne Preußens Einwilligung geschehe, "daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher, unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde".

Die Voraussetzung dieser ganzen Ansichten Bismarcks war, daß Österreich sich auf den Boden seiner persönlichen Auffassung stellte. Aber dieses fürchtete eine Wiederkehr der deutschen Pläne von Friedrich Wilhelm IV. und Radowitz und trachtete ihr durch zielbewußte Schwächung des preußischen Einflusses in ganz Deutschland vorzubeugen. Gerade die norddeutschen Elemente, welche nach Bismarcks Meinung unter die preußische Botmäßigkeit gehörten, sich aber ihr zu entziehen strebten, ermunterte und unterstützte die Hofburg. Bismarck war einer der Ersten, welcher die Unmöglichkeit durchschaute, sich mit einem derart gesinnten Österreich dauernd friedlich zu vertragen.

Jetzt dachte er nicht mehr wie ehemals an eine Teilung Deutschlands in einen nördlichen preußischen und einen südlichen österreichischen Machtbereich. Sonst hätte die Hofburg ein wichtiges Feld der preußenfeindlichen Propaganda unangefochten behalten. Außerdem waren gegen die mittelstaatlichen Regierungen, welche infolge ihrer Erfahrungen während der Märztage ebenfalls Preußen mißtrauten, Bismarcks natürliche Bundesgenossen die starken liberalen Oppositionen jener Länder. Diese Bundesgenossen wünschten die Mainlinie zu überbrücken, nicht zu vertiefen. Wie deshalb die österreichische Diplomatie vor 1866 in Norddeutschland gegen

Preußen arbeitete, suchte Bismarck, namentlich als Frankfurter Bundestagsgesandter, in Süddeutschland Boden zu gewinnen.

Dennoch wurden 1866 seine Kriegsziele noch nicht uferlos. Wohl überschritt er nach den großen Waffenerfolgen sein ursprüngliches Programm. Aber was er mehr verlangte, sollte seine von vornherein begehrte Stellung besser sichern, keine davon abweichende neue und größere begründen. Selbstverständlich war für ihn schon vor dem Kriege als Siegespreis das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland gewesen. Sonst hatte er bisher nur beansprucht, daß Preußen Österreichs orientalische und italienische Interessen nicht zu unterstützen brauche. Diese Grundlage strebte Bismarck 1866 klar festzustellen. Er wollte nicht wieder das Schicksal Friedrichs des Großen teilen, welcher fast zwei Menschenalter hindurch ängstlich jeden drohenden Machtzuwachs Österreichs abgewehrt hatte, nur, um sich nicht mit verschlechtertem Kräfteverhältnisse verteidigen zu müssen. Österreich sollte im Osten für seinen verlorenen deutschen Einfluß reichlich entschädigt und von Preußen darin nicht gehindert, wenn auch nicht uneigennützig gefördert werden. Im außerösterreichischen Deutschland bestanden für Bismarck zwischen Nord und Süd noch immer starke Unterschiede. Den Norden sollte Preußen fest in seiner Gewalt haben. Deshalb wurden erstens die übrigen norddeutschen Staaten einer neuen strafferen Bundesverfassung unterworfen, welche ihnen für die äußere Politik keine freie Hand mehr ließ, das Militär dem preußischen Oberbefehl unterstellte und wesentlich nur in Kultus, Justiz und Verwaltung Selbständigkeit gewährte. Zweitens wünschte er den unmittelbaren preußischen Landbesitz in Norddeutschland auszudehnen. Schon 1850 hatte er Gerlach Friedrichs des Großen gesunde Eroberungspolitik als Muster empfohlen und in der Olmütztrede vom 3. Dez. 1850 Ähnliches angedeutet. Seitdem hören wir, abgesehen von Schleswig-Holstein, nichts mehr über dergleichen Pläne Bismarcks. Aber als der Krieg gewonnen war, wollte Bismarck durch 4 Millionen neuer Untertanen Preußens Übergewicht in Norddeutschland selbst ohne Bundesverfassung verbürgen. Rheinland-Westfalen durfte mit dem übrigen preußischen Staate nicht mehr durch Etappenstraßen verbunden bleiben, sondern mußte mit ihm künftig geographisch fest zusammenhängen. Während Bismarck für Norddeutschland jeden nichtpreußischen politischen Willen in allen Kardinalfragen ausschloß, brauchte er die süddeutschen Staaten nur zum herannahenden preußisch-französischen Kriege. Hier kamen ihm aber schon die übereinstimmenden Interessen, ja die Tatsache zu Hilfe, daß die Südstaaten bei einem französischen Vordringen weit mehr auf Preußen angewiesen waren als umgekehrt.

Aus diesen Überlegungen Bismarcks folgten 1866 drei Friedensziele. Erstens sollte Österreich außer Venetien kein Gebiet verlieren, auch nur geringe Kriegskosten zahlen und so sich leichter aussöhnen. Zweitens durfte in Süddeutschland kein Rachegefühl das gewünschte Zusammengehen gegen Frankreich unnötig erschweren. Bismarck benutzte die Pläne anderer preußischer Männer, auch in Süddeutschland Eroberungen zu machen, bloß, um ein Verteidigungsbündnis mit Preußen gegen Frankreich als geringeres Übel hinzustellen. Drittens nahm Bismarck zu den norddeutschen Annexionswünschen eine freiere Stellung ein. Außer Sachsen, welches die preußischen Heerführer aus alteingewurzelten militärischen Gründen forderten, kam namentlich Hannover, Kurhessen, Oberhessen, Nassau ganz oder teilweise in Frage. Zweifelhaft war, ob zweckmäßiger ganze Staaten erworben wurden oder möglichst viele, aber jeder verkleinert, bestehen blieben. Der Streit wurde dadurch entschieden, daß Österreich die vollständige Erhaltung Sachsens durchsetzte und ohne ganz Hannover, Kurhessen und Nassau Preußens angestrebter Einwohnerzuwachs von 4 Millionen nicht erreicht wurden wäre. Bismarck, welcher jederzeit lieber ganze Staatsgebiete gewonnen als alle Staaten zerstückelt hätte, verwirklichte somit ein Ziel, welches er zwar bevorzugt, aber nie als Lebensfrage angesehen hatte.

So klar und natürlich uns diese Erwägungen heute dünken, damals setzte sie Bismarck im königlichen Hauptquartier nur nach heißen Kämpfen durch. Wilhelm I. mochte aus Gerechtigkeitsgefühl nicht den einen Feind völlig schonen, den anderen ganz berauben. Überdies

hatte er gegen Österreich und Süddeutschland hohenzollernsche Familienwünsche. Gerade die schlesischen Bezirke Troppau und Jägerndorf, auf welche Friedrich der Große die besten Erbensprüche besessen hatte, waren österreichisch geblieben und die alten brandenburgischen Stammlande Ansbach und Bayreuth an Bayern gekommen. Zu Sachsen und dem Fichtelgebirge gehörte, zumal beim noch unvollkommenen Ausbau des Eisenbahnnetzes, auch der einspringende Winkel des Egerer Landes mit Karlsbad.

Indes hätte Österreichisch-Schlesien zwar alte hohenzollernsche Hausforderungen befriedigt, war aber gewiß keine Lebensfrage des preußischen Staates; Eger und Karlsbad entfielen von selbst, als Sachsen nicht mehr preußisch werden sollte. Bismarck hätte also durch nebensächliche Wünsche die künftige Freundschaft mit Österreich überflüssig, ohne greifbare bedeutende Gegenvorteile Preußens, erschwert. Namentlich aber gefährdeten diese Pläne die ganzen Kriegserfolge. Obgleich die Preußen vor Wien standen, vermochte Österreich noch hartnäckigen Widerstand in Ungarn zu leisten. Die Preußen durften dem Feinde dorthin nicht unbesorgt mit aller Kraft folgen, sondern gerieten in eine bedrängte Lage, wenn sich Rußland oder Frankreich einmischte. Nachdem Bismarck sein Hauptziel im Kampfe um Deutschlands Vorherrschaft erreicht hatte, hätte er durch untergeordnete weitere Ansprüche den gesamten Gewinn aufs Spiel gesetzt.

Ebenso unzweckmäßig waren vom Standpunkte der preußischen Staatsinteressen aus die süddeutschen Forderungen Wilhelms I. Sie hätten dort Preußens Stellung geschwächt, statt verbessert. Der unmittelbare Landzuwachs hätte den Münchner Hof verärgert und auf das übrige Süddeutschland zurückgewirkt. Davor scheute Bismarck angesichts der drohenden französischen Gefahr zurück.

Auf 1866 folgte der Zusammenschluß Deutschlands und das deutsch-österreichische Bündnis. Aber hätten nur die Gefühle derjenigen Kreise entschieden, mit welchen Bismarck 1866 den Frieden vereinbarte, so hätte seine Mäßigung nicht die erwarteten Früchte getragen. Lediglich Ursachen, welche sich 1866 erst andeuteten, hatten diese Folgen.

Bekannt sind die Bündnisverhandlungen zwischen Frankreich, Österreich und Italien vor dem Kriege von 1870. Beust und die österreichischen Heerführer huldigten dem Rachedgedanken und wollten zur gegebenen Zeit im Verein mit Napoleon und Viktor Emanuel gegen Preußen losschlagen. Auch Kaiser Franz Josef stand persönlich diesen Plänen nicht fern. Als der Wiener Hof durch die sich überstürzenden Ereignisse in den Julitagen 1870 unvorbereitet angetroffen wurde, suchte er Napoleon vorläufig noch zurückzuhalten. Obgleich das nicht gelang, hielt er anfangs trotzdem die Neutralität durchaus nicht für unbedingt nötig. Wir wissen heute aus Wertheimers Andrassybiographie, daß im entscheidenden Kronrate, an welchem der Kaiser, Erzherzog Albrecht, die beiden Ministerpräsidenten und die drei gemeinschaftlichen Minister teilnahmen, Andrassy anfangs so gut wie allein stand. Neben der Unmöglichkeit, bald in den deutsch-französischen Krieg einzutreten, haben die energisch geltend gemachten ungarischen Sonderinteressen und die Schnelligkeit der preußischen Siege schließlich in Österreich den Ausschlag gegeben. Keinesfalls hat aber die Erinnerung daran, daß Österreich 1866 keine Provinzen abgetreten, irgendwelche Rolle gespielt. Im Gegenteil hätte sich Österreich gerade mit demjenigen Feinde von 1866, welcher ihm nicht durch eigene Kraft, sondern durch fremde Hilfe fruchtbares Land entrissen, gegen Preußen vereinigt. Diese Bestrebungen fallen um so mehr ins Gewicht, weil es das einzige Mal in Franz Josefs langer Regierung war, wo dieser nicht durch den Zwang der Lage getrieben, sondern aus freier Überzeugung dem Gedanken eines Krieges nicht abhold war.

Auch Bismarcks süddeutsche Rechnung wäre trotz der geschlossenen Bündnisverträge beinahe fehlgeschlagen. Nach den Mitteilungen Béla Orczys hätten noch wenige Tage vor der Kriegserklärung Bayern und Württemberg dem Wiener Hofe versichert, daß sie keine Veranlassung hätten, sich am Kampfe zu beteiligen. In München verweigerte die ultramontane Partei die

Mitwirkung am Kriege bis ganz kurz vor Toresschluß und fand auch in der königlichen Familie lebhaften Beifall. Am württembergischen Hofe wurden ebenfalls starke Einflüsse für Neutralität geübt. Was zuletzt in beiden Ländern die Entscheidung über Krieg und Frieden herbeiführte, war hauptsächlich der offenkundige Eindruck, daß der Charakter eines Verteidigungskrieges und darum der Bündnisfall unzweifelhaft gegeben sei, und war in Verbindung damit der bestimmte starke Wille weiter bayrischer und württembergischer Volkskreise. Aber es bedurfte eben eines so außergewöhnlich günstigen Kriegsanlasses und seiner Volkswirkung, um Bismarcks Hoffnungen, die sich außer der Vertragstreue auf die Gemeinsamkeit der Interessen gründeten, zu bestätigen.

Wir stoßen hier auf eine Schranke in Bismarcks staatsmännischem Können, vielleicht überhaupt im Vermögen jedes Politikers. Wie er 1848–50 an eine weitgehende Übereinstimmung der preußischen und österreichischen Bedürfnisse, an die leichte Vereinbarkeit ihrer Gegensätze geglaubt hatte, wie er am 6. Februar 1888 die Vereinbarungen mit Italien als "Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und Gefahren" bezeichnete und sie deshalb "fest, haltbar und dauerhaft" erachtete, so beherrschten ihn bei den Friedensschlüssen von 1866 die gleichen Erwägungen. Solche Erwartungen können sich aber nur erfüllen, wenn der andere Teil denselben nüchternen, auf das Zweckmäßige und Erreichbare konzentrierten Gesichtspunkten folgt. Das ist bei den Österreichern nach den Märztagen, bei den Italienern in den letzten 10–15 Jahren nicht der Fall gewesen; andere Ziele, die außerhalb des unbedingt Notwendigen lagen, aber der ganzen Gefühlswelt mehr entsprachen, haben beide Male die praktischen Motive zurückgedrängt. Solche Abweichungen von der scheinbar natürlichen Bahn vermag der fremde Staatsmann wahrzunehmen und zu berücksichtigen, aber selten vollständig und dauernd zu meistern.



Der Frankfurter Friede

[Scriptorium merkt an: 1871]

So lange die Bourbonen über Frankreich herrschten, war wohl die Hoffnung auf die Revision des Pariser Friedens niemals verstummt, aber weniger an einen neuen Krieg als an unblutige Länderschiebungen gedacht worden. Als jedoch nach der Julirevolution die Trikolore wieder zur Nationalfarbe wurde, erwachte aufs neue die Erinnerung an die unter ihr erfochtenen Siege. Die Pariser Presse warf dem gestürzten Königshause vor, daß es in den Bagagewagen der Fremden nach Frankreich zurückgekehrt sei. Sie zog zwischen diesen Anschauungen und dem neuen Volksgeist einen breiten Strich. Der *National* äußerte unverblümt die Notwendigkeit eines neuen Krieges. "Frankreich", hieß es dort, "ist nicht glücklich, so lange es noch eine Spur der Verstümmelungen trägt, die ihm demütigende Verträge zugefügt haben, so lange uns der Wachtruf der heiligen Allianz hinter den Pyrenäen und den Alpen, von den Bergen der Schweiz bis zur Mündung des Rheines bedroht." Derart kriegslustig war schon 15 Jahre nach den furchtbarsten Kampfeindrücken die hauptstädtische Stimmung.

König Ludwig Philipp ließ sich allerdings von ihr nicht hinreißen. Als Geschäftsmann scheute er waghalsige Abenteuer. Ebenso wußte er, daß er bei einem unglücklichen Kriege um den Thron spielte. Andererseits belehrten ihn fortgesetzte Unruhen und wiederholte Mordversuche über seine schwankende Lage. Er konnte den ihm unbequemen Volks- und Zeitungsmeinungen die Spitze bieten, so lange er gewisse äußere Erfolge hatte; so hatte er zwar Belgien nicht mit Frankreich wieder vereinigt, immerhin die holländische Schöpfung des Wiener Kongresses zertrümmern und einen neutralen Staat, welcher sich naturgemäß an den französischen Nachbar anlehnte, entstehen lassen helfen. Indessen erlebte die Regierung Ende der dreißiger Jahre eine Niederlage in der orientalischen Frage. Da Thiers mit England keinen Krieg anzetteln konnte, lenkte er die patriotischen Ansprüche auf Preußen und Österreich ab. Das ganze linke Rheinufer wurde wieder der französische Schlachtruf. Mit Mühe beseitigte Ludwig Philipp durch einen Ministerwechsel die Kriegsgefahr.

Drückender als den Bourbonen und Orleans erschienen Napoleon III. die Fesseln der Wiener Kongreßbeschlüsse. Anfangs trieb ihn freilich sein Ehrgeiz in eine andere Richtung. Für seinen Oheim war die Hauptstätte seines Ruhmes Italien gewesen; von hier hatte er das Haus Habsburg vertrieben und hier hatte er seinen europäischen Einfluß zuerst begründet. Den Neffen schmerzte es, daß gerade dieses Werk vom Wiener Kongresse vernichtet worden war. Fester als je herrschte seit 1815 Österreich über die ganze Halbinsel, während durch den zweiten Pariser Frieden Frankreich noch die letzten, ihm 1814 verbliebenen Stützpunkte verloren hatte. Eine kräftige italienische Nationalbewegung, welche sich dem fremden österreichischen Regimente widersetzte, kam Napoleon zu Hilfe und trieb ihn andererseits vorwärts. So galt er gleichzeitig als Befreier und als Rächer französischer Einbußen. Denn falls Österreich zurückgedrängt wurde, schien Piemont-Sardinien zu schwach, um das französische Übergewicht zu brechen. Eine wertvolle Grenzberichtigung und eine französische Garnison in Rom unterstützte Napoleons Verlangen nach indirektem maßgebenden Einflusse auf die Italiener. Man darf solche Schritte nicht wie Sybel als Halbheit, als "falsche Nachgiebigkeit gegen die altfranzösischen Traditionen" und als "Verfälschung eigener napoleonischer Gedanken" betrachten. Dem Neffen des Siegers von Marengo erschienen die Kräftigung des italienischen Nationalgeistes und die politische Hegemonie Frankreichs auf der Halbinsel als eng zusammengehörige Ziele. Zug um Zug wünschte er gleichzeitig die Österreicher aus Italien zu vertreiben und die eigene Autorität zu befestigen. Diesem Gedankenkreis war 1859 die Einverleibung Savoyens und Nizzas gegen die Zuwendung der Lombardei an Viktor Emanuel, war 1866 die französische Vermittlung der Abtretung Venetiens entsprungen. Aus denselben Gründen wurde in den sechziger Jahren erwogen, daß, wenn je ohne französisches Einvernehmen Rom zu Italien kommen würde, dafür Piemont westlich der Sesia französisch werden sollte.

Dem gegenüber hatte sich Napoleon um die deutschen Dinge wenig bekümmert. Österreich, welches er nach französischem Herkommen als natürlichen Feind seines Volkes betrachtete, besaß nördlich der Alpen keine Stellungen mehr, welche ihm durch die französischen Waffen zu entreißen waren. Die Preußen behandelte Napoleon vor 1866 mit Wohlwollen und förderte sie, um sie an sich zu ketten und gelegentlich auszuspielen. Wichtig war ihm vor allem, daß beide Großmächte nicht zu eng befreundet wurden. Den Ausbruch des Krieges von 1866 sah er nicht ungern.

Den Verlauf hatte er sich aber ganz anders vorgestellt. Er hatte Österreich für den stärkeren Teil gehalten und darauf seine Pläne gebaut. Der österreichisch-französische Vertrag vom 12. Juni 1866 verfolgte einen doppelten Zweck. Einmal sollte, auch wenn Österreich Sieger blieb, Venetien italienisch werden. Zweitens wollte Napoleon in diesem Falle das Haus Habsburg nicht in Deutschland zu mächtig werden lassen. Er überließ ihm Schlesien, gestattete ihm aber sonst keinen Gebietszuwachs ohne französisches Einvernehmen, mit anderen Worten, ohne geeignete französische Entschädigungen. Als Gedanke tauchte ein aus der Rheinprovinz gebildeter französischer Vasallenstaat auf. Die österreichischen Unterhändler, welche Napoleons Unterstützung am Vorabend des Krieges anriefen, schlugen derartiges selbst vor.

Durch Königgrätz zerrannen diese ganzen Projekte. Nicht nur hatte Napoleon auf die falsche Karte gesetzt, sondern sah nicht einmal seine Erwartung erfüllt, daß die beiden Großmächte sich annähernd die Wage gehalten und sich gegenseitig stark geschwächt hatten. Ein langjähriger Bundesgenosse der französischen Politik, die eigene deutsche Uneinigkeit, drohte zu entschwinden. Bismarck wäre an sich für eine gütliche Verständigung mit Napoleon zu haben gewesen. Nur durfte er kein deutsches Gebiet opfern, ohne das Vertrauen der Nation, welches er sich erst erwerben mußte, zu gefährden. Gegen die Angliederung Belgiens oder Luxemburgs an Frankreich hatte er nichts einzuwenden, aber keinen Anlaß, sie zu fördern. Damit entfiel auch dieser Ausweg. Frankreich mußte also ohne eigenen Gewinn die Erstarkung Preußens und den wesentlichen Fortschritt der deutschen Einheit zulassen. Es empfand den Kriegsausgang als eine nationale Niederlage.

Hierdurch vollzog sich in den französischen Volksansichten eine folgenschwere Wendung. Seit dem Mittelalter war in Paris das Haus Habsburg als der eigentliche Feind, jeder Gegner desselben als natürlicher Bundesgenosse betrachtet worden. Preußen hatte zwar ebenfalls vielfach mit Frankreich gekämpft; letzteres hatte darin aber mehr eine Reichstreue als einen gegebenen Interessen- und Gefühlsgegensatz erblickt. Wie tief diese Meinung im Volke gewurzelt hatte, das hatte sich in den französischen Revolutionstagen erwiesen. Damals war die Absage an die Politik Ludwigs XV. und das Begräbnis des österreichisch-französischen Bundes von 1756 als Befreiung aus einem unnatürlichen Zwange begrüßt worden. Mit dieser Auffassung war es seit 1866 vorbei. Zwischen Wien und Paris schien die Rechnung beglichen, im Gegenteil Österreich eine zweckmäßige Stütze gegen das drohende Übergewicht Preußens. Die Hohenzollern rückten in die Rolle der Habsburger als Frankreichs natürliche Widersacher ein. Wie vorher der Kaiserhof, galt jetzt das preußische Königshaus als die schlimmste Schranke für Frankreichs Nationalverlangen, in Deutschland das entscheidende Wort zu führen. Der preußisch-französische Krieg war 1866 nur eine Frage kurzer Zeit.

Über die französischen Eroberungsziele konnten 1870 die maßgebenden Männer Preußens nicht im Zweifel sein. Als 1840 Thiers unverblümt das linke Rheinufer für Frankreich gefordert hatte, war aus Moltkes Feder ein Aufsatz über die westliche Grenzfrage in der *Deutschen Vierteljahrsschrift* (1841) erschienen. Dort hatte er den Satz "die Rheingrenze muß eine Wahrheit werden" "das Thema für die Zukunft Frankreichs" genannt und gesagt: "Wenn nun auch zunächst Friede bleibt, so wird doch die jüngere Generation in Frankreich im Glauben erzogen, sie habe ein heiliges Recht auf den Rhein und die Mission, ihn bei der ersten Gelegenheit zur Grenze Frankreichs zu machen." Seine geschichtlichen Betrachtungen hatte er mit den Worten geschlossen: "Wir glauben gezeigt zu haben, daß Frankreich nicht den geringsten rechtlichen Anspruch auf die Rheingrenze hat. Aber wir wissen auch sehr wohl, daß alles, was man den Franzosen darüber sagt, in den Wind geredet ist. Sie wollen nicht hören. Je klarer alle Zeugnisse der Geschichte und Natur und alle Gründe der Vernunft und Moral gegen sie sprechen, um so weniger wollen sie davon hören." Dieselbe Meinung äußerte Prinz Friedrich Karl achtzehn Jahre später in seiner Denkschrift vom 21. Februar 1859: "Wir erachten das linke Rheinufer für gefährdet, sobald Frankreichs Macht noch mehr zunimmt, als es unter dem jetzigen Beherrscher bereits geschehen ist." Gerade die Ansicht Moltkes, des Prinzen Friedrich Karl und anderer, daß Napoleon III. nach seinem Siege über die Österreicher sich gegen die Preußen wenden, daß abermals wie nach der Habsburgischen Niederlage von 1805 ein preußisches Jena folgen könnte, trug 1859 wesentlich zur Auffassung des Berliner Hofes bei, daß er entgegen Bismarcks Vorschlägen Österreich gegen Napoleon nicht im Stiche lassen dürfe. Und als 1863 wegen der polnischen Verhältnisse abermals sich der Himmel trübte, sagte Moltke: "Der Sympathiekrieg gegen Rußland für Wiederherstellung Polens ist einfach ein Krieg gegen Preußen zur Eroberung des Rheins." Er wußte, daß diese "langersehnte Annexion" notwendig auch den Erwerb Belgiens nach sich ziehen mußte.

Die französischen Angriffsabsichten, welche seit Jahrzehnten bekannt waren, bestimmten nun auch die preußischen Kriegsziele schon bald nach den ersten Waffenerfolgen. Wie Gneisenau und andere Landsleute schon in den Freiheitskriegen auf den Oberrhein gewiesen, hatte Moltke bereits 1841 es als einen Fehler bezeichnet, Frankreich "den Besitz deutscher Provinzen und einen so wichtigen militärisch-politischen Vorposten wie Straßburg zu belassen". Noch deutlicher offenbarte sich dieser Mangel 1859 beim Herannahen des italienischen Krieges. Während der Große Generalstab die Front der preußischen Rheinlinie wegen der Entfremdung zwischen Frankreich und Belgien für stark hielt, hegte er Besorgnis für die linke Flanke, falls die Franzosen von Südwesten her den Main erreichten. Schon damals enthüllte Moltke seine militärischen Annexionspläne: "Die einzige, dauernd zu behauptende Eroberung in Frankreich würden die alten deutschen Provinzen Lothringen und Elsaß mit einer noch deutschen, wenn auch für jetzt entschieden französisch gesinnten Bevölkerung sein. Frankreich und Deutschland erlangen dadurch ihre wirklich natürliche Grenze, die Vogesen." Er nannte Straßburg und Metz "Plätze, die für eine künftige Sicherung Deutschlands

unentbehrlich sind". Metz, das linksrheinische Hessen und die Rheinpfalz sollten preußisch, Elsaß Austauschgebiet für Bayern und Hessen, Straßburg Bundesfestung werden.

Moltke beanspruchte diese Gegenden lediglich aus militärischen Gründen. Den nationalen Gesichtspunkt, daß sie von Deutschen bevölkert waren, zog er nur zur besseren Unterstützung seiner Vorschläge heran. Auch Bismarck hat sich wiederholt und zu ganz verschiedenen Zeiten dahin ausgesprochen, daß er Elsaß und Lothringen nicht wegen seiner Einwohner, sondern zur Sicherung Deutschlands gewonnen habe. 1870 scherzte er über diejenigen, welche sich von ideell-nationalen Beweggründen leiten ließen.

Der Entschluß, Elsaß und Lothringen zu behalten, stand 1870 schon nach den ersten Siegen fest. Nach Poschingers Tischgesprächen erklärte Bismarck bereits am 13. August seine feste Absicht. In den nächsten Tagen wurden die ersten derartigen Nachrichten in die Presse lanciert. Zu den Motiven, welche Bismarck bestimmten, gehörte bezeichnenderweise auch die Anschauung, daß sich 1866 der Verzicht auf österreichische Gebietsabtretungen nicht gelohnt und die Rachegefühle des Wiener Hofes nicht verhütet hätte. Durchschlagend aber war das Bedürfnis, "dem Drucke, den Frankreich seit zwei Jahrhunderten auf Süddeutschland übt, ein Ende zu machen, zumal dieser Druck zur Zerrüttung der deutschen Verhältnisse überhaupt in dieser Zeit ganz wesentlich beigetragen hat. Baden, Württemberg und die anderen südwestlichen Landstriche dürfen künftig nicht wieder von Straßburg aus bedroht sein. Auch von Bayern gilt dies". Die Schonung von 1814 und 1815 hätte nichts geholfen und würde abermals nichts helfen.

Bei solchen Anschauungen konnte nur der Umfang der Annexionen, nicht der Grundsatz zweifelhaft sein. Zwei Grenzlinien kamen in Frage: die Vogesen oder eine Linie, welche sich vom Lomont über die Faucilles und die Argonnen erstreckte und annähernd der mittelalterlichen Reichsgrenze entsprochen hätte; die dazwischen liegende Mosel zur Grenze zu machen verbot sich wegen des höheren westlichen Ufers. Für die Vogesen sprach, daß wesentlich nur eine deutsch sprechende Bevölkerung einverleibt wurde. Die westliche Linie hätte für einen künftigen deutschen Angriffskrieg gegen Frankreich bessere Bedingungen geschaffen. Wirklich redeten einige Militärs, wie Roon und Alvensleben, derartigen weitergehenden Ansprüchen das Wort. Aber der Gedanke, daß die Vogesen die natürliche Völkerscheide bildeten, war zu sehr eingelebt und wurde auch von Bismarck und Moltke seit Jahren geteilt. Bereits im September wurde die verlangte Grenze auf den Karten, welche den kommenden Friedensverhandlungen dienten, wesentlich entsprechend dem schließlichen Ergebnisse gezeichnet. Ihre Hauptabänderung bestand darin, daß die Franzosen im letzten Augenblicke durch Thiers' Geschicklichkeit Belfort retteten. Abgesehen von Belfort und Umgebung war vom Sundgau bis in die Straßburger Gegend die Grenze durch den Gebirgskamm gegeben. Schwieriger war die Entscheidung in Lothringen. Hätte Deutschland sich nach der Volkssprache gerichtet, so wären die strategischen Gründe vernachlässigt, besonders Metz ausgeschlossen worden. Daran war ernstlich nicht zu denken. Wenn Bismarck wirklich, wie er nach Jahren behauptete, vorübergehend das geplant hätte, gab er solche Bescheidenheit jedenfalls bald wieder auf.

Die *Frankfurter Zeitung* erinnerte in den letzten Novembertagen an Sonnemanns 1871 geäußerten Widerspruch gegen den Erwerb der Reichslande. Sie sah im Ende des jetzigen Weltkrieges wie in der langjährigen schweren Friedensrüstung der Völker eine nachträgliche Rechtfertigung ihres alten Redakteurs. Wenn dieses Urteil sich auf die Annahme gründet, daß Bismarck und Moltke sich 1871 getäuscht, daß sie gegen ihre Erwartungen einen neuen Krieg hervorgerufen, nicht verhütet hätten, so muß dem jedenfalls entgegengehalten werden, daß sie sich über die psychologische Wirkung auf die Franzosen keinen trügerischen Hoffnungen hingaben. Sie haben mit deren Rachegefühl als notwendigem Kriegsergebnisse gerechnet, wie immer die Friedensbedingungen gelautet hätten. Ein von Bismarck inspirierter Artikel erklärte: "Rache für diese Niederlagen der stolzen Nation wird, auch wenn man ihr kein Land nimmt, fortan das Feldgeschrei in Paris und den von da beeinflussen

Kreisen sein, wie man Jahrzehnte lang dort an Rache für Waterloo gedacht hat." Weder Bismarck noch Moltke glaubten an einen ewigen Frieden. Als der alte Prinz Peter von Oldenburg in einer weitschweifigen Denkschrift den Reichskanzler bat, durch eine Konferenz die Kriege dauernd aus der Welt zu schaffen, scherzte Bismarck: "Das Opus soll dem Verfasser mit ins Grab gelegt werden." Und wie Moltke sich im Reichstage über den ewigen Frieden als einen "Traum" ausgesprochen hat, ist allbekannt. Der Notwendigkeit, über kurz oder lang mit den Franzosen wieder kämpfen zu müssen, sahen 1871 Bismarck wie Moltke zielbewußt ins Auge. Wenn sie sich über die Zukunft geirrt haben, geschah das nur in der Richtung, daß sie 1871 schwerlich hofften, dreiundvierzig Jahre den Frieden zu erhalten. Man sollte sich vielleicht gerade heute des Wortes von Lord Castlereagh erinnern, der 1815 gemeint hat, 7–10 Jahre sei der weiteste Termin, den man sich im Kriege wie in der Politik setzen dürfe.



Friedensaussichten?

*[**Scriptorium merkt an:** der Leser bedenke, daß dieses Nachwort noch vor dem Versailler Friedensdiktat geschrieben wurde! Eine rechtzeitige Kenntnisnahme der in dieser Ausführung herausgearbeiteten Lehren der Geschichte hätte evtl. den Zweiten Weltkrieg verhindern können. **Prophetische Worte eines genialen Historikers - Gänsehautmaterial!!** Betonung bzw. Fettdruck ist in diesem Kapitel vom Scriptorium hinzugefügt.]*

Weder im einzelnen Menschen- noch im Völkerleben läßt sich die Zukunft weissagen. Mit alten Gewohnheiten, Grundsätzen und Charaktereigenschaften paaren sich jederzeit neue Eindrücke und Beweggründe und erzeugen fortwährend gemeinsam etwas bisher nicht Dagewesenes, von allen früheren Erscheinungen Abweichendes. Die geschichtlichen Bedingungen sind also nur eine einzelne von verschiedenen Voraussetzungen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Wir fragen deshalb nicht, was wahrscheinlich geschehen wird - denn dieses Rätsel ist unlösbar - sondern, was die geschichtliche Erfahrung lehrt.

Hierauf zu antworten, ist der Historiker berechtigt, ja verpflichtet. Sein Studium wäre unfruchtbar, wenn es nicht den Stoff zum wissenschaftlichen Anschauungsunterricht liefern und das Urteil über gegebene politische Lagen befruchten würde. Gerade jetzt muß das besonders betont werden. Die Gegenwart ist überrascht und geblendet von neuen, unvorhergesehenen und einzigartigen Erscheinungen. Das "Umlernen", der Bruch mit eingewurzelten Überzeugungen und Einrichtungen wird darum nicht nur von bestimmten Parteien gepredigt. Solche Lehren entbehren auch niemals der Berechtigung. Der Lebensbaum der Völker trägt ständig neben jungen grünen Ansätzen und Zweigen halb oder ganz verdorrte Äste, deren Anblick uns gewöhnt ist, die jedoch sonst nicht mehr Daseinsbefugnis haben. Aber anderseits neigen Zeiten großer Umwälzungen und Gärungen dazu, frische Eindrücke zu über-, die noch fortwährende Bedeutung des Alten zu unterschätzen. Dadurch gewinnen Theorien und Schlußfolgerungen, welche sich der Mitwelt scheinbar gewaltsam aufdrängen, in der gewordenen Wirklichkeit indes keinen Boden besitzen, allzu stark die Oberhand. Der Historiker hat ihnen gegenüber die Erfahrungen und Tatsachen hervorzuheben.

Augenblicklich scheint mir die Gefahr ungeschichtlicher Betrachtungsweise am verhängnisvollsten in unserem Urteil über die kommenden Friedensaussichten zu wirken. Selbst nüchtern denkende Zeitgenossen versprechen sich vom Völkerbunde und von Schiedsgerichten mit Zwangsvollstreckungen wenn nicht einen ewigen Frieden, doch eine wesentliche und lang andauernde Einschränkung neuer Kriegsgefahren. Nun kann man solche Bestrebungen für sehr nützlich halten und wird doch eine derart umstürzende Wirkung ablehnen. Denn sie widerstreitet nicht nur jeder geschichtlichen Erfahrung, sondern auch den geschichtlich entwickelten Aufgaben

jedes Staates. Ein Völkerbund hätte dem Rechte Geltung zu verschaffen. Der Staat ist jedoch die politisch organisierte Macht und hat die Machtinteressen seiner Angehörigen zu befriedigen. Beide Ziele geraten in Widerstreit, wenn die Entwicklung des formalen Rechts hinter wichtigen praktischen Notwendigkeiten zurückbleibt, ja, wenn politisch maßgebende Kreise auch nur annehmen, daß ihre zwingenden Bedürfnisse sich in einem Rechtsverfahren nicht durchsetzen lassen. Deshalb sind alle ähnlichen Vorschläge von Menschheits- und Völkerverbrüderungen seit Jahrtausenden gescheitert und werden immer wieder scheitern. Es ist nicht einmal sicher, ob Völkerbund, Schiedsgericht und Zwangsverfahren im entscheidenden Falle einen Krieg erschweren oder erleichtern würden. Sehr gut kann ein Staat, der für sich allein zu gewaltsamen Schritten zu schwach wäre, den Völkerbund zur kriegerischen Erfüllung von Machtinteressen ausnutzen, ein Staat, welcher die eigene Volks- und Heereskraft nicht einsetzen würde, den Kampf durch die militärische Hilfe des Völkerbundes austragen. Die Zukunft und Wirkung eines Völkerbundes würde ganz davon abhängen, wer in ihm die Macht besitzt und ausübt.

Die Vergangenheit widerlegt ebenso schlagend alle Friedenserwartungen, welche sich an die Demokratisierung der menschlichen Gesellschaft knüpfen. Man mag im übrigen, sei es grundsätzlich, sei es aus heutigen Zweckmäßigkeitsrücksichten, Monarchist oder Republikaner, Aristokrat oder Demokrat sein; keine Staatsform schützt zuverlässig gegen Kriegsgefahr und ist auch nicht dazu berufen. Mit großen Einschränkungen ist vielleicht zuzugeben, daß in Monarchien und Aristokratien mehr Familien- und Klasseninteressen, in Demokratien mehr wirtschaftliche Massenbedürfnisse den Ausschlag geben. Aber daß die einen notwendig den Frieden sichern, die anderen den Krieg herbeiführen, widerlegt der Verlauf jedes Jahrhunderts der Weltgeschichte. Hungersnot und Arbeitslosigkeit können ebenso gut Kriegsursache werden wie fürstliche Erbstreitigkeiten oder das Bedürfnis herrschender Schichten, die innere Unzufriedenheit nach außen abzulenken.

Aber auch weite Kreise, welche nicht an den ewigen Frieden glauben, welche nichts vom Völkerbunde halten und den veränderten Staatsformen nur einen begrenzten Einfluß auf Krieg und Frieden zuschreiben, halten nach **dem jetzigen Weltkampfe** eine jahrzehntelange Erschöpfungspause für selbstverständlich. Daß die jetzt Fünfzig- oder gar die Sechzigjährigen einen neuen Krieg erleben könnten, gilt den meisten Zeitgenossen für ausgeschlossen. Deutsche Schwarzseher sagen seit den Novembertagen sogar, das deutsche Volk sei auf 40, 50 Jahre vollständig niedergerungen und schon deshalb seien neue Feindseligkeiten unmöglich.

Nun kann natürlich niemand voraussagen, wann der Schlachtruf wieder ertönt. Oft genug haben die wichtigsten Entscheidungen an einem Faden gehangen und oft genug hat ein ganz unberechenbarer Zwischenfall das gesamte Spiel völlig unerwartet verändert. Ausgeschlossen ist also nicht, daß wir einer längeren Reihe von Friedensjahren entgegengehen. Aber der Historiker muß betonen, daß diese heute allgemein für selbstverständlich gehaltene Aussicht allen Erfahrungen der neueren europäischen Geschichte durchaus widersprechen würde.

Zunächst hat das deutsche Volk seit den Römerzeiten niemals so lange einen ununterbrochenen Frieden genossen wie 1871–1914. Wer erwartet, daß sich diese Ruhepause sofort wiederholt oder gar noch vergrößert, gleicht dem Spieler, welcher einen großen Gewinn gemacht hat und bei der nächsten Runde auf die gleiche Nummer setzt. Außerdem wissen wir, daß die Dauer des Frankfurter Friedens dem Zusammentreffen verschiedener, besonders glücklicher Umstände zuzuschreiben ist.

Bismarcks Friedensschlüsse hinterließen bei den Besiegten gewiß schmerzliche Empfindungen, machten ihnen aber das Staats- und Wirtschaftsleben nicht unerträglich. In die inneren dänischen, österreichischen und französischen Verhältnisse mischte er sich nicht ein. Er sicherte lediglich die eigenen Bedürfnisse und Daseinsbedingungen; außerhalb dieser Grenze achtete er die fremden. Hierdurch nötigte er keinen Gegner zu Verzweiflungskämpfen und zur rasch auflodernden Rache.

Deswegen verleiteten ihn aber auch niemals die größten Siege, die augenblickliche Lage zu möglichst weitgehenden Forderungen auszunutzen; sondern er verlangte nur das, was er brauchte und voraussichtlich auch später behaupten konnte. So erreichte er, daß die Dänen und Österreicher, wenn auch notgedrungen, mit ihren Verlusten sich aussöhnten, daß die Franzosen immer wieder ihre Hoffnungen vertagten, deren Erfüllung für sie keine Lebensfrage war. Vor allem verhinderte er auf solche Art, daß die Neutralen in seinen Friedensschlüssen eine Verkümmern ihrer Interessen erblickten. Die Franzosen konnten mithin lange Zeit hindurch weder aus eigener Kraft die Einbußen des Frankfurter Friedens wettmachen noch Bundesgenossen finden, welche wichtige Interessengegensätze mit Deutschland auszufechten hatten. Dabei verschob sich die Volksziffer bei jeder Zählung zu Gunsten der Deutschen. Die Seite, welche sich 1870 als überlegen gezeigt hatte, wurde es also noch mehr.

Gleichzeitig steckte sich das Deutsche Reich nicht nur für sich friedliche Ziele, sondern erkannte, daß es eines allgemeinen Friedens in Europa bedurfte, um am zuverlässigsten seine Kräfte zu entfalten. Es übernahm die Rolle des ehrlichen Maklers bei Meinungsverschiedenheiten, an denen es nicht beteiligt war. Da ihm nur daran lag, auswärtige Zusammenstöße zu verhindern oder örtlich zu beschränken, nicht nach bestimmten selbstsüchtigen Richtlinien zu leiten, gewann es auch abgesehen von äußeren Machtmitteln eine große innere Autorität zur Schlichtung fremder Streitfragen. Hierbei half ihm, daß zwei alte europäische Erdbebengegenden, Deutschland und Italien, durch die letzten Jahrzehnte zur Ruhe gekommen waren. Im wesentlichen brannte nur ein alter Vulkanherd, der Balkan, weiter, und dieser lag abseits von Mitteleuropa. So bewahrten Bismarck und seine Nachfolger nicht nur Deutschland den Frieden, sondern hinderten auch größere europäische Verwicklungen, welche Deutschland zunächst nichts angegangen hätten, aber zuletzt doch in Mitleidenschaft ziehen konnten.

Trotz dieser außergewöhnlich günstigen Bedingungen ist der deutsche Friede keineswegs 43 Jahre ungefährdet geblieben. Am 6. Februar 1888 sprach Bismarck aus: "Ist, nachdem der große Krieg von 1870 geschlagen war, irgend ein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen?" Wir wissen heute, daß wir häufig alle Geschicklichkeit aufwenden mußten, um den Krieg zu vermeiden, und daß wir wiederholt am Abgrunde taumelten. Es wäre wissenschaftlich fruchtbarer, vielleicht auch für das deutsche Nationalinteresse dienlicher, statt immer wieder die Schuld oder Unschuld am Weltkriege zu erörtern, einmal **gemeinverständlich und aktenmäßig zu schildern, wie mühsam jahrzehntelang die maßgebenden deutschen Kreise den Frieden gerettet haben.**

Die Erkenntnis, daß der Friede nur mit Anstrengungen erhalten worden ist, macht man auch in anderen langen Kampfpausen. Nach dem Wiener Kongreß waren die Bedingungen ebenfalls für den Frieden außergewöhnlich günstig. Nicht nur war Frankreich durch die 23 Jahre der Revolutionskriege reichlich so erschöpft wie jetzt das deutsche Volk, sondern besaß auch eine Regierung, die den Siegern ihren Thron verdankte und große Erschütterungen nicht vertrug. Rußland, der Hauptsieger, verfolgte wesentlich orientalische Interessen, welche Deutschland noch weniger als zu Bismarcks Zeiten berührten. Österreich hatte nur das eine Verlangen, sein Gefüge keinen schweren Belastungsproben auszusetzen. Zwischen beiden deutschen Großmächten bestand ein erträgliches Verhältnis. Trotzdem drohte schon nach 15 Jahren ein neuer Krieg von französischer Seite. In der kurzen Zeit von 1849–1866 mußte Preußen zweimal seine Truppen mobil machen. Wie schwer Friedrich der Große nach dem Siebenjährigen Kriege um den Frieden gerungen hat, wird erst jetzt durch die Veröffentlichung seiner politischen Korrespondenz deutlich. Selbst in scheinbar ruhigen Zeiten kann ein Staatsmann leichter drei Kriege entfesseln als einen verhüten.

Schon diese Überlegungen müssen unsere Friedensaussichten wesentlich herabstimmen. Man darf aber auch weiter schon jetzt behaupten, daß, wie auch die Bedingungen im einzelnen lauten mögen, der Friede viel schwieriger zu erhalten sein wird als bisher. Die Besiegten werden auch im

günstigsten Falle viel härter getroffen werden als Bismarcks Gegner und in ihren gesamten Lebensbedürfnissen beeinträchtigt sein. Ob sie dann dauernd den gleich starken Friedenswillen sich bewahren werden wie vor dem Weltkriege und noch jetzt, wird die Zukunft lehren; aus der Geschichte wissen wir jedenfalls, daß solche Verhältnisse gern die Brutstätten neuer Kriege sind. Gefördert würden dieselben durch die Erwägung, daß der heutige Krieg nicht von einem bestimmten Sieger, sondern von einer gesamten Siegergruppe gewonnen worden ist. Ihre Mitglieder haben, abgesehen vom gegenwärtigen Kriegszweck, sehr verschiedene Interessen, die sich nach erreichtem Ziele geltend machen werden. Jedoch selbst wenn bei den Deutschen keine Kriegslust über kurz oder lang erwacht, sind sie lange nicht mehr wie bisher imstande, Kämpfe zu verhindern. Sie besitzen dazu weder das alte Ansehen noch die frühere Macht. Ferner hinterläßt der jetzige Krieg im Gegensatz von 1815 und 1871 nicht bloß auf dem Balkan, sondern auch in weiten Gegenden Ost- und Mitteleuropas einen Zündstoff, der sich jederzeit entladen kann. Was auf dem Balkan, in Rußland und Österreich geschehen ist und in nächster Zeit geschehen wird, ist grobenteils das Machtgebot unbeteiligter, abseits wohnender Kreise, welches ihren allgemein weltpolitischen Bestrebungen, nicht dem gerechten Abwägen natürlicher bodenständiger Ansprüche entspringt. Man wird kaum annehmen, daß die Völker, welche bisher durch eine gemeinsame Obrigkeit in Schranken gehalten wurden und jetzt mit ihren abweichenden Wünschen aufeinanderprallen, in der kommenden Lösung einen endgültigen Vergleich erblicken. Erst müßte doch bei diesen Völkern selbst das Gefühl erwachen, daß bestimmte Regeln ihrem natürlichen gegenseitigen Kräfteverhältnisse, den beiderseitigen Interessen und der Billigkeit Rechnung tragen.

Stimmt schon der Vergleich der heutigen Lage mit der nach dem Wiener Kongreß und deutsch-französischen Kriege übertriebene Friedenshoffnungen herab, so wird der Historiker noch mißtrauischer, wenn er in die früheren Jahrhunderte hinaufsteigt und die ganze neuere Geschichte ins Auge faßt. Innerhalb der letzteren ist der Abschluß einer Kriegsepoche nach nur sieben Jahren, wie er Deutschland 1871 beschieden war, eine vereinzelt Ausnahme. Bismarck hatte es verstanden, geschickt Mäßigung mit Vorsichtsmaßregeln zu verbinden, die Gesamtlage zu berücksichtigen, die von seinen Kriegen ausgegangenen Erschütterungen örtlich zu begrenzen. Die von ihm 1866 bekämpften Staaten zogen Nutzen aus seiner deutschen Lösung und fanden letztere für ihre eigenen Bedürfnisse unentbehrlich. Ebenso wurden die neutralen Großmächte durch die preußischen Siege in ihren Entwicklungsbedingungen wenig gestört, teilweise sogar gefördert. Diese günstigen Voraussetzungen fehlten allen anderen Krisen der neueren mittel- und westeuropäischen Geschichte. Deshalb haben sie alle mehrere Jahrzehnte gedauert und sich entweder, wie im Dreißigjährigen Kriege, zu einer Gruppe ununterbrochener Kämpfe oder, wie in den Zeiten Maximilians I., Karls V., Ludwigs XIV., Friedrichs des Großen und der Französischen Revolution, zu einer Reihe schnell aufeinander gefolgt Entladungen geführt. Diese immer wiederkehrende Erscheinung ist kein Zufall. Zur dauerhaften Beendigung eines blutigen Ringens genügt bei den verwickelten mittel- und westeuropäischen Machtverhältnissen seit der Reformation eben nicht, daß ein Teil sich als besiegt erklärt und den Friedensbedingungen des Gegners unterwirft. Eine längere Ruhe tritt erst ein, wenn die abweichenden Interessen der unmittelbaren Kriegsteilnehmer wie der nicht uninteressierten Zuschauer einen gewissen Ausgleich gefunden haben, wenn die Rechtsbeziehungen, Kräfteverhältnisse und Machtbedürfnisse der europäischen Staatengesellschaft wieder in einigermaßen natürlichen Einklang gebracht worden sind. Ranke hat in den *Großen Mächten* vom "Genius" gesprochen, "der Europa noch immer vor der Herrschaft jeder einseitigen und gewaltsamen Richtung beschützt, jedem Druck von der einen Seite noch immer Widerstand von der anderen entgegengesetzt und bei einer Verbindung der Gesamtheit, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt enger und enger geworden, die allgemeine Freiheit und Sonderung glücklich gerettet hat". Diese Aufgabe vermochte der "Genius" aber niemals in einem einzigen Anlaufe und regelmäßig erst nach einer größeren Frist zu erfüllen. Der einzelne Krieg hängt von zu vielen Glücks- und Zwischenfällen ab, hinterläßt neben endgültigen Ergebnissen zu viele Halbheiten und Zufallsentscheidungen, als daß sein Ausgang für einen inappellablen Gerichtshof angesehen werden kann. So bedurften zum wirklichen Abschlusse einer Krise die Erfolge des Siegers in der

neueren Geschichte immer der Bestätigung oder Abschwächung.

Läßt sich nun nach solchen geschichtlichen Erfahrungen eher erwarten, daß sich nach dem jetzigen Weltkrieg die einzelne Ausnahme von 1871 wiederholt oder die allgemeine Regel bestätigt und wir noch nicht am Ende der Kämpfe stehen? Jedenfalls treffen die Ursachen, warum die Krisis der deutschen Reichsgründung nur innerhalb sieben Jahren sich abspielte, heute nicht zu. Vielleicht daß ganz andere Anstöße die gleiche Wirkung wie Bismarcks Friedensschlüsse ausüben können – starke Wahrscheinlichkeiten sprechen aber für die Erneuerung der bis 1871 ausnahmslosen Regel. Wir stehen nirgends an erloschenen Kratern, sondern an Vulkanen, die in sich eine starke Eruptionskraft bergen und bald eine neue Tätigkeit entfalten werden. Man wird sehen, ob die Mächte, welche sich ihr entgegenstemmen wollen, dazu stark genug sind oder selbst in Mitleidenschaft geraten. Die Verhältnisse sind überall durchaus unfertig, neue Elemente ringen nach Einfluß und drängen danach sich zu messen und die Welt nach ihren Wünschen zu gestalten. Von einem natürlichen Gleichgewicht zwischen den sittlichen und materiellen Kräften, zwischen Recht und Macht ist noch lange nicht die Rede.

Noch eine andere Erwägung mahnt die Historiker, die 1914 begonnene Krisis nicht als abgeschlossen zu betrachten. Wir haben gesehen: die Kriege Karls V., der Dreißigjährige Krieg, die Kämpfe Ludwigs XIV., die drei schlesischen Kriege, die Schlachten der Französischen Revolution und Napoleons, die Kriege Bismarcks sind einheitliche Handlungen. Der Augsburger Religionsfriede (1555) nebst dem spanisch-französischen Frieden von Château-Cambrésis (1559), der Westfälische und Pyrenäische Friede (1648 und 1660), die Frieden von Utrecht und Rastatt (1713 und 1714), der Friede von Hubertusburg (1763), der Wiener Kongreß (1815), der Frankfurter Friede (1871) sind die großen Marksteine der neueren europäischen Geschichte. Sie alle haben mit der einen Ausnahme des Westfälischen und Pyrenäischen Friedens längere Ruhepausen für weite Gegenden unseres Erdteils eingeleitet. Und sie alle tragen ebenfalls mit der einen gleichen Ausnahme ein übereinstimmendes Merkmal: 1559, 1714, 1763, 1815, 1871 waren immer die Franzosen die Geschlagenen. Seit 1494 König Karl VIII. zum ersten Male eine große französische Kontinentalpolitik eröffnete, also **seit mehr als vier Jahrhunderten, ist es geradezu ein Naturgesetz der europäischen Geschichte: sobald die Franzosen gesiegt haben, war der Friede niemals ein langer; Voraussetzung seiner Dauer war immer eine französische Niederlage.** Die größte Ruhepause nach einem französischen Siege genoß Deutschland 1648–74. Aber auch sie schrumpft erheblich zusammen, weil Frankreich noch bis 1660 mit dem natürlichen Bundesgenossen des Kaisers weiterfocht und diesen Kampf schon 1669 wieder eröffnete. **Man darf die längste Friedensdauer nach einem französischen Siege seit den Tagen des Mittelalters auf höchstens ein Jahrzehnt abschätzen.**

Damit ist natürlich nicht bewiesen, daß der nächste deutsch-französische Krieg spätestens 1929 ausbrechen muß. Immerhin müssen Vorgänge, welche sich seit beinahe einem halben Jahrtausend so regelmäßig wiederholen, zwar nicht eine gleichbleibende, aber doch verwandte Ursachen haben und es ist unsere Pflicht darauf zu achten, ob diese Ursachen abermals wirksam werden können und in welchem Umfange. Sie sind im französischen Nationalcharakter, seinem Einflusse auf die auswärtige Politik dieses Landes und auf das Verhalten der anderen Völker begründet.

Der jahrelange Kampf um die deutschen Friedensziele entsprang der Frage, wie weit unsere nationalen Lebensbedürfnisse reichten und ob nicht unter ihrer falschen Ausdehnung die berechnete Eigenart der fremden Völker übertrieben verkümmert würde. Aber auch die weitgehendsten deutschen Annexionisten haben auf dem Höhepunkte der mittelmächtlichen Erfolge den Gegnern ihren Siegerwillen nur soweit aufzwingen wollen, als es nach ihrer Überzeugung für die dauernde Sicherheit der deutschen Daseinsbedingungen nötig war. Niemand verfolgte den Selbstzweck, den Feinden die deutsche Oberhand möglichst fühlen zu lassen. Die Engländer waren stets brutaler in ihren Ansprüchen und Machtäußerungen, besitzen seit langem ausgedehntere Interessen, welche der

Achtung vor fremder Eigenart engere Grenzen stecken, versetzen sich schwerer in Geist und Bedürfnisse anderer Völker. Aber wo nicht Vorteile in Frage kamen, haben vor dem jetzigen Weltkriege wenigstens in Europa die Engländer nicht aus Herrschsucht oder Siegerlaune gehandelt; sie haben 1713 in Utrecht und hundert Jahre später auf dem Wiener Kongreß ihre weiter vorwärtstreibenden Verbündeten zurückgehalten, obgleich beide Male der gemeinsame Gegner am Boden lag. Durch einen englischen Diktatfrieden ist bisher noch keine europäische Großmacht ihrer Stellung beraubt worden, wenn sie nicht auch sonst zum Niedergang bestimmt gewesen wäre. Zwar die Holländer, welche am Mißverhältnis zwischen einem kleinen, von der größten Festlandsmacht bedrohten Mutterlande und gewaltigen Handels- und Kolonialinteressen krankten, wurden durch die englischen Erfolge in ihrem Lebensnerv getroffen. Aber wo ein Staat unabhängig vom Wettstreit wirtschaftlicher und kolonialer Bedürfnisse ein eigenes Daseinsrecht als Großmacht besaß, haben die Engländer bisher immer nur ihre praktischen Ansprüche gedeckt und verbürgt. Sie wußten, daß sie nicht gleichzeitig eine Weltstellung und die Herrschaft über ganz Mittel- und Westeuropa erringen und behaupten können. Deshalb begründeten sie ihre Seegeltung auf dem Gleichgewicht der verschiedenen europäischen Festlandsmächte, ihrer Verbündeten wie ihrer Gegner.

Ganz anders haben von jeher die Franzosen gedacht und gehandelt. Als Napoleon den Frieden von Campo Formio abschließen wollte und vom Direktorium unbequeme Weisungen empfing, antwortete er am 10. Oktober 1797: "Die hervorragendste Eigenschaft unseres Volkes ist, daß es zu aufgeregert ist." Er tröstete seine Landsleute damit, daß sie bald auf lange hinaus die große Nation und die Schiedsrichter von Europa sein würden. Diese Schilderung und Zusage beleuchtet den Unterschied deutschen, englischen und französischen Wesens. **Das herkömmliche französische Ziel entspringt nicht dem deutschen Bedürfnis nach Ruhe und Selbstschutz, nicht dem englischen Verlangen nach ungestörter Erfüllung von Geschäftsinteressen, sondern der Sehnsucht nach einer Vorzugsstellung, welche dem eigenen Nationalbewußtsein schmeichelt und von den übrigen Kulturvölkern ständig empfunden wird.** Jedoch eine Vorherrschaft, welche sich gleichzeitig auf äußere Macht und innere Gefühle gründet, welche gleichzeitig sich praktisch ausdehnen und persönlich imponieren will, bedarf immer neuer Anreize und führt zu immer neuen Ansprüchen. **So entstand jene Mißachtung der Besiegten, jene Geringschätzung der Rechtsverhältnisse und unterschriebenen Friedensbedingungen, welche wir bei Ludwig XIV. und Napoleon I. wahrnehmen.**

Dadurch erwachsen aber auch aus französischen Siegen immer wieder baldige neue Kämpfe. Die englischen und deutschen Ziele, welche greifbaren Rechten, bestimmten Gebieten galten, konnten ihre Staatsmänner gewiß ebenfalls zu kriegerischen Angriffen verlocken, konnten ihnen durch Verletzung fremder Interessen ebenfalls einen Verteidigungskampf aufnötigen; aber sie ließen sich häufiger friedlich erreichen und gestatteten eher, nach blutigen Zusammenstößen auf dem Boden gegebener Tatsachen weiterzubauen; auch führen sie erst bei veränderten und dann erweiterten Bedürfnissen zur Erhöhung der Ansprüche. Sobald jedoch ein Volk hauptsächlich danach strebt, sich geltend zu machen und überlegen zu zeigen, schweifen seine Ziele nicht nur leicht ins Weite, sondern wechseln auch rasch. Sie wecken die Sorge vor unbekanntem oder noch nicht vorhandenen ehrgeizigen Absichten, verschärfen die Gegensätze, weil die Unterlegenen nicht nur die Gewalt spüren, sondern sich auch gekränkt fühlen. Verstand und Empfindungen machen den anderen die Lage unerträglich.

Elsaß-Lothringen hat denn auch für Deutsche und Franzosen eine ganz verschiedenartige Bedeutung. Die Sieger von 1870 wollten ihren Machtbereich vom feindlichen dauernd und zuverlässig abgrenzen. Die Reichslande waren ihnen kein Pfand dafür, daß sie nunmehr sich als erste Nation fühlen durften, und ebenso wenig ein Druckmittel gegen die Nachbarn. Bismarck und die damaligen Heerführer wünschten nur, dem französischen, auf Straßburg und Metz gestützten Einfluß in Süddeutschland einen festen Riegel vorzuschieben. Den Franzosen ist es niemals um Land und Leute zu tun gewesen. Ihr Rachegefühl entsprang nicht dem Verluste der Provinzen,

sondern des bis 1871 allgemein anerkannten Vorrangs in Europa; es hätte sich, wäre damals Elsaß-Lothringen französisch geblieben, an irgend einen anderen Gegenstand angeknüpft, aber bessere Angriffsmöglichkeiten vorgefunden. Deshalb wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, mit der Rückgabe Elsaß-Lothringens die deutsch-französische Rechnung für erledigt zu betrachten. Ludwig XIV. und Napoleon I. haben in der Rheingrenze keine unübersteigbare Mauer, sondern den Schlüssel zum übrigen West- und Süddeutschland erblickt. **Denn mit den französischen Vorherrschaftsgelüsten ist ein einheitliches Deutschland, das sich nach selbständigen, nationalen Zielen regiert, unvereinbar. Die Franzosen bedürfen, um als erste Nation Europas zu gelten, eines zerklüfteten Deutschland, das sie, wenn nicht vollständig, doch in einzelnen Teilen beherrschen, oder dem sie wenigstens jederzeit ihre Übermacht fühlbar machen können. Hierzu brauchen sie eine Grenze, welche ihnen ein Vorland vor der eigenen Heimat schafft, die unmittelbare Herrschaft über ein größeres Stück deutschen Kulturgebietes sichert und letzteres zur bequemen Eingangspforte in das übrige Deutschland macht.**

Dürfen die Deutschen nun des gewiß sein, daß die Franzosen künftig die Bahnen ihrer Vorfahren verlassen werden? Die Möglichkeit dazu ist natürlich angesichts der schweren französischen Kriegsverluste und der veränderten sozialen Verhältnisse nicht ganz ausgeschlossen. Andererseits sehen wir auch heute wieder starke Strömungen im feindlichen Lager lebendig werden, welche sich durchaus im alten französischen Fahrwasser bewegen. Hieran würden auch gemäßigte Friedensbedingungen nichts ändern. Denn in den Rahmen französischer Überlieferung würde es durchaus hineinpassen, daß die jetzt besetzten links- und rechtsrheinischen Bezirke auch dann nicht freiwillig geräumt würden, wenn der kommende Friede den französischen Erwerb auf Elsaß-Lothringen beschränkt.

Die übereinstimmenden geschichtlichen Erfahrungen deuten also darauf hin: die Hoffnung auf eine kommende lange Friedenszeit ist sehr gering, ein neuer Krieg voraussichtlich nur eine Frage weniger Jahre. Nun mögen Kaufleute und Nationalökonomien, Offiziere und Techniker aus wichtigen Gründen über die deutschen Zukunftsaussichten anders urteilen und die Nutzenanwendung der Vergangenheitslehren auf die jetzigen eigenartigen Verhältnisse bestreiten. Sind aber diese wichtigen Gründe so durchschlagend, um jede Möglichkeit aufzuheben, daß sich die Erfahrungen der gesamten neueren deutschen und europäischen Geschichte wiederholen? Denn nur dann würde unsere Warnung unberechtigt sein.

Zunächst läßt sich bei einigen dieser Gründe beweisen, daß sie sich in der Vergangenheit als nichtig gezeigt haben. Sie würden voraussichtlich bei einer neuen Kriegsgefahr abermals versagen. Außer dem Völkerbundsgedanken und demokratischen Anstrich der Staaten hat namentlich auch die jetzt allgemeine Kampfesmüdigkeit und Erschöpfung wenig Aussicht, einen Krieg dauernd zu verhindern. Sie ist nach schweren Zeiten und nach furchtbaren Opfern an Gut und Blut keine nie dagewesene Erscheinung. Ob sie jetzt oder früher stärker war, läßt sich nicht mathematisch sicher bestimmen. In der Vergangenheit ist sie jedenfalls kein unbedingtes Kriegshindernis gewesen. Tatsächlich schlagen solche Gefühlswallungen schnell vollständig um. Es wäre durchaus denkbar, daß, falls in irgendeinem Lande die Not allgemein, der Druck unerträglich würde und ein einigermaßen aussichtsreicher Krieg Linderung erhoffen ließe, gerade die Massen trotz aller gegenwärtigen Kriegserlebnisse einen nochmaligen Kampf als geringeres Übel ansehen und erzwingen würden.

Mithin bleiben als wirklich bedeutsame Gründe gegen einen baldigen neuen Krieg und gegen die Wiederholung der geschichtlichen Erfahrungen nur die sogenannten technischen Unmöglichkeiten übrig. So weisen besonders Offiziere darauf hin, daß sich auf viele Jahre hinaus ein Kampf nicht vorbereiten lasse und daß frühere Beispiele, wie das von 1813, wegen der jetzt viel schwierigeren Beschaffung der Kriegsmaterialien nicht gelten können. Aber gerade in den letzten 5 Jahren ist viel geschehen, was Sachverständige früher für ausgeschlossen gehalten haben. Noch Ende Juli 1914

haben mir angesehene Nationalökonomten versichert, bei den heutigen verwickelten Wirtschaftsverhältnissen sei ein Krieg größeren Stiles überhaupt nicht oder nur kurze Zeit denkbar. Ebenso hat aus militärischen Gründen ein Fachmann wie Schlieffen einen langen Krieg für unmöglich erklärt. Mit welcher mathematischen Sicherheit ist nicht von englischer und französischer Seite unsere Kapitulation infolge **der Blockade** oder des Munitionsmangels, von deutscher Seite **die englische Aushungerung durch die Unterseeboote** erwartet worden! Der menschliche Erfindungsgeist und die Willensenergie eines kampftschlossenen Volkes sind zu vielem bisher für unausführbar Gehaltenen fähig. Für Schwierigkeiten, welche jetzt unüberwindlich scheinen, kann sich schnell eine überraschend einfache Lösung herausstellen. Der Historiker wird also ohne weiteres zugeben, daß die technischen Voraussetzungen eines neuen Krieges alle geschichtliche Erfahrungen, die für einen baldigen neuen Kampf sprechen, umstoßen können; aber er wird bezweifeln, ob das so naturnotwendig geschehen muß, wie das viele jetzt wünschen oder glauben.



Mehr aus unserem Archiv:

Bismarcks Friedensschlüsse. Dr. Johannes Haller, Professor an der Universität Tübingen. Reihe: Weltkultur und Weltpolitik. Deutsche und Österreichische Schriftenfolge, herausgegeben von Ernst Jäckh, Berlin und vom Institut für Kulturforschung in Wien. Heft 10 der Deutschen Folge. F. Bruckmann A.-G., München © 1916.

Englands Friedensschlüsse. Wolfgang Michael, Professor der Geschichte an der Universität Freiburg i. B. Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild, Großherzoglicher Hessischer Hofverlagsbuchhändler, © 1918.